

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Der
planmäßige Untergang
der US-Kolonie
BRD**

Sonderheft Nr. 60



Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

Sonderheft Nr. 60

Volksaustausch vom 16.08.2021-22.07.2023

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über den Volksaustausch vom 16.08.2021-22.07.2023	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über den Volksaustausch vom 16.08.2021-22.07.2023

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 16. August 2021 (x1.120/...): >>>Der neue EU-Pakt für Asyl und Migration - die Zerstörung Europas

"Die Welt kann nur verbessert werden durch jene, die sich ihr auch entgegenstellen. Die sich anpassen, sind für jegliches tüchtige Leisten verloren."

Johann Wolfgang von Goethe

Im Schatten der Corona-Plandemie, die das Bewußtsein der Menschen fast vollständig besetzt, bereiten sich umwälzende Dinge vor. Bereits am 23.9.2020 veröffentlichte die EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen einen "Neuen Pakt für Asyl und Migration", der die "Illegalität zur Legalität machen" will und die verpflichtende Verteilung von Migranten an den europäischen Außengrenzen vorsieht. Würde er vom Ministerrat und dem EU-Parlament beschlossen, bedeutete dies eine neue ungeheure Flut von Migranten nach Europa, die nach Kennern der Verhältnisse binnen weniger Jahre die ökonomische und kulturelle Zerstörung Europas zur Folge hätte.

I

Mit blumigen Worten und verschleiern den Phrasen wirbt die EU-Kommission auf ihrer Webseite für dieses Projekt. Dr. Gottfried Curio, wachsamer Innen-Experte der AfD-Bundestagsfraktion, hat sich gleich am 24.9.2020 der sprachlichen Manipulations-Technik gewidmet und sie aufgedeckt, um die wahren Ziele dahinter sichtbar werden zu lassen. Wir bringen das Transkript seines Video-Statements:

Das neue Diktat des EU-Einwanderungskartells

"Der von der EU-Kommissions-Präsidentin von der Leyen vorgelegte neue Pakt für Migration und Asyl ist ein unheilvolles Gebräu aus Illusionen und Verantwortungslosigkeiten.

Es beginnt schon mit der Rahmensetzung eines neuen "Gleichwichts aus Verantwortung und Solidarität": klassische politische Nicht-Begriffe, mit denen aufgedrängte Verpflichtungen durch die rosarote Framing-Brille verschleiert werden sollen.

Natürlich hat die EU für illegale Migranten, die an ihre Grenzen kommen, überhaupt keine "Verantwortung". Die vorgeblich Schutzbedürftigen sind zu diesem Zeitpunkt bereits durch sichere Drittstaaten gezogen, also nicht mehr auf der Flucht, falls sie es je waren.

Und "Solidarität" im Sinne einer Übernahme von Migranten aus Erstzutritt-Staaten ist ein weiterer Fehlbegriff, mit dem die fortgesetzte rechtbrechende Verletzung von Dublin III durch Angela Merkel im Nachhinein legalisiert und der Weg von der Außengrenze der EU direkt nach Deutschland automatisiert werden soll.

Nichts davon ist im Interesse Deutschlands oder anderer Mitgliedsstaaten.

Nun, die Vorstellung, Fluchtursachen in den Heimatländern durch europäische Geldspritzen abzubauen, ist geradezu abenteuerlich unsinnig. Ein europäisches Sozialniveau wird dort sowieso nicht erreicht, hingegen werden nur mehr Reisemittel für die Schlepper-Wege geliefert. "Auch "wechselseitig vorteilhafte Partnerschaften mit Drittstaaten", wie es heißt, braucht niemand. Diese Staaten sind schon jetzt verpflichtet, ihre Bürger wieder aufzunehmen und gegen Schleuser vorzugehen. Das ist nicht erst mit erleichtertem Zugang zu Visa und erleichterten Arbeits-Genehmigungen zu erkaufen, sondern im Gegenteil nötigenfalls durch Druck umzusetzen.

Deutschlands vielerorts bereits bestehendes wirtschaftliches Engagement bietet dazu genügend Ansatzpunkte. Und kürzlich bracht hier auch etwa BAMF-Chef Sommer Visa-Beschränkungen als Druckmittel ins Gespräch.

Die EU gesteht nun also das Scheitern ihrer bisherigen, völlig ineffizienten Grenz- und Asyl-Politik ein und zieht daraus die Konsequenz, eben dieses Scheitern in Gesetzesform zu gießen. In diesem Diktat aber des EU-Einwanderungs-Kartells soll Dublin III und damit der letzte Rest deutscher Souveränität in Fragen der Grenzsicherung außer Kraft gesetzt werden.

Eine verpflichtende Verteilung auf europäische Länder ist als bekannte Brüsseler Arroganz aber abzulehnen und im Übrigen aussichtslos. Die dafür beschworene "Krisenlage", in der das dann greifen soll, ist natürlich Alltag an den EU-Außengrenzen. Und wenn man hört, daß bei einem größeren Ansturm auch Migranten mit ungeklärtem Status umverteilt werden sollen, zeigt sich wieder die blanke Umsiedlungsabsicht dieses Plans.

Und die Idee, daß Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, für die Ausreise oder Abschiebung abgelehnter Asylbewerber sorgen sollen, die bekanntlich meist nicht klappt - in Deutschland haben wir deshalb schon einen Rückstau bei der Abschiebung von über einer halben Millionen Personen - eine solche Idee kommt schon einer Verhöhnung solcher Staaten gleich. Denn dafür blieben ihnen acht Monate. Und gelingt die Rückführung dann nach acht Monaten nicht, sollen diese Staaten eben auf diesen Migranten dann doch schlicht sitzen bleiben.

Was wäre zu tun? Alternativ müßten doch die Ursachen des Scheiterns der bisherigen EU-Grenz- und Asylpolitik behoben werden! Schluß mit der Auswahl des Sozialsystems durch einen Asyl-Tourismus innerhalb Europas - etwa durch eigenmächtiges Außer-Kraft-Setzen der Dublin III-Regeln! Rückschiebungen in sichere Herkunftsstaaten und Anrainerländer der EU - auch unter Zuhilfenahme diplomatischen und wirtschaftlichen Drucks! Dann: Konsequente Grenzsicherung und Bekämpfung auch des Schlepper-Unwesens!

Deutschland darf sich hier Brüssel nicht ausliefern! Der Zustand einer unkontrollierten, unbegrenzten Masseneinwanderung darf nicht Gesetzesform annehmen! Die Zukunft Europas hängt davon ab, ob die Regierungen endlich für die Interessen ihrer eigenen Völker eintreten oder aus falschen pseudo-humanitären Gründen das Ende Europas, wie wir es kennen, besiegeln.

Das betrifft nicht nur eine verantwortungslose Zuwanderung. Keinesfalls liegt nämlich auch das vornehmliche Interesse der einzelnen Mitgliedsstaaten etwa in einem brachial von Brüssel durchgesetzten EU-Superstaat. Der Plan von der Leyens zeigt die gefährliche und brutale antideutsche Grundhaltung dieser CDU-Politikerin, die sie ja bekanntlich mit der deutschen Kanzlerin teilt. Statt der berühmt-berüchtigten merkelschen "Legalisierung von Illegalität" braucht es endlich eine Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit und eine entschiedene Besinnung auf

die legitimen Interessen der Nationalstaaten ... ".

II

Auch der EU-Abgeordnete der AfD Bernhard Zimniok trat sofort am 24.9.2020 in einem Interview warnend an die Öffentlichkeit. Er war nach seiner Zeit bei der Bundeswehr, die er als Oberstleutnant verließ, fünf Jahre als Legationsrat I. Klasse an der Deutschen Botschaft in Damaskus, vier Jahre an der Deutschen Botschaft in Islamabad sowie als Director Security im Board of Directors des ISOI und danach als Sicherheitsberater in Pakistan und in Afrika tätig. Von daher ist er mit der Migrations-Problematik aus vielfacher internationaler Erfahrung gründlich vertraut.

Auf die Frage: "Was ist denn eigentlich so verkehrt an dem neuen EU-Migrationspakt?" antwortete er:

"In einem Wort: Alles. Es ist alles falsch, denn das ist die größte Bedrohung für Europa, wenn man vom Krieg absieht. Das ist die Vernichtung ökonomisch, kulturell für Europa."

So hält er wie Jörg Meuthen diesen Migrationspakt für selbstmörderisch.

"Ja, das ist Selbstmord, dieser Pakt. Der wird die europäischen Völker binnen kurzer Zeit, also nicht in einer Dekade, sondern weniger, also in ein, zwei, drei Jahren so verändern, daß wir dieses Europa, wie wir es kennen und lieben gelernt haben, auf keinen Fall mehr wiedererkennen werden. Dieses Europa ist dann damit Geschichte."

Weiter siehe: Bernhard Zimniok zerpfückt neuen Migrationspakt (0:56 min.)

Da sich die Mainstreammedien weitgehend über die Inhalte und Konsequenzen des EU-Migrationspaktes ausschweigen, eröffnete B. Zimniok am 8.1.2021 eine Serie von Videos, in denen er wesentliche Punkte des Paktes erläuterte und die katastrophalen Folgen für Europa aufzeigte.

"In Folge 1 geht es um die "legalen Migrationswege", die die EU schaffen möchte - obwohl es diese selbstverständlich bereits gibt. Dahinter steckt also ein perfider Plan - die Tore sollen sperrangelweit geöffnet werden."

Neue legale Migrationswege

Hier Ausschnitte:

"Das bedeutet, bisher illegale Migration zu entkriminalisieren, um mehr Menschen die Gelegenheit zu bieten, in die EU einzuwandern. Denn es gibt selbstverständlich bereits legale Wege, in die EU einzuwandern, es braucht also keine neuen Pfade. Nach dem Vorbild der US-amerikanischen Green-Card wurde 2009 die sogenannte Blue-Card eingeführt. Damit wollte man die Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte fördern, um dem Arbeitskräftemangel zu begegnen. Ein durchaus richtiger Ansatz, der jedoch oft zum Lohndumping mißbraucht wird. Eine entsprechende Reform wäre daher nötig. Wieso also weitere legale Migrationswege schaffen und für wen?"

Ylva Johansson, die schwedische EU-Kommissarin für Inneres, zeigte kürzlich im EU-Parlament sehr deutlich, welche Intention dahinter steckt":

- Sie wird mit einem Redeausschnitt eingeblendet:

"Aber wir müssen auch neue legale Migrationswege schaffen: nicht nur für qualifizierte Arbeitskräfte, sondern auch für mittlere- und niedrigqualifizierte Arbeitskräfte."

"Schauen wir mal nach Afrika, um das Potential für diese unqualifizierte Migration näher definieren zu können. Die Bevölkerungsentwicklung dort ist rasant. Während wir aktuell bereits bei 1,3 Milliarden Einwohnern sind, wird sich das (sofern diese Entwicklung so weitergeht, hl) bis 2050 auf 2,5 Milliarden nahezu verdoppeln. Junge Menschen drängen auf den Arbeitsmarkt, alleine etwa 450 Millionen in den nächsten 20 Jahren. Das ist etwa die Hälfte (22,5 Millionen) der derzeit Beschäftigten in Deutschland pro Jahr! Tendenz steigend.

Laut Prognosen des Afrika-Reports der Weltbank werden aber lediglich 100 Millionen Arbeitsplätze (in Afrika) neu geschaffen. Damit besteht auf dem Arbeitsmarkt ein Überangebot

von 350 Millionen Menschen, die dauerhaft keine Arbeit finden werden. Diese nicht Benötigten werden andere Möglichkeiten suchen, insbesondere in Europa.

Laut einer repräsentativen Umfrage wollen fast 40 % der Afrikaner auswandern, davon mehr als ein Viertel nach Europa. Das alleine wären schon über 130 Millionen Menschen.

Wir reden ständig über den Bedarf an jungen Menschen, da die Gesellschaft der EU stark altert. Allerdings sinkt gerade in Zeiten der Digitalisierung der Bedarf an unqualifizierten Arbeitskräften, lediglich Hochqualifizierte werden benötigt. Doch davon ist ein Großteil der Afrikaner weit entfernt, sie werden also einen Platz im Sozialsystem finden, wie ein großer Teil der seit 2015 eingewanderten Migranten.

Denn auch Europa leidet unter Arbeitslosigkeit. Alleine die Jugendarbeitslosigkeit in der EU zeigt deutlich, daß wir nicht einmal den eigenen Nachwuchs in Lohn und Brot bringen können - obwohl sie die Sprache sprechen, größtenteils besser ausgebildet sind und keine kulturellen Anpassungsschwierigkeiten haben. ...

Im Migrationspakt ist auch ein Passus enthalten, der unbegleitete Kinder und Kinder unter 12 Jahren mit ihren Familien von einem Asylverfahren ausnimmt. Das heißt, daß alle unbegleiteten Kinder und alle Kinder unter 12 Jahren mit ihrer Familie in die EU einreisen dürfen. Es reicht also, wenn ein Migrant ein Kind vorschickt, damit die restliche Familie - Familien-Zusammenführung soll selbstverständlich auch gefördert werden - nachgeholt werden kann. Angesichts der Bevölkerungsexplosion in Afrika steht damit quasi jedem Tür und Tor nach Europa offen! Ein Pull-Effekt (Anziehungs-Effekt) sondergleichen und nur noch glatter Wahnsinn!

Deutschland ist auch in Sachen Familien-Nachzug wieder einmal ein Vorreiter in Sachen weltfremder Politik. Im Oktober 2020 wurde eine Neuregelung des Familien-Nachzugs im Bundestag verabschiedet, lediglich die AfD stimmte dagegen, die Linke enthielt sich. In dieser Änderung wurde der Begriff deutlich ausgedehnt: Dazu zählen jetzt dauerhafte Lebensgefährten, Onkel Tante, Pflegekinder etc., aber auch die Einreise zur Pflege eines Angehörigen ist jetzt möglich. Es reicht also, wenn man der in Deutschland lebenden Person "nahe steht". Zwar muß diese Person zwei Jahre vom in Deutschland lebenden Partner finanziert worden sein oder mit ihm zusammengelebt haben. Wie genau das überprüft werden soll, bleibt aber unklar.

Was hier angestrebt wird bzw. in Teilen bereits umgesetzt wurde, ist eindeutig gegen die Interessen der deutschen und der europäischen Bevölkerung gerichtet."

III

Zimniok ließ am 14.1.2021 ein weiteres kurzes Video über die finanzielle Unterstützung der abgelehnten Asylbewerber folgen, am 17.1.2021 eines über das Vorhaben der EU, private Schlepper zu unterstützen, und am 19.2.2021 veröffentlichte er ein gut einstündiges Video, in dem er "alle relevanten Einzelheiten des Paktes" darlegt und aufzeigt, "wo die zentralen Probleme für unser Land und die EU liegen - und warum man der Kommission dabei Absicht unterstellen muß."

Schließlich veröffentlichten die EU-Abgeordneten der AfD Dr. Gunnar Beck, Dr. Nicolaus Fest und Bernhard Zimniok eine umfangreiche Studie, die sie gemeinsam mit EU-Abgeordneten aus anderen Ländern angefertigt haben.

Die Studie (zweisprachig) kann online heruntergeladen werden: [https://www.id-afd.eu/wp-content/uplo ...](https://www.id-afd.eu/wp-content/uplo...)

Es sind in Deutschland nur die AfD-Politiker, die sich mit dieser Ungeheuerlichkeit gründlich befassen und die Bevölkerung informieren und warnen wollen. Alle Altparteien unterstützen diesen EU-Migrationspakt.

Dieser ist die konsequente Ausführung dessen, was hier im Fassadenkratzer bereits am 20.4.2018 als globale Planung zur Zerstörung der homogenen europäischen Völker beschrie-

ben wurde, ein Ziel, dem schon der hier ebenfalls vielfältig besprochene UN-Migrationspakt diene:

UNO, EU und USA-Kreise planen seit Jahrzehnten die Massenmigration.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 46/21" berichtete am 12. November 2021 (x1.387/...): >>Gruppenvergewaltigung in Hamburg

Wieder laufengelassen

Günter Bertram

Die ungesühnte, stundenlange Gruppenvergewaltigung eines 15jährigen Mädchens im September 2020 nächstens im Hamburger Stadtpark schlägt nach über einem Jahr wieder hohe Wellen. Mit Recht, denn die Tatenlosigkeit der Justiz ist unentschuldig. Die Polizei hatte - soweit ihr möglich - vorzügliche Arbeit geleistet, den brutalen Tathergang sowie alle zwölf Täter ermittelt und entscheidendes Beweismaterial wie Spermaspuren, Raubgut und Bildmaterial sichergestellt.

Aber nur einer der Täter kam kurzfristig in Haft, ehe eine Richterin ihn wieder laufenließ. Wenn die Sprecherin der Staatsanwaltschaft verkündet, es werde jetzt geprüft, ob und weshalb demnächst Anklage erhoben werden solle, kann dies - zumal in den Ohren des geschundenen und entwürdigten Opfers sowie aller Frauen, für die sie Symbol geworden ist - nur wie blanker Hohn klingen. Gibt es eine Erklärung?

Die Namen der zwölf Beschuldigten wie Arsen K., Amir Hossein N., Hassan A., Ahmed F., Djulina A. und immer so weiter lassen ahnen, was die weisungsberechtigte grüne Justizsenatorin hier erschrecken ließ. Vorsicht: Migrationshintergrund! Nur kein Wasser auf die Mühlen der politisch Falschen schütten! Und die Frauen, für die das Opfer doch steht? Für sie muß grüne Rhetorik genügen.

Günter Bertram war Vorsitzender Richter am Landgericht in Hamburg.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2021 im COMPACT-Spezial Nr. 30 über George Soros (x363/40-42,44): >>Spekulant und Revolutionär

_ von Karel Meissner und Sven Reuth

Ohne ihn wären die Farbenrevolutionen in Osteuropa und die Politik der offenen Grenzen kaum so wirkmächtig geworden: George Soros will überall die Freiheit fördern - nach seinen Vorstellungen selbstverständlich.

... Seid willkommen, Millionen!

Die grüne Präferenz des US-Tycoons - *Forbes* schätzte allein sein Privatvermögen im Mai 2021 auf 8,6 Milliarden Dollar, dazu kommt die Kapitalkraft seiner Stiftungen - erklärt sich unter anderem aus den identischen Vorstellungen in Bezug auf die Migrationspolitik. Schon im September 2015, kurz nach der Grenzöffnung durch Bundeskanzlerin Angela Merkel, veröffentlichte er ein Grundsatzpapier mit dem Titel "Rebuilding the Asylum System" ("Der Umbau des Asylsystems") auf der Website des sogenannten Project Syndicate. Bei besagtem Syndikat handelt es sich um eine in Prag ansässige Organisation, in der nach eigenen Angaben über 430 Zeitungen aus 150 Ländern mit einer Gesamtauflage von fast 70 Millionen Exemplaren zusammengeschlossen sind. Zuwendungen erhält der Verbund auch von Soros' Open Society Foundations.

In seinem Beitrag schreibt der US-Milliardär: "Die Europäische Union muß die Verantwortung für das Fehlen einer gemeinsamen Asylpolitik übernehmen. ... Jeder Mitgliedstaat hat sich auf selbstsüchtige Weise nur um seine eigenen Interessen gekümmert und oft gegen die Interessen anderer gehandelt. Dies hat unter den Asylsuchenden, der Öffentlichkeit sowie unter den Polizei- und Justizbehörden für Panik gesorgt. Die Hauptopfer dabei waren die Asylbewerber."

Soros will aus den vermeintlichen Opfern Profiteure machen und meint, daß dies auch den Aufnahmeländern zugutekommen werde - ganz so, wie es auch der 2018 verabschiedete UN-

Migrationspakt suggeriert, der von "Herausforderungen und Chancen der internationalen Migration" spricht und - im Jargon des Großen Geldes - dazu beitragen will, "den Gesamtnutzen von Migration zu optimieren". Soros fordert gar, daß jeder der rund eine Million (später reduzierte er die Zahl freundlicherweise auf 500.000) Kostgänger, die die EU seiner Meinung nach in jedem Jahr aufnehmen solle, 15.000 Euro Stütze jährlich erhalten müsse.

Eine der von Soros finanzierten Nichtregierungsorganisationen ist die Internationale Migrationsinitiative. Sie macht sich dafür stark, ein Menschenrecht auf Migration durchzusetzen. Man sei an jeder Stelle der Fluchtströme, vom Herkunfts- bis zum Zielland, "aktiv" dabei, Einfluß auf politische Entscheidungen souveräner Nationalstaaten zu nehmen. "Die Initiative versucht die Fähigkeit der Migranten zu stärken, ihre Rechte zu behaupten und zu verteidigen", heißt es.

Schon vor ihrer Abreise (!) sollen Flüchtlinge durch "Training und Orientierungsseminare" juristisch geschult werden. Zusätzlich sollen Migranten durch eigens geschaffene Gruppen mobilisiert und ihr Einfluß gestärkt werden - etwa durch Medien und Presseorgane, die von Migranten selbst geleitet werden. Das langfristige Ziel ist "eine inklusivere, tolerantere Gesellschaft und eine besser informierte Öffentlichkeit, um Fremdenhaß und Diskriminierung zu bekämpfen."

Kein Wunder, daß Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban vor diesem Hintergrund schwere Vorwürfe erhebt. "Diese Invasion (gemeint: die Flüchtlingsflut nach der Grenzöffnung ab 2015) wird einerseits vom Schlepper-Busineß gelenkt, andererseits von jenen Aktivisten, die alles unterstützen, was die Nationalstaaten schwächt", zitierte ihn die Tageszeitung *Die Welt*. Und weiter: "Diese westliche Denkweise und dieses Aktivistennetz wird vielleicht am stärksten durch George Soros repräsentiert." Dieser fördere "von Budapest aus auch Aktivisten, die den Flüchtlingen helfen", kritisierte der Premier - und zog dem vermeintlichen Philanthropen den Stecker: Die Soros-Niederlassungen mußten die ungarische Hauptstadt im Frühjahr 2018 verlassen. Als ihnen auch in Prag kein Niederlassungsrecht gewährt wurde, wählte man Wien als neuen Standort. ...

Geld für die Rebellen

Mit dem Know-how aus den genannten Beispielen fördert Soros auch den Regimewechsel in westlichen Staaten. Ein Beispiel ist seine Unterstützung für die Bewegung Black Lives Matter (BLM) in den USA. Obwohl behauptet wird, daß es sich bei den Protesten um einen "Aufstand der Straße" handele, wird die Organisation "in zunehmendem Maße mit Cash geflutet", las man etwa im August 2016 in der *Washington Times*. Die Open Society Foundations (OSF) von George Soros unterstützten Organisationen, die der Bewegung nahestehen, mit "mehr als 33 Millionen Dollar", hieß es in dem Blatt.

Seit Jahresanfang 2020 investierten die OSF nach eigenen Angaben weitere 261 Millionen Dollar in Projekte in den USA. Zu den begünstigten gehören Organisationen wie die American Civil Liberties Union, die Equal Justice Initiative und der NAACP Legal Defense and Educational Fund. Alle drei gehören zu den wichtigsten Unterstützern von BLM. Am 11. Juni 2020 gab die radikale Schwarzen-Bewegung bekannt, daß bereits Spenden in Höhe von 6,5 Millionen Dollar eingegangen seien.

In Deutschland führt die Spur des selbst ernannten Philanthropen unter anderem zur Bewegung Fridays for Future. Deren internationales Gesicht ist die Schwedin Greta Thunberg - aber auf nationaler Ebene organisiert Luisa Neubauer die Proteste. Die 25-Jährige hat sich nicht weniger vorgenommen, als eine grüne Internationale zu etablieren: "Wir bauen eine riesige Bewegung auf. ... Wir machen etwas, was es vorher noch nicht gab." Diese Idee ist aber nicht auf ihrem Mist allein gewachsen, denn sie ist nur "der perfekt ausgebildete Nachwuchsstar eines Systems, das sich in den vergangenen zehn Jahren massiv professionalisiert hat", wie *Zeit*-Reporter Daniel Erk herausfand.

Man müsse sich das wie folgt vorstellen: "So wie der deutsche Fußball durch seine professionelle Ausbildung eine Zeit lang ein Talent nach dem anderen hervorgebracht hat, zahlt sich für die Klimabewegung nun aus, was vor grob zehn Jahren begonnen wurde: Umweltschutzorganisationen haben Kinder und Jugendliche angesprochen, sie mobilisiert. Und in Teamleitung, Lobbying und Kampagnenarbeit geschult."

Wer sind diese ominösen "Umweltschutzorganisationen"? Die *Zeit* nennt die Namen, aber nicht die Hintermänner. Neubauer hat sich demnach "über Jahre" in der weltweiten Aktivisten-truppe 350.org engagiert, die - und das steht nicht in der Hamburger Wochenzeitung - "Gruppen mit Verbindung zu George Soros ... erheblich finanziert haben" (*influence-watch.org*).

Auch der militante Flügel der Klimajugend, Extinction Rebellion, scheint Zuwendungen bekommen zu haben. Als im Sommer 2019 die Website der vor allem durch ihre mehrtägigen Blockaden bekannt gewordenen Organisation gehackt wurde, fand man auch den Namen von George Soros auf einer Spenderliste - aber er war der Einzige, bei dem kein Betrag dahinter vermerkt war.

Daß er den Straßenprotest fördert, paßt übrigens ganz gut zu seiner Schützenhilfe für eine grün-geführte Bundesregierung: Mit den radikaleren Bewegungen im Rücken können sich Baerbock, Habeck & Co. gegen eine weichere Klima- und Asylpolitik wehren, zu der sie ein möglicher Koalitionspartner CDU/CSU drängen könnte. Soros will nämlich, wie Neubauer und Thunberg, die Welt retten - dazu passen keine Kompromisse. Wie der Investor Byron Wien einmal über ihn äußerte: "Man muß verstehen, daß er glaubt, von Gott mit der Lösung unlösbarer Probleme betraut worden zu sein."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2021 im COMPACT-Spezial Nr. 30 über den UN-Migrationspakt (x363/53): >>**Agenda 2030**

_ von Markus Frohnmaier

Der UN-Migrationspakt war nur der Anfang: Die Vereinten Nationen wollen ein weiteres Paket an Maßnahmen durchsetzen, eine Art ökokommunistisches Eine-Welt-Programm. Die Bundesregierung hat sich besonders eifrig an die Umsetzung gemacht.

Wussten Sie, daß die UN-Generalversammlung im Jahre 2015 eine "neue universelle Agenda für die Menschheit" verabschiedet hat? Nahezu unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit wurde von sämtlichen Mitgliedstaaten der UNO die sogenannte Agenda 2030 beschlossen, die innerhalb von 15 Jahren auf nicht weniger als, so der eigene größenwahnsinnige Anspruch und offizielle Titel der Resolution, die "Transformation unserer Welt" abzielt.

Auf internationaler Ebene bildet sie gewissermaßen den ideologischen Überbau der Merkel'schen Regierungspolitik aus Klimahysterie und Energiewende, schrankenloser Migration, Umverteilung zu Lasten Deutschlands, Willkommenskultur und Gender-Gaga. Auch im Koalitionsvertrag hat die GroKo dieses UN-Programm als Maßstab ihres Regierungshandelns fest verankert. ... _ Markus Frohnmaier (*1991) ist *entwicklungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion*.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 11/22" berichtete am 11. März 2022 (x1.387/...): >>**Gefährliche Parallelwelten**

Der "Abtrünnige" Erol Ünal beschreibt die bunte Welt der Moscheegemeinden in Deutschland *Filip Gaspar*

Vom Hinterhofmoschee-Gänger zum Agnostiker. Diesen Weg beschreibt Erol Ünal, ein in Baden-Württemberg aufgewachsener Türke, in seinem Buch "Der Abtrünnige. 15 Jahre in Moscheegemeinden" ausführlich. Der Leser bekommt Einblick in nicht nur eine, sondern gleich mehrere Parallelgesellschaften, denn die Auswahl an Moscheegemeinden in Deutschland ist vielfältig und bunt. Vielfältig in ihrer vermeintlichen Offenheit gegenüber der deutschen Mehrheitsgesellschaft und teilweise bunt in den äußerlichen Erscheinungsmerkmalen

ihrer Mitglieder.

Das erste Kapitel heißt auch "Der Eintritt in die Parallelgesellschaft". Dieser vollzog sich für Ünal in einer Esslinger Hinterhofmoschee der Milli Görüş, wo ihn der Initiationsritus der Beschneidung erst zu einem vollwertigen Mitglied der "türkisch-muslimischen Community" machte.

Nach dieser einleitenden persönlichen Anekdote folgen zehn Kapitel über Ünals religiösen Werde- und seine Abkehr vom Islam. Anhand eigener Erfahrungen, aber auch durch die Erlebnisse seines Bruders Ömer, und von Verwandten und Freunden wird die ganze Bandbreite der verschiedenen Strömungen der türkisch-muslimischen Gemeinden in Deutschland aufgezeigt.

Dabei wird deutlich, daß eine Moschee nicht bloß ein Ort zum Verrichten des Gebets ist, sondern die Gemeindemitglieder dort ihre Einkäufe erledigen, sich die Haare schneiden lassen, Essen gehen oder sich bloß unterhalten können. Eine selbstgeschaffene Parallelgesellschaft, die alles "Notwendige eines Zusammenlebens" anbietet.

Jeweils ein Kapitel wird den Moscheeverbänden gewidmet. Es wird die Geschichte und politisch-religiöse Ideologie der Verbände offengelegt. Diese unterscheiden sich auch in Äußerlichkeiten voneinander, Ünal spricht gar von "Uniformen". Gemeint sind die Art der Bärte und der Kleidung, aber auch der Begrüßungsformen. Daß ein Engagement in der Gemeinde auch Sprungbrett für die berufliche Karriere sein oder einem die Karriere auch kaputt machen kann, wird deutlich.

Gleich das erste Kapitel widmet sich den nationalistischen "Grauen Wölfen", deren glühender Anhänger Ünals Vater ist. Dieser schickte seinen siebenjährigen Sohn zu den Korankursen, wo die erste Indoktrinierung begann. Doch weil der Kurs nicht fesselnd war, schwänzte er diesen und fand über einen Schulfreund einen anderen Korankurs. Dieser fand bei dem ultrakonservativen Islamverband Millî Görüş, der seit Jahren im Verfassungsschutzbericht erwähnt wird, statt, womit sich das darauffolgende Kapitel auseinandersetzt.

Ein kurzes Kapitel beschäftigt sich mit einer Abspaltung von Millî Görüş, der mittlerweile in Deutschland verbotenen Kaplan-Gemeinde. Man erinnert sich hierzulande an den Kalifen von Köln, Metin Kaplan, deren geistigen Führer. Weiter werden die Sekten der "Süleymancilar" und der "Menzil" beschrieben.

Nicht mit freiheitlichen oder demokratischen Werten gemein

Die "Süleymancilar" haben "jahrtausendealte Praktiken übernommen, die im geheimen" fortgeführt werden. Dazu zählen auch mystische Elemente, wie die des sogenannten "Dhikr", der "bei Gott vereinfacht ausgedrückt ein gutes Wort für den Betenden" einlegt. Im "Menzil-Kapitel" besucht man eine Derwisch-Tekke (türkisch: Orden), deren größter deutscher Ableger sich mitten im Ruhrgebiet in Castrop-Rauxel befindet.

Durch nicht ausreichenden Platz im Gebetsraum erfährt Ünal jedoch keine Erleuchtung, sondern ist eher auf seinen Allerwertesten konzentriert. Eine durchaus humoristische Episode in dem sonst nüchtern geschriebenen Buch.

Erster wird es dann mit dem Moscheendachverband Ditib, der von seinem Kölner Sitz aus etwa 900 Gemeinden in Deutschland vertritt und direkt dem türkischen Präsidium für Religionsangelegenheiten und somit der türkischen Regierung unterstellt ist.

Ünal zeichnet dessen Entwicklung vom einstigen "Ort, der oft von liberalen Muslimen, Aleviten oder Muslimen, die keiner Gemeinde oder Sekte angehören, besucht wurde", zum Sprachrohr der Islamisten nach. Man bedenke, daß dieses Ministerium einst vom türkischen Staatsgründer Atatürk ins Leben gerufen wurde und heute noch die Freitagspredigten für deutsche Ditib-Moscheen herausgibt.

Die Gülen-Gemeinden, "die letzte Station in meinem (Ünals) Marathon", werden nach ihrem in den USA lebenden Oberhaupt Fethullah Gülen genannt. Recep Tayyip Erdogan war bis

zum Bruch mit Gülen dessen politischer Ziehsohn. Deren Trennung gipfelte in dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016.

Nachdem die Gülen-Anhänger den Marsch durch die Institutionen vollbracht und Erdogan zur Macht geholfen hatten, sahen sie ihre Felle davonschwimmen und in diesem dilettantischen Putschversuch auch ihre letzte Chance, das Ruder noch herumzureißen. So viel auch zu der These, daß hinter dem Putsch die letzten Säkularen in der Türkei steckten und keine konservativen Muslime. Gülen und all seine Anhänger gelten seitdem als Staatsfeinde und Gülen selbst gar als Staatsfeind Nummer eins.

Ünal ist als jahrelanger Teilnehmer an Gesprächszirkeln in der Gülen-Gemeinde zur Überzeugung gekommen, daß diese "eine Agenda vorantreibt, die weder etwas mit freiheitlichen noch demokratischen Werten gemein hat", und Gülen keineswegs der in der westlichen Welt oft als liberal und friedlich bezeichnete muslimische Prediger ist. Befremdlich ist für den Autoren, daß die Bundesregierung das interreligiöse "House of One" in Berlin mit mehreren Millionen Euro fördere, wohlwissend, daß die Gülenisten involviert sind.

Der letzte Teil des Buches befaßt sich mit der AKP, der Partei des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, und wie diese es geschafft hat, Nationalisten und konservative Muslime zu vereinbaren und den türkischen Staat Stück für Stück von seinen laizistischen Grundpfeilern entfernt. Aber auch damit, wie Ünal seine bis dato gelebte Identität verlor, die auf dem Islam und dem türkischen Nationalismus basierte, und dennoch den Ausstieg schaffte.

Trotzdem verurteilt er die Moscheegänger nicht oder redet schlecht über sie, wie dies bei einigen anderen "Ex-Muslimen" der Fall ist. Vielmehr weist er auf die gefährlichen Folgen der Indoktrination von Kindern und Jugendlichen durch die Mischung von nationalistischer und islamistischer Ideologie hin.

Erol Ünal: Der Abtrünnige. 15 Jahre in Moscheegemeinden. Meine Einblicke in eine Welt von Fundamentalisten und Rechtsextremen über Radikale bis zu Sufis. Angelika Lenz Verlag, Neu-Isenburg 2021, ... 256 Seiten ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 19/22" berichtete am 6. Mai 2022 (x1.387/...):

>>**Gegen die Islamisierung unserer Kultur**

Vor zwanzig Jahren wurde der niederländische Politiker Pim Fortuyn von einem linksextremen Fanatiker in Hilversum ermordet

Thomas Schäfer

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts galten die Niederlande als fortschrittlichster Staat Europas und Hort des Liberalismus und Pluralismus. Andererseits machte sich aber auch eine wachsende Unzufriedenheit in weiten Teilen der Bevölkerung breit. Verantwortlich hierfür waren vor allem die Zumutungen durch den Multikulturalismus, die Massenimmigration und den politischen Islam sowie der Unwillen der etablierten Parteien, sich damit überhaupt auseinanderzusetzen. Dazu kam das Treiben von militanten Tierschützern, welche Tausende kleine Landwirte mit ruinösen Klagen oder gar Anschlägen terrorisierten.

Vor diesem Hintergrund vollzog sich der kometenhafte politische Aufstieg von Wilhelmus Simon Petrus Fortuijn (später Pim Fortuyn). Der promovierte Soziologe sympathisierte zunächst mit dem Marxismus, entwickelte dann aber in den 1990er Jahren gegenteilige Positionen und eine extrem kritische Haltung gegenüber der Monarchie und dem sozialliberal-christdemokratisch geprägten Regierungssystem in Den Haag. Davon zeugen Veröffentlichungen wie "An das Volk der Niederlande" (1992) und "Herrenlose Gesellschaft" (1995). Denen folgte 1997 "Gegen die Islamisierung unserer Kultur".

Als bekennender Homosexueller fühlte sich Fortuyn schließlich auch ganz persönlich bedroht, als ein aus Marokko stammender Imam in Rotterdam predigte: "Die Schwulen müssen bekämpft werden; sie sind eine Gefahr für den Frieden." Hieraus resultierte sein Entschluß vom August 2001, in die Politik zu gehen und für die im Mai 2002 stattfindenden Parlamentswah-

len zu kandidieren. Dabei stand er zunächst an der Spitze der Liste der bürgerlichen Protestpartei Leefbaar Nederland (LN).

Allerdings führten Fortuyns Aussagen über die muslimische Religion bald zum Bruch mit der LN. So meinte er im Interview mit De Volkskrant, der Islam sei "eine zurückgebliebene Kultur (...) Überall wo der Islam das Sagen hat, ist es einfach nur schrecklich." Und das Rotterdams Dagblad zitierte Fortuyn mit den Worten: "Den Islam sehe ich als eine außerordentliche Bedrohung an, als eine feindliche Gesellschaft."

Trotz des Mordanschlags zog seine Partei ins Parlament ein

Nach der Loslösung von der LN avancierte der charismatische Sozialwissenschaftler im Februar 2002 zum Spitzenkandidaten seiner eigenen Lijst Pim Fortuyn (LPF). In dieser Eigenschaft versprach er beispielsweise: "Wir wollen das Land den Menschen im Land zurückgeben! ... Vorläufig keine Asylanten und eine strikte Regelung des Familiennachzugs." Außerdem richtete er nun auch folgende Aufforderung an die Bevölkerung der Niederlande: "Wählt mich, dann dürft ihr Pelzmäntel tragen!"

Am Abend des 6. Mai 2002, also neun Tage vor dem Votum, ermordete der Tierschutzaktivist Volkert van der Graaf den Politiker auf dem Parkplatz vor dem Gebäude des staatlichen Rundfunks in Hilversum kaltblütig mit sechs Schüssen aus nächster Nähe.

Nach seiner Verhaftung gab das Gründungsmitglied der Umweltschutzorganisation Vereniging Milieu-Offensief (VMO), welche vom niederländischen Staat mit 300.000 Gulden gesponsert worden war, zunächst an, es habe die Wiederbelebung des Nerzhandels in Holland verhindern wollen. Während des späteren Prozesses, in dem er letztlich zu 18 Jahren Haft verurteilt wurde, behauptete van der Graaf dann freilich, ihm sei es darum gegangen, "Muslime zu schützen".

Dabei spricht einiges dafür, daß der Mord an Fortuyn hätte verhindert werden können, denn der "Tierrechtler" war zwei Jahre lang von der Polizei und wohl auch dem Geheimdienst Binnenlandse Veiligheidsdienst (BVD) überwacht worden, weil er gedroht hatte, eine prominente Persönlichkeit zu töten. Zudem stand van der Graaf unter Verdacht, in den Mord an Chris van de Werken verwickelt gewesen zu sein.

Der bis heute nicht ermittelte Täter hatte den Umweltinspekteur von Noordwest Veluwe, welcher angeblich zu sehr auf seiten der Landwirte stand, am 22. Dezember 1996 mit drei Schüssen in den Rücken exekutiert. Daß es sich bei van der Graaf tatsächlich um keinen Psychopathen, sondern einen eiskalten ideologisch gesteuerten Killer handelte, belegen jedenfalls auch die bei ihm gefundenen Grundrisse der Häuser von drei weiteren Kandidaten der LPF, welche offenkundig der Vorbereitung künftiger Attentate dienten.

Bei den Wahlen kurz nach dem Tode Fortuyns erhielt die LPF auf Anhieb 17 Prozent der Sitze in der Zweiten Kammer des Parlaments. Dies war das höchste Ergebnis, das jemals in den Niederlanden von einer neuen Partei erzielt wurde. Anschließend konnte die LPF vier Minister im Kabinett des Christdemokraten Jan Peter Balkenende stellen. Dem folgten dann allerdings ein sukzessiver Niedergang und die Selbstauflösung zum 1. Januar 2008. Trotzdem hatte Fortuyn 2002 den Weg für andere niederländische Rechtsparteien geebnet, deren Wählerpotential sich in der Folgezeit bei etwa 20 Prozent einpendelte.

Zu den Anhängern des eloquenten LPF-Gründers zählte unter anderem der Regisseur Theodor van Gogh. Dieser übte seinerseits ebenfalls Kritik an der multikulturellen Gesellschaft und dem Islam. So drehte er den spektakulären Film "Submission", welcher die Unterdrückung der Frauen in der muslimischen Welt thematisierte.

Van Gogh arbeitete zudem auch an einer Dokumentation über die Ermordung Fortuyns, konnte selbige jedoch nicht mehr vollenden, weil er am 2. November 2004 von dem marokanischstämmigen Islamisten Mohammed Bouyeri auf offener Straße niedergeschossen und anschließend die Kehle durchschnitten. Bemerkenswerterweise stand dieser Attentäter ebenfalls unter

Beobachtung durch die niederländischen Sicherheitsbehörden, darunter auch des Geheimdienstes Algemene Inlichtingen- en Veiligheidsdienst (AIVD).<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 20/22" berichtete am 13. Mai 2022 (x1.387/...):

>>**Respektvoll kapitulieren**

Clankriminalität: Das "aufgebauchte Problem" wird von der deutschen Politik nicht ernst genommen

Michael Paulwitz

Wer als deutscher Politiker ein Kriegsgebiet besuchen will, braucht nicht nach Kiew zu fahren. Ein Abstecher nach Duisburg genügt: Rund hundert Mitglieder eines kriminellen türkisch-arabischen Clans und der "Hells Angels" lieferten sich da vor einigen Tagen eine wilde Schießerei auf offener Straße. Medienberichte, die die Schlacht als "Rockerkrieg" abzutun versuchten, wecken gewollt falsche Assoziationen: Auch Formationen wie "Hells Angels" und "Bandidos" verzeichnen längst einen massiven Zustrom aus der migrantischen Klientel.

Die ethnisch organisierte Kriminalität hält Deutschlands Städte fest im Griff. Im einst beschaulichen niedersächsischen Nienburg an der Weser lieferten sich nur wenige Tage vorher zwei verfeindete Familienclans eine brutale Massenschlägerei. Zur gleichen Zeit wird auf den Neuköllner "Maientagen" ein Intensivtäter aus der Berliner Clanwelt erstochen. Bei der Beerdigung zeigen die Großfamilien ihre Macht - tausend Personen nehmen daran teil, bekannte Szene-Größen geben sich ein Stelldichein, die Polizei steht dabei und protokolliert.

Sicherheitsbehörden kratzen mit ihren sporadischen Einsätzen gegen die organisierte Clankriminalität allenfalls an der Oberfläche. Medienwirksam hat die nordrhein-westfälische Landesregierung eine Razzia gegen einen der hochkriminellen Familienclans durchführen lassen. CDU-Innenminister Herbert Reul machte die Bekämpfung der Clankriminalität zu einem Schwerpunktthema seiner Amtszeit und muß doch immer wieder von vorn anfangen.

Aus der Äußerung seines Kabinettskollegen, des NRW-Justizministers Peter Biesenbach (CDU), spricht die ganze Hilflosigkeit der etablierten Politik: "Wir sehen die protzigen Häuser und die Autos. Und wir fragen uns: Wo kommt dieser Reichtum eigentlich her?"

Selbst wenn die Behörden das herausfinden, bleiben die notwendigen Konsequenzen in der Regel aus. Schmerzhaft treffen könnte die geschlossenen Strukturen der kriminellen Clans nur die konsequente Wegnahme illegaler Vermögen und die rigorose Abschiebung aller straffällig gewordenen Mitglieder.

Beides findet allenfalls in Ansätzen statt und ist meist nicht von langer Wirkung. Vor den notorisch migrationsfreundlichen Gerichten ziehen die Behörden regelmäßig den kürzeren gegenüber den gutorganisierten Clans, die sich die besten Anwälte leisten können.

Vor allem in Berlin, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen treiben die kriminellen Großfamilien ihr Unwesen. Auf der Suche nach neuen Revieren und weiteren Anlagemöglichkeiten für ihre illegal erworbenen Vermögen greifen sie auch territorial aus: Von den städtischen Ballungsräumen ins ländliche Umland, von Berliner Brennpunktbezirken wie Neukölln in bislang weniger betroffene Stadtteile wie Charlottenburg oder Wilmersdorf.

Die Wurzeln des Clan-Unwesens verweisen auf bis heute ungelöste Probleme früherer Einwanderungswellen, die der Mißbrauch des weltfremden deutschen Asylrechts ermöglicht hat. Kriminelle Familienclans sind die Parallelgesellschaft in der Parallelgesellschaft: abgeschottet, nach eigenen Gesetzen lebend, den Kontakt zur deutschen Mehrheitsgesellschaft auf das regelmäßige Abgreifen von Sozialleistungen beschränkt.

Den Rechtsstaat und seine Hoheitsträger erkennen sie nicht an, die Zivilisation, in der sie leben, betrachten sie als Beutegesellschaft und schrecken nicht davor zurück, ihre nationalen Reichtümer zu plündern - der Raubzug gegen die Schatzkammer des Grünen Gewölbes in Dresden oder die Dreistigkeit, mit der ein Berliner Clan ein hundert Kilogramm schweres Goldmünzen-Unikat aus dem Bode-Museum entwendete, spricht Bände.

Durch den politisch gewollten und anhaltenden Kontrollverlust in der illegalen Asylummigration erhält dieses florierende kriminelle Milieu laufend weiteren Zustrom. Die Clankriminalität habe dreißig Jahre wachsen können, ohne daß die Politik eingegriffen habe, rechtfertigt NRW-Innenminister Herbert Reul seine bescheidenen Erfolge in dem viel zu spät aufgenommenen Kampf dagegen.

An dem Versäumnis haben auch unionsgeführte Regierungen in Bund und Land großen Anteil. Da die Politik auch dem weiteren Wachsen der Clankriminalität tatenlos zusieht, ähnelt der Aktionismus eines Herbert Reul eher der Arbeit des Sisyphos als den Taten eines Herkules.

Im tonangebenden linksgrünen Milieu ist man ohnehin längst dazu übergegangen, das Problem als solches wegzudefinieren, anstatt mühsame Lösungsversuche zu unternehmen. Verena Schäffer, Fraktionschefin der Grünen im NRW-Landtag, bezeichnete im Angesicht der Duisburger Straßen-Schießerei die Clankriminalität als "aufgebauschtes Problem".

In Berlins rot-grün-linker Regierungskoalition mag man schon den Begriff nicht und hält Polizeirazzien und behördliches Durchgreifen gegen das Clanimilieu für "diskriminierende Symbolpolitik". Sarah Nagel, Neuköllns Ordnungs-Bezirksstadträtin von der Linkspartei, will gleich ganz damit aufhören und nur noch "respektvolle" Kontrollen zulassen. Die Clans werden sich freuen.

Auch für die Bundesregierung existiert die sicherheitspolitische Herausforderung der Clankriminalität nicht wirklich. Sie wirft alle Energie auf den "Kampf gegen Rechts" und die Mobilisierung der zivilgesellschaftlichen Hilfstruppen, denen das soeben beschlossene "Demokratiefördergesetz" reiche Subsidien verspricht. Das "friedliche Zusammenleben in unserem Land" werde "in besorgniserregender Art und Weise beschädigt", heißt es in dem Papier - nicht von kriminellen Clans, sondern natürlich von rechtsextremen Demokratiefreunden.

Auf den "Rassismusmonitor" von Familienministerin Lisa Paus (Grüne), der die einheimische Noch-Mehrheitsbevölkerung unter Generalverdacht stellt, folgte am Dienstag die schöngeredete Statistik von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zur "Politisch Motivierten Kriminalität", die gegen jede empirische Erkenntnis den Rechtsextremismus zum einzig relevanten Sicherheitsrisiko hochstilisiert. Intellektuelle sorgen sich unterdessen in offenen Briefen um den Krieg in der Ukraine und ignorieren den Krieg auf den eigenen Straßen.

Mit einer solchen Politik der aggressiven und repressiven Realitätsverweigerung gegenüber den Folgen unkontrollierter Masseneinwanderung hat Schweden bereits ein Stadium des Kontrollverlusts erreicht, in dem die Sicherheitskräfte drauf und dran sind, den Bürgerkrieg gegen die militante Landnahme der Clankriminalität zu verlieren. Noch ist Deutschland nicht an diesem Punkt angekommen. Doch der Zeitpunkt rückt unaufhaltsam näher.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 32/22" berichtete am 5. August 2022 (x1.387/...): >>>**Prügeln statt Planschen**

Reportage: Jeden Sommer sorgen junge Männer - überwiegend mit arabischen Wurzeln - für Gewaltausbrüche in Freibädern

Hinrich Rohbohm

Die Bilder sorgten für Furore: Mehr als hundert junge Männer, vorwiegend mit Migrationshintergrund, die in einem Freibad im Berliner Stadtteil Steglitz aufeinander einprügeln. Sicherheitsbedienstete, die eingreifen und ebenfalls attackiert werden. Dazwischen Kinder. Mütter, die aufspringen, in den tobenden Menschenpulk laufen, um ihren Nachwuchs zu retten. Ein zehnjähriger Junge hatte dabei einen Faustschlag ins Gesicht erlitten. Die Täter: junge Männer im Alter zwischen 15 und 23 Jahren. Der Auslöser: ein harmloser Streit um Wasserpistolen.

Einzelfälle sind solche Szenen, die als verwackelte Handy-Videos in den sozialen Medien massenhaft geteilt wurden, schon lange nicht mehr. Nur wenige Tage zuvor hatten bis zu 250

Menschen im Berlin-Neuköllner Columbiabad Wachleute und Polizisten attackiert. Und erst vor zwei Wochen hatten in demselben Bad Angreifer elf Menschen mit Reizgas verletzt. Mitarbeiter waren darauf in einen Aussichtsturm der Anlage geflüchtet, hatten sich dort bis zum Eintreffen der Polizei eingeschlossen.

Die mutmaßlichen Täter, Männer im Alter zwischen 19 und 24 Jahren, waren bereits zuvor aufgrund einer Schlägerei aus dem Schwimmbad geworfen worden. Später seien sie Zeugenangaben zufolge mit Reizgas und Schlagstöcken zurückgekehrt und über Zäune und den Haupteingang in das Areal eingedrungen.

Nur ein spezielles Problem der oft als "failed

State", als gescheiterter Staat, in der Kritik stehenden Hauptstadt? "Keineswegs", sagt ein Bademeister aus der Rhein-Main-Region, der namentlich nicht genannt werden möchte. "Nur die größeren und die häßlichsten Vorfälle werden von den Medien thematisiert." Tatsächlich gehöre Prügeln statt Planschen längst zum Arbeitsalltag eines Bademeisters, auch wenn sich die große Mehrheit immer noch friedlich verhält. "Wir erleben derartige Auseinandersetzungen fortlaufend. Das sind dann nicht gleich Massenschlägereien, aber es geht immer um die gleichen Gruppen und keiner nennt das Problem beim Namen."

"Würde ich Klartext reden, wäre ich meinen Job los"

Der Grund dafür seien Tabuthemen, über die man in Deutschland nicht offen sprechen könne. "90 bis 95 Prozent aller Konflikte in unserem Bad spielen sich mit Leuten ab, die einen bestimmten Migrationshintergrund haben", schildert der Bademeister seine Erfahrungen gegenüber der JUNGEN FREIHEIT.

Dabei handele es sich "nahezu ausschließlich" um Leute aus arabisch-nordafrikanischen Herkunftsregionen. "Genau diese Gruppe ist das Problem. Aus ihr heraus kommen die Gewalttaten. Jeder sieht es, jeder weiß es, aber keiner spricht es offen aus." Auch er nicht. Aus gutem Grund. "Wenn ich Klartext reden würde, wäre ich meinen Job los und stünde am Rassisten-Pranger, da machen wir uns doch mal nichts vor."

Er selbst, groß und muskulös, könne sich allein durch seine körperliche Statur Respekt verschaffen. "Man darf bei denen keine Schwäche zeigen und muß mit fester Stimme klare Ansagen machen", ist er überzeugt. Viele Konflikte würden so gar nicht erst ausarten. Doch nicht jeder könne das. Er kenne Kollegen, die "innerlich längst kapituliert" hätten und davor zurückschrecken, im Konfliktfall gegen diese Gruppen einzuschreiten.

"Ich kann das gut verstehen. Wenn Sie wüßten, wie oft wir während unserer Arbeit beleidigt und bedroht werden, ohne daß es überhaupt zu einer Schlägerei gekommen ist. Das steht dann meist nicht in den Zeitungen und auch in keiner Statistik. Aber wenn jemand ankündigt, dich abzustechen oder mitteilt, dir mal ein paar Tschetschenen vorbeizuschicken, wird manchem Kollegen schon mulmig - und das wissen die."

Seine Forderung: "Leute mit arabisch-nordafrikanischem Migrationshintergrund gar nicht erst ins Bad lassen, so wie das manche Diskotheken regeln, um Ärger zu vermeiden." Tatsächlich wird Ähnliches in der Schweiz schon seit längerem praktiziert.

So hatten sich dort bereits vor sechs Jahren das Eidgenössische Staatssekretariat für Migration und das Verteidigungsdepartement mit der Kleinstadt Bremgarten im Kanton Aargau darauf verständigt, Asylbewerbern nicht ohne Begleitung Zutritt in "sensible Zonen" zu gestatten. Zu diesen Zonen zählen neben Schulgrundstücken und Sportanlagen auch öffentliche Badeanstalten. Die Maßnahme war damals zum Schutz der eigenen Bevölkerung erlassen worden. Aber auch, um die Toleranz gegenüber den im Ort einquartierten Asylbewerbern zu erhöhen.

"Ich würde eine solche Regelung absolut begrüßen", sagt Leona. Die 16jährige Gymnasiastin genießt gemeinsam mit ihrer gleichaltrigen Freundin Sophie die Sonne im Herzogenriedbad von Mannheim. In den vergangenen Jahren war es hier immer wieder zu Schlägereien gekommen, so manches Mal hatte die Polizei anrücken müssen.

"Es geht aber nicht nur um Schlägereien. Gerade als Frau wird man im Freibad schnell sexuell angemacht, beleidigt oder sogar begripscht", erzählt Sophie. Auch sie bestätigt: "Es sind stets junge Muslime, die Probleme machen." Besonders an den Wochenenden sei es schlimm. "Bei gutem Wetter ist es vollkommen überfüllt, und dann gibt es meistens auch Ärger", meint Leona. Sie selbst sei an solchen Tagen bereits mehrfach "bedrängt" oder "beleidigt" worden. Beide meiden in dieser Zeit mittlerweile das Schwimmbad.

Freibäder seien zu "Orten des Schreckens" geworden, hatte der Präsident des Verbandes deutscher Schwimmmeister jüngst gewarnt. Die Gewaltausbrüche hätten seit 2015 "exorbitant zugenommen". Besonders Nordafrikaner aus den Maghreb-Staaten und dem arabischen Raum würden die hiesigen "Wertvorstellungen mit Füßen treten", hatte sich Deutschlands Ober-Bademeister seinem Unmut über Politik und Medien deutlich Luft verschafft. Und: "Es kann nicht sein, daß Menschen, die dort Straftaten begehen, nach zwei Stunden wieder laufengelassen werden." Zudem hatte er betont, daß er mit seinen Kindern nicht mehr ins Freibad gehen würde.

"So weit würde ich jetzt nicht gehen", widerspricht ein Familienvater, der mit seinen beiden kleinen Töchtern ebenfalls das Herzogenriedbad besucht. Aber auch er meidet die öffentlichen Bäder am Wochenende: "Da ist es uns zu voll und die Stimmung ist dann wirklich schon aggressiv." Inwieweit es sich bei den Konflikten um junge Muslime mit Migrationshintergrund handelt, könne er nicht sagen. "Aber ihr hoher Anteil unter den Badegästen läßt sich nicht bestreiten."

"Bei Straftaten müssen die Handschellen klicken"

Ein weiteres Problem: In Zahlen lassen sich die Freibad-Konflikte kaum fassen. Denn Statistiken über Prügeleien oder sexuelle Belästigungen in den deutschlandweit knapp 3.000 Freibädern existieren nicht. Schon gar nicht über die Herkunft der Täter. "Und selbst wenn man die hätte: Was sagt das aus?" meint der anonym bleibende Bademeister. "Mal hast du ein Jahr mit einer Hitzewelle, ein anderes Mal einen verregneten Sommer. Ist doch logisch, daß dann auch die Besucherzahlen unterschiedlich ausfallen. Wie soll man das miteinander vergleichen?"

In die Zukunft blickt er dennoch optimistisch. "Unsere Politiker müssen sich ja gerade von einer ganzen Reihe ihrer Illusionen verabschieden. Sie werden auch in Freibädern mit ihren Tabus brechen müssen, weil die Realität sie einholen wird." Anfänge seien gemacht. "Manches Schwimmbad hat bereits Ausweiskontrollen eingeführt", Sicherheitsfirmen würden zur Regel, prognostiziert er.

Schließlich kämpfe jede Einrichtung auch um ihren Ruf und habe kein Interesse, stets aufs neue mit Gewaltausbrüchen in Verbindung gebracht zu werden. "Es wird auf eine uralte simple Regel hinauslaufen: Wer sich nicht benimmt, wird ermahnt. Wer die Ermahnung ignoriert, fliegt raus. Wiederholt sich das, fliegt er für immer. Und wer Straftaten begeht, bei dem müssen dann eben auch mal die Handschellen klicken."<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 39/22" berichtete am 23. September 2022 (x1.387/...): >>>Der verschleierte Ansturm

Migrationswelle: Fast unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit steigen die Asylzahlen wieder dramatisch

Von *Michael Paulwitz*

Die Asylzahlen galoppieren wieder. In Bayern hat sich die Zahl der Neuankömmlinge binnen kurzem verfünffacht, Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) sieht bereits wieder eine Situation wie im Krisenjahr 2016 heraufziehen. Bis zum Jahresende könnten 2022 wieder mehr als zweihunderttausend illegale Asyl-Migranten aus außereuropäischen Ländern nach Deutschland strömen - zusätzlich zu den vielen hunderttausend Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine wohlgermerkt.

Seit Merkels Willkommensputsch von 2015 ist nichts gelöst oder besser geworden. Asylforderer aus Syrien, Afghanistan, Irak und der Türkei führen wie in den Jahren zuvor die Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge an. 115.402 Erstanträge wurden zwischen Januar und August gestellt, 35 Prozent mehr als im Vorjahr. Nach wie vor bleibt der Bundespolizei nur, die illegalen Einreisen zu protokollieren und zu kanalisieren; von Zurückweisungen in nennenswerter Größenordnung kann keine Rede sein. Deutschlands Grenzen und Sozialsysteme stehen offen wie eh und je.

Lediglich das Fehlen endloser kamerawirksamer Wandererkarawanen ist anders als im Asylchaos-Jahr 2015. Auch das könnte sich bald genug ändern. In der Türkei bereiten sich Zehntausende Syrer darauf vor, in Konvois von Gruppen in Kompaniestärke auf EU-Gebiet vorzudringen. Die Telegram-Gruppe "Karawane des Lichts" hat binnen einer Woche mehr als 70.000 Wanderwillige virtuell versammelt.

Sie könnten die Vorhut eines gewaltigen Ansturms sein: 3,7 Millionen Syrer leben noch immer in der Türkei und sind dort zunehmend unbeliebt. Die Hälfte von ihnen will Machthaber Erdogan bis zur Präsidentenwahl 2023 loswerden. Die wenigsten davon werden in seinem Ansiedlungsprojekt in den besetzten syrischen Kurdengebieten unterkommen; für die Masse dürfte die Weiterreise ins gelobte deutsche Sozialleistungsland die attraktivere Option darstellen.

Der Migrationsdruck auf die EU-Außengrenzen steigt seit längerem drastisch an. 188.200 illegale Grenzübertritte hat Frontex in den ersten acht Monaten des Jahres 2022 registriert, 75 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Es ist der höchste Wert seit 2016. Die meisten kommen über die Mittelmeer- und Balkanrouten; auf der Westbalkanroute stieg die Zahl der illegalen Einreisen um 141 Prozent.

Deutschland war und bleibt das Hauptziel für illegale Migration nach Europa. Doch die Aufnahmekapazitäten sind am Limit. Die Auslastung der bayerischen Erstaufnahmezentren liege bereits bei "106 Prozent", schlägt der Innenminister des Freistaats Joachim Herrmann (CSU) Alarm. Weil sich zwölf von sechzehn Bundesländern wegen Überforderung aus dem länderübergreifenden Erstaufnahmesystem abgemeldet haben, tragen Bayern und Sachsen derzeit die Hauptlast. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis man wieder auf Zeltstädte und Turnhallen zurückgreifen müsse, warnt Herrmanns sächsischer Amtskollege Schuster.

Nicht nur räumlich, auch finanziell sind Deutschlands Möglichkeiten längst am Limit. 2015 traf die Parole "Wir schaffen das" noch auf ein Land, das sich in der trügerischen Illusion eines Wohlstands wiegen konnte, dessen Substanzverzehr noch weit weniger vorangeschritten war. Etliche bleierne Merkeljahre später, nach zweieinhalb Jahren mutwilligen und desaströsen Corona-Stillstands, unter dem Eindruck einer auf die Spitze getriebenen grün-ideologischen Energiepolitik und eines selbstzerstörerischen Sanktionsregimes, ist auch von dieser Illusion nicht mehr viel übriggeblieben.

In einem Land, dessen Bürger von einer irrlichternden Regierung zum Sparen, Frieren und Überwintern in Wärmestuben aufgefordert werden, muß die ungebremst fortgeführte "Wir haben Platz-Mentalität" wie Hohn erscheinen, wenn zugleich das Gespenst von Verarmung, Deindustrialisierung und Insolvenz-Kahlschlag die bürgerliche Mittelschicht und den unternehmerischen Mittelstand an den Rand des Ruins drängt.

Unbegreifliche Sorglosigkeit im Umgang mit knappen Ressourcen hat die Ampel-Koalition bereits bei der Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge praktiziert. Der Verzicht auf ordentliche Registrierung der Ankommenden und die umgehende pauschale Öffnung des Hartz-IV-Fürsorgesystems für in Deutschland aufgenommene Ukrainer setzt Anreize für Mißbrauch und Mitnahmeeffekte, die die humanitären Absichtserklärungen konterkarieren.

Merkels Willkommensputsch hat dem Hartz-IV-System bereits neue Kostgänger in Millionenhöhe beschert. Durch die Maßnahmen der Ampel ist die Zahl der Ukrainer im Grundsiche-

rungsbezug von nur 17.000 vor Kriegsbeginn um mehr als eine halbe Million angewachsen. Der Anreiz zur Arbeitsaufnahme ist trotz günstiger Alters- und Ausbildungsstruktur gering. Der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg Joachim Walter spricht von einer "starken Anziehungskraft" in die "soziale Hängematte".

Er wisse von Ukrainern, die seit Jahren in Polen lebten und arbeiteten, nach Kriegsausbruch ihre Familien nachgeholt hätten und jetzt nach Deutschland kämen, weil sie dort "ohne Gegenleistung mehr Geld in die Hand bekommen als in Polen mit Arbeit". Täglich ausgebuchte Busrouten aus vom Krieg verschonten ukrainischen Städten nach Deutschland und zurück nähren den Verdacht des verbreiteten Sozialhilfetourismus.

Die Bundesregierung denkt nicht daran, gegenzusteuern. Die Ausweitung der Hartz-IV-Leistungen auf weitere Migrantengruppen bei gleichzeitigem Ausbau zum deutlich erhöhten "Bürgergeld" wird sich als unwiderstehlicher Magnet erweisen. Erleichterte Einbürgerung und vereinfachte Aufenthaltsgewährung schaffen weitere Anreize.

Trotz der angespannten Lage im eigenen Land stockt die Bundesregierung auch die Beteiligung am EU-Ansiedlungsprogramm für "Schutzbedürftige" aus der Türkei und die direkte Aufnahme von Afghanen sogar noch auf. Die Asyllobby, der kein Programm je genug ist, trommelt derweil für die weitere Schleifung von Migrationshindernissen und mißbraucht den "Weltkindertag" am 20. September, um Familiennachzug für jedermann und ohne jede Einschränkung zu fordern.

Diese bedenkenlose Großzügigkeit ohne Rücksicht auf die Lage der eigenen Bürger kann Deutschland sich schon lange nicht mehr leisten. Nach Dänemark ziehen nun auch die Schweden die Notbremse und entscheiden sich in Wahlen für Kräfte, die mit der Wende zu einer restriktiven Migrationspolitik den Weg in den Abgrund in letzter Minute aufhalten wollen. In Italien steht eine vergleichbare Revolution an der Wahlurne bevor. Noch ist es auch in Deutschland nicht zu spät, die Geisterfahrt zu beenden. Doch mit jedem Zögern steigt die Crashgefahr.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/22" berichtete am 7. Oktober 2022 (x1.387/...): >>>**Ohne Schleuser läuft hier gar nichts**

Türkei: Ankara zieht gern die Migrationskarte, doch bei der ominösen "Karawane des Lichts" spielen auch andere Akteure ihre Trümpfe aus

Hinrich Rohbohm

Die Botschaft läßt aufhorchen. "In ein paar Tagen werden wir einen sicheren Sammelpunkt bestimmen.

Danach werden wir an die Grenze gehen, egal wie viele wir sind", verkünden die Organisatoren in Facebook- und Telegram-Gruppen, in denen sie auf arabisch die fast vier Millionen in der Türkei lebenden Syrer dazu aufrufen, sich für die Migration in die Europäische Union bereitzuhalten. Und sie rufen dazu auf, sich hierfür schon mal mit Zelten, Schlafsäcken, Rettungswesten, Erste-Hilfe-Paketen sowie Trinkwasser und Konserven auszurüsten.

Bis zu 100.000 Nutzer verfolgen die Meldungen in diesen Gruppen, die sich "Karawane des Lichts" nennen. Ihre Organisatoren geben vor, Syrer zu sein. Akademiker. Ärzte, Anwälte, IT-Leute, Ingenieure. Sie seien keine Menschenhändler, versichern die Gruppen-Administratoren. Man arbeite mit den türkischen Behörden zusammen, warte noch auf deren Erlaubnis zum Start.

Wohnungsnot und Inflation ändern das Bild der Syrer in der Türkei

"Alles ein großer Schwindel", behauptet Adil. Die JUNGE FREIHEIT trifft den 32jährigen im Istanbuler Stadtviertel Aksaray, einer Drehscheibe des Schleusergeschäfts Richtung Europa. Der Kontakt kommt über einen Mittelsmann zustande. Treffpunkt: ein Café nahe der Metrostation auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Adil ist nicht sein richtiger Name. Er ist vorsichtig geworden. "Die Verhältnisse in der Türkei haben sich verändert", sagt er. Die Woh-

nungsnot, die Inflation, der bevorstehende Wahlkampf. All das habe die Situation für die Syrer in de

"Früher wurden wir nicht geliebt, aber geduldet. Jetzt sehen uns viele nur noch als Belastung, man macht uns zum Sündenbock für die Probleme im Land." Deshalb wollen nun selbst jene weg, die sich in den Jahren zuvor in der Türkei eine bescheidene Existenz aufgebaut hatten. Adil beugt sich über den Tisch, blickt sich um. "Und Erdogan will auch, daß wir gehen", flüstert er.

Der Hintergrund: Angesichts der bevorstehenden Wahlen im kommenden Jahr ist es für den türkischen Präsidenten eng geworden. Einst war er es, der die Syrer als islamische Glaubensbrüder aufnahm, um ihnen Schutz vor dem Assad-Regime zu gewähren. Doch durch die dramatische wirtschaftliche Verschlechterung ist die Stimmung im Land gekippt. Die Opposition fordert die Ausweisung der Syrer. Eine Forderung, die Umfragen zufolge eine breite Mehrheit im Land befürwortet.

"Erdogan macht das, was er schon vor zwei Jahren getan hat: Er versucht, Massen von Syrern an die türkisch-griechische Grenze zu locken, um so Druck auf die EU auszuüben", ist sich Adil sicher. Und da komme die Karawane des Lichts ins Spiel. "Das ist ein Fake. In Wahrheit steckt die türkische Regierung hinter diesen Kampagnen."

Innerhalb der syrischen Gemeinschaft sei man gespalten. "Einige glauben diesen Leuten, weil sie verzweifelt sind. Andere Syrer warnen mittlerweile vor der Gruppe. "Die machen den Leuten Versprechungen, sagen, daß die Grenze für sie geöffnet wird und die große Gelegenheit gekommen ist. Aber das ist Quatsch."

Bekanntes von ihm seien bereits gegangen. Und an der Grenze abgewiesen worden. "Es gibt keinen Deal. Die Karawane-Leute behaupten, sie würden das alles unentgeltlich und ohne Schleuser machen. Aber das ist Blödsinn. Ohne Schleuser läuft nichts. Gar nichts." Adil macht eine ausladende Geste, kreist mit dem Finger in der Luft. Sieh dich hier um, überall. Die Leute machen hier alle möglichen Deals, um nach Europa zu gelangen. Kostenlos gibt es da gar nichts."

Und so würden auch hinter der Karawane des Lichts Schleuser stehen. Die Gruppe war Anfang September ins Leben gerufen worden. "Ihr Gründer nennt sich Yad Selim, aber natürlich ist auch das nur ein Fake-Name. Unter uns Syrern kennt den niemand." Syrischer Akademiker würden zumeist ohnehin längst in den USA oder Europa leben. "Das Ganze ist ein einziges Märchen."

Kein Märchen ist hingegen die massive Zunahme von Migrantebewegungen Richtung Europa. Vor allem nach Deutschland. Laut Zahlen der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex kam es in den ersten acht Monaten dieses Jahres bereits zu über 188.000 illegalen Grenzübertritten. Die höchste Zahl seit 2016. Demnach sind die Zahlen besonders auf der Balkanroute alarmierend. Mehr als 86.000 illegale Grenzübertritte verzeichnete die Behörde allein auf diesem Weg. Gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 190 Prozent.

Adil stellt der JUNGEN FREIHEIT einen Mann vor, der brisante Details über die Schleuserringe kennt. Der Deal: Der Treffpunkt und sein Name sollen unbekannt bleiben. Ebenso wen oder was er vertritt. Auch eine Beschreibung seiner Person soll in dieser Reportage nicht erfolgen. Seine Gegenleistung: Informationen. Näheres über die Hintergründe der türkischen Schleusermafia, die maßgeblich für die neue Migrationswelle verantwortlich sei.

"Diese Leute arbeiten eng mit den türkischen Behörden zusammen. Es handelt sich um einen aus acht Clans bestehenden Schleuserring", beschreibt der Informant die Gruppe, die sowohl 2015 als auch 2020 dafür verantwortlich gewesen sei, große Migrationsströme in Richtung Europa zu organisieren. "Sie arbeiten mit der türkischen Regierung zusammen."

Wenn Präsident Recep Tayyip Erdogan es wünscht, mobilisieren sie Massen von Migranten für einen Aufbruch nach Europa. Sie verfügen über eine funktionierende Logistikkette für

Menschenhandel. Sie haben Leute in den Sicherheitsbehörden der einzelnen europäischen Transitländer, bestechen Grenzkontrolleure, organisieren Boote, Autos, Lkws, Pässe, Flüge und arbeiten eng mit lokalen Schleusern zusammen."

Wolle Erdogan der Europäischen Union zeigen, daß er mit ihr kooperiere, würden die selben Leute dafür sorgen, die Migrationsströme zu stoppen. "Dann fließt einfach kein Schmiergeld und die Flüchtlinge fliegen auf. Sie werden dann routinemäßig abgewiesen."

Erst vor einigen Wochen hatte sich eine Gruppe von 1.500 Migranten von Edirne aus in Richtung des Grenzflusses Evros aufgemacht, um nach Griechenland zu gelangen. Vergeblich. Seit einem Jahr ist der Abschnitt durch Grenzzäune und Wärmebildkameras abgesichert, Massenübertritte wie einst 2015 sind nicht mehr möglich. "Der Schleuserring entscheidet darüber, wer es schafft und wer nicht. Und das ist stets eine Frage des Preises."

"Ein Paß? Ja, geht! Aber nicht hier, sondern morgen im Großen Basar"

Zugleich nutze Erdogan den Schleuserring für sein Wechselspiel mit der EU, bestehend aus Kooperation und Erpressung. "Geht die EU auf seine Wünsche ein, kooperiert er. Falls nicht, kommen neue Flüchtlinge nach Europa." Angesichts zunehmender Kritik an den Migrant in der Türkei öffne der türkische Staatschef nun wieder die Schleusen. Die Menschenhändler würden dabei die verschiedensten Wege nutzen. Per Landweg über den Evros. Per Seeweg durch die Ägäis bis nach Italien. Und auch direkt per Flugzeug. Diese Methode habe stark zugenommen.

So hat etwa Serbien mehr Herkunftsländern eine visumfreie Einreise gestattet. Von dort gelangen die Migrant dank intakter Schleuser-Infrastruktur mit Verbindungsleuten bis in hohe Regierungsstellen weiter über Ungarn, Slowakei, Tschechien oder Österreich nach Deutschland. Bis Ende August hatte Österreich 56.000 Asylanträge verzeichnet. Bis Ende des Jahres, so schätzen die Behörden, werden es 80.000 sein. Das wären dann nur 9.000 weniger als während der Migrationskrise 2015.

Wer es sich leisten kann, fliegt mit gefälschtem Ausweisdokument gleich direkt in die Zieländer. Letzteres habe stark zugenommen, meint der Informant. Die JF macht den Test, hört sich in den engen Gassen von Aksaray um, folgt in dem Menschengewirr den Migrant, die sich hier mit der nötigen Ausrüstung für ihre illegale Reise versorgen. Mit Handys, Koffern, Rettungswesten, Zelten und Isomatten. Auffällig: Neben Syrern sind auch zahlreiche Afghanen und Schwarzafrikaner unter ihnen. Aber nur noch wenige bevölkern mit ihren Taschen und Plastiktüten die Plätze und Rasenflächen. Einzelnen oder in kleinen Gruppen sind sie zu meist unterwegs.

Wer Hilfe von den Schleusern benötigt, verhandelt in den engen Gassen an den kleinen Tischen mit noch kleineren Stühlen. "Frag einen der Handyverkäufer, der Rest regelt sich von selbst", rät Adil, um mit den Schleusern ins Geschäft zu kommen. Ich gebe mich als Flüchtlingshelfer aus, sage, daß ich für einen Afghanen einen Paß besorgen möchte, damit er nach Deutschland gelangen kann. Das funktioniert tatsächlich.

Der Handyverkäufer führt mich plötzlich zu einem der Tische, bietet mir einen Tee an, sagt, ich solle einen Moment warten. Wenige Minuten später setzt sich ein älterer Herr dazu, wohlbeleibt, graues Haar, grauer Schnurrbart. Smalltalk. Über Deutschland. Er war auch da, hat dort mehrere Jahre gearbeitet. In Köln. Wir können deutsch sprechen. "Einen Paß? Deutsch? Ja, geht. Aber das machen wir nicht hier." Er nennt einen Treffpunkt: Großer Basar, Morgen elf Uhr, vor dem Eingang."<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 14. November 2022 (x1.208/...): >>>Planung und Orchestrierung der Massenmigration durch die UN

Von *Herbert Ludwig*

Aus den Aussagen afghanischer Migrant, die auf dem Weg in die USA in Guatemala ankamen, ergibt sich, daß Mitarbeiter der Vereinten Nationen und anderer Hilfsorganisationen sie

mit Karten, Informationen und sicher auch Geld versorgen, um durch Nicaragua, Honduras und schließlich Mexiko illegal in die USA zu gelangen. Zusammen mit vielen programmatischen Stellungnahmen hoher UN- und auch EU-Vertreter in den zurückliegenden Jahren muß man zu dem Schluß kommen, daß die derzeitige Massenmigration ein großangelegtes und zentral orchestriertes Unternehmen ist, westliche Staaten im wahrsten Sinne des Wortes kulturell zu unterwandern.

Afghanen in Guatemala

Der Wissenschafts-Blog ScienceFiles stellte kürzlich grundsätzliche Überlegungen zur Migration aus fernen Ländern an. Wie kommen z.B. arme Afrikaner aus Akieni in Gabon, Zentral-Afrika, nach Bremen? Durch die Sahara nach Libyen und von dort nach Italien?

"Es ist gar nicht so einfach, ein kleines logistisches Wunderwerk, von Gabon nach Libyen und weiter nach Italien zu kommen. Wer hilft Ihnen dabei? Wer gibt Ihnen, schlecht bezahlt wie Sie nun einmal sind, das notwendige Geld für die Reise? Wer stattet Sie mit den notwendigen Informationen, Zugängen zu Schleusern, Material und Ausrüstung für die Reise aus?"

Um einen kleinen Eindruck zu vermitteln: Wenn Sie beschließen, von Bremen nach Peking zu migrieren, dann sind das rund 1.000 Kilometer weniger als von Akieni nach Bremen."

Oder wie komme man von Afghanistan in die USA? Zunächst nach Südamerika, Nicaragua, Honduras, Venezuela, Guatemala, Mexiko in die USA? In Guatemala formiere sich derzeit ein Zug aus tausenden Migranten, die meisten davon aus Venezuela, die sich auf den Weg in die USA machen wollten.

"Wie kommen so viele Menschen aus so großer Entfernung an ein und demselben Platz in Guatemala zusammen? Gar nicht einfach, ohne eine zentrale Stelle, die die entsprechenden Informationen bereitstellt, eine Stelle, die über diffundierte (eingedrungene) Agenten an den unterschiedlichsten Plätzen dieselben Informationen über denselben Ort, von dem aus der selbe Weg in die USA genommen werden kann, verteilt."

Wie kommen die in jeder Hinsicht Ortsfremden, die zudem mit erheblichen Sprachproblemen konfrontiert seien, an Informationen, die ihnen dabei helfen, die Entfernung zwischen Guatemala und den USA zielsicher zu überwinden? Und wie seien sie in erster Linie nach Guatemala gelangt?

Einige dieser Fragen beantwortete ein gerade im Daily Caller (DC) veröffentlichter Beitrag. Journalisten des DC hätten in Guatemala angekommene afghanische Migranten nach ihrer bisherigen und ihrer zukünftigen Reise befragt und sich vor allem dafür interessiert, wer sie in die Lage versetzt habe, von Südamerika aus in die USA zu reisen.

Die Journalisten schreiben: "Die Vereinten Nationen und andere Hilfsorganisationen informieren Migranten aus der ganzen Welt, wie sie in die Vereinigten Staaten gelangen können, um die Grenze illegal zu überqueren, so sechs Migranten aus Afghanistan gegenüber der Daily Caller News Foundation, nachdem sie in Guatemala aufgegriffen wurden.

Die Migranten sagten, daß sie vor ihrer Ankunft in Guatemala von Mitarbeitern von Hilfsorganisationen mit Karten versorgt wurden, die ihnen den Weg nach Mexiko wiesen, damit sie die südliche Grenze der Vereinigten Staaten erreichen können. Die Männer waren sechs von 16 Afghanen in der Haftanstalt für ausländische Migranten in Guatemala-Stadt.

'Sie gaben uns eine Karte', sagte einer der afghanischen Männer. 'Die Karte reichte bis nach Mexiko. Die Vereinigten Staaten gab es nicht. Aber sie sagten uns, wie wir diese Grenzen überqueren können', erklärte einer der afghanischen Migranten. 'Aber sie haben uns gesagt, wie wir zur US-Grenze kommen', fügte er hinzu." ...

Die Gruppe zahlte in jedem Land entlang des Weges, um zum nächsten nördlichen Ziel auf ihrem Weg in die USA durchzukommen.

'Nach Nicaragua gibt es ein Einwanderungsverfahren, bei dem sie 150 Dollar von dir verlangen. Wir gingen hin und gaben 150 US-Dollar für die Einwanderung und überquerten eine

weitere Grenze bis nach Honduras. Uns wurde gesagt, daß es auch in Honduras ein Einwanderungsverfahren gibt', so der erste afghanische Flüchtling gegenüber dem DCNF.

'Also gingen wir hin und gaben unsere biometrischen Daten in allen Verfahren an, die wir gemacht haben. Und dann sind wir wieder in ein anderes Land gezogen', fügte er hinzu."

Zumindest ein Teil des Rätsels, das die Afghanen und andere, die aus Südamerika ihren Weg in die USA finden, umgebe, sei damit gelöst, schreibt SienceFiles. Mitarbeiter der Vereinten Nationen und anderer Hilfsorganisationen übernahmen die Logistik, versorgten die Migranten mit den Informationen, die sie benötigen, um auf ihrem Weg in die USA problemlos durch Nicaragua, Honduras und schließlich Mexiko zu gelangen. Die Frage, wer die notwendigen Geldmittel zur Verfügung gestellt habe, müsse man wohl nicht mehr extra stellen.

Es gebe keinen Grund anzunehmen, daß Migration aus Afrika ohne Zutun der UN und anderer Hilfsorganisationen funktioniere. Also müsse man zu dem Schluß kommen, daß die derzeitige Süd-Nord-Migration ein großangelegtes und zentral orchestriertes Unterfangen sei, ein Versuch, westliche Staaten im wahrsten Sinne des Wortes kulturell zu unterwandern.

Daß Migration zunehmend als Waffe eingesetzt werde, um die Bevölkerung in westlichen Staaten unter Druck zu setzen, sei ein offenes Geheimnis. Da die Migranten zunehmend als "Klimaflüchtlinge" verkauft würden, müsse man sich auch nicht fragen, welche Agenda hinter dem Anschlag auf die westliche Zivilisation stehe.

Doch es gibt noch eine andere Agenda.

Merkwürdige Machenschaften der UNO schon früher

2015, als die große Migrantenfut über Deutschland hereinbrach, die gegenwärtig durch die fortgesetzt grundgesetzwidrige Politik der herrschenden Parteien noch schleichend übertroffen zu werden scheint, wurde bekannt, daß die UNO ihre Hilfe für die regionalen Flüchtlingslager in den Kriegs- und Krisengebieten drastisch reduziert hatte.

Nach Angaben des Flüchtlingskommissars der UN befanden sich fast zwei Millionen syrische Flüchtlinge in Lagern in der Türkei, 1,2 Millionen in Jordanien, 600.000 im Jemen, 250.000 im Irak und 250.000 in Ägypten. Die zur Verfügung stehenden Finanzmittel seien jedoch gegenüber 2014 um zehn Prozent gefallen, man habe Essensrationen kürzen und Kliniken schließen müssen.

Allein im Monat August hätten durch die Knappheit an Finanzmitteln 184 Kliniken geschlossen werden müssen, drei Millionen Iraker seien nunmehr ohne medizinische Versorgung. Der syrische Flüchtlingsplan benötige eigentlich die veranschlagten 1,3 Milliarden Dollar, es seien aber nur 35 Prozent dieser Summe eingegangen.

Besonders die Situation im Libanon und in Jordanien sei unerträglich und "treibe frische Flüchtlingswellen nach Europa." Das treffe auch somalische und sudanesishe Flüchtlinge in Kenia, so der Bericht. "Kombiniert mit der Unmöglichkeit in ihre Heimatländer zurückzukehren, haben diese verschlechterten Bedingungen signifikant zum Ansteigen der Flüchtlingszahlen Richtung EU beigetragen."

Doch warum begannen gerade zu diesem Zeitpunkt die UN-Gelder zu versiegen? Zufall?

Hilfe durch NGOs

Am 20.9.2015 berichtete die Epoch Times:

"Steckt mehr hinter den Flüchtlingsströmen als wir bisher wußten, oder man uns wissen ließ? Gibt es ein Interesse am Mißbrauch von Flüchtlingsströmen als "Migrationswaffe", um die EU - und besonders Deutschland - zu destabilisieren? Ein Puzzleteil entdeckten jetzt britische Reporter auf der griechischen Insel Lesbos, ein "Migranten-Handbuch" mit dem Titel "Wie komme ich am besten nach Europa". In arabischer Sprache verfaßt, dient dieser spezielle Reiseführer der Aufklärung über Reiseweg nach Europa, Rechte in den EU-Staaten, Tips über die speziellen Sozialsysteme und wie man sie anzapft.

Telefonnummern, Reiserouten, Landkarten und Ratschläge auf dem Weg in die EU bereichern

die kleine Broschüre. Als Finanzier und Herausgeber identifizierten die Journalisten die Organisation "W2EU", eine Nichtregierungsorganisation (NGO) die zum Open-Society-Netzwerk des US-Milliardärs George Soros gehört."

Es läge danach auch ganz in der Intention von Soros, daß die Wanderer unterwegs Zugang zu öffentlichen Informationen hatten, um auf der Höhe des Geschehens zu sein. Die erstaunliche Tatsache, daß die überwiegend jungen Armutsmigranten alle mit z.T. teuren Handys ausgestattet waren, legt daher die Vermutung nahe, daß das Netzwerk von Soros hier bei der Anschaffung behilflich war. Auch ist es nicht vorstellbar, daß die zahllosen armen Migranten die bis zu 10.000 € hohen Schlepperkosten alle aus der eigenen oder der Sippenkasse zahlen konnten.

Frühe Ziele der UNO

a) Ein Licht auf Ziele der die UNO beherrschenden Eliten werfen Worte des UN-Sonderbotschafters im Kosovo, Sergio Vieira de Mello, von 1999, der ab 2002 UN-Hochkommissar für Menschenrechte und auf Fürsprache George W. Bushs UN-Sonderbotschafter im Irak war, wo er in den Nachkriegswirren am 19.8.2003 einem Bombenanschlag zum Opfer fiel.

Am 4. August 1999 sagte er in einer Sendung des US-Radiosenders PBS (Public Broadcasting System):

"Ich wiederhole: Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazi-Konzept. Genau das haben die alliierten Mächte im 2. Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Dekaden auch geschieht. Genau das war der Grund, warum die NATO im Kosovo kämpfte. Und das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangte - nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern."

Es geht ja heute keinem Volk um die abstammungsmäßige "ethnische Reinheit", sondern um den Erhalt der kulturellen Besonderheit und Identität des Volkes. Da ist die Aufnahme von Menschen anderer Nationen und Rassen, wenn sie in Maßen mit wirklicher Integration geschieht, gar kein Problem. Das Schreckensbild des nationalsozialistischen Rassismus wird bewußt zur Begründung für die Vermischung der Völker verwendet.

b) Am 21. März 2000 veröffentlichten die Vereinten Nationen eine Studie, in der Überlegungen angestellt werden, wie dem Schrumpfen der Bevölkerung in besonders kinderarmen Ländern begegnet und deren Bestand durch eine entsprechende Migration erhalten werden könne. In der Studie heißt es: "Der Begriff Bestandserhaltungs-Migration bezieht sich auf die Zuwanderung aus dem Ausland, die benötigt wird, um den Bevölkerungsrückgang, das Schrumpfen der erwerbsfähigen Bevölkerung sowie die allgemeine Überalterung der Bevölkerung auszugleichen."

Um die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) konstant zu halten, werden in der Studie folgende jährliche Einwanderungszahlen als notwendig erachtet: für Italien 372.000, Deutschland 487.000 und die gesamte EU 1.588.000.

Um das "potentielle Unterstützungsverhältnis", d.h. das Verhältnis zwischen der Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) und der Zahl der Senioren (65 Jahre oder älter), zu erhalten, seien für Italien jährlich 2.268.000 Einwanderer, für Deutschland jährlich 3.630.000 und für die gesamte EU jährlich 13.480.000 erforderlich.

Abschließend heißt es u.a.: Die Wanderungsströme, die notwendig wären, um die Bevölkerungs-Alterung auszugleichen (d.h. um das potentielle Unterstützungsverhältnis aufrechtzuerhalten) sind extrem groß, und es müßten in allen Fällen weitaus höhere Einwanderungszahlen als in der Vergangenheit erreicht werden."

Doch die Bevölkerung in den Staaten konstant zu halten, ist überhaupt nicht notwendig. Starke Schwankungen hat es schon immer gegeben. Die Sache dient nur als Vorwand, um die wahren Ziele der Massenmigration vor der Bevölkerung zu verbergen.

c) Als einer der einflußreichsten globalen Strategen innerhalb der EU und der UNO wirkte der Ire Peter Sutherland (*25.4.1946; †7.1.2018). Er war u.a. EU-Kommissar, Chef der WTO, Chairman von Goldman-Sachs, Vorsitzender der Trilateralen Kommission Europa, Mitglied des Lenkungsrates der Bilderberger und von 2006-2017 UN-Sondergesandter für Migration. Da zeichnen sich Zusammenhänge ab.

Bei einer Befragung durch den Unterausschuß für innere EU-Angelegenheiten des britischen Oberhauses im Juni 2012 sagte er u.a.: Eine alternde oder zurückgehende einheimische Bevölkerung in Ländern wie Deutschland oder der südlichen EU sei das "Schlüsselargument - und ich zögere, das Wort zu verwenden, weil es zum Gegenstand von Angriffen wurde - für die Entwicklung von multikulturellen Staaten." Mit anderen Worten: Die Demographie ist der Schlüssel, die Massenmigration zu begründen und in Gang zu bringen, das Ziel ist die Auflösung homogener Völker und die Entwicklung multikultureller Staaten.

Am 30. September 2015 war P. Sutherland zu einer Tagung über das Thema "Eine globale Antwort auf die Flüchtlingskrise im Mittelmeerraum" in den US-Think Tank "Council on Foreign Relations" geladen. Dort sagte er u.a.:

"Aber die Tweets (auf Twitter), die ich erhalte, sind absolut furchtbar. Aber je furchtbarer sie sind, desto mehr Spaß macht es mir, denn jeder Idiot, der sie liest oder Nicht-Idiot, der sie liest, der daherkommt und mir sagt, daß ich dazu entschlossen wäre, die Homogenität der Völker zu zerstören, hat verdammt nochmal absolut recht! ("dead bloody right") Genau das habe ich vor! (Applaus, Gelächter). Wenn ich es morgen tun könnte, würde ich sie zerstören, mein eigenes Volk eingeschlossen."

d) Der Portugiese Antonio Guterres, von 1999 bis 2005 Präsident der Sozialistischen Internationale und von 2005 bis 2015 Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, hatte bereits am 22.11.2016, kurz nach seiner Wahl zum neuen Generalsekretär der UNO, in Lissabon zu verstehen gegeben, daß die "Migration nicht das Problem ist, sondern die Lösung". Die europäischen Nationen hätten kein Recht darauf, ihre Grenzen zu kontrollieren, sie müßten statt dessen massenweise die ärmsten Menschen der Welt aufnehmen.

"Es muß anerkannt werden, daß Migration unausweichlich ist und nicht aufhören wird." "Wir müssen (die Europäer) davon überzeugen, daß die Migration unausweichlich ist, und daß es multiethnische Gesellschaften sind, die auch multikulturell und multireligiös sind, die den Wohlstand erzeugen." Die Politiker sollten diese "Werte" höher stellen als den mehrheitlichen Wählerwillen.

Der UN-Migrationspakt

Am 19.9.2016 ließen die UN-Funktionäre die Generalversammlung mit der "New Yorker-Erklärung" beschließen, bis Sommer 2018 einen "Globalen Pakt für Migration" zwischen allen Mitgliedsstaaten auf den Weg zu bringen, der garantieren soll, daß Migranten ständig geordnet in andere Länder einwandern können, ihre Rechte gestärkt und die Zielländer zur unbeschränkten Aufnahme verpflichtet werden.

Auf eine Anfrage erklärte die Bundesregierung zwar, der Globale Pakt (globaler Vertrag) sei rechtlich nicht bindend und damit kein völkerrechtlicher Vertrag. Doch dieses Konstrukt des angloamerikanischen Rechts, das dort als "soft law" (= sanftes, weiches Recht) bezeichnet wird, hat es in sich.

Es sind damit nicht-bindende, empfehlende Absprachen gemeint, die nur allgemeine Tendenzen, gewünschte Entwicklungen und Regeln enthalten, doch werden diese als gleichartige Willensbekundungen einer Vielzahl von Staaten allmählich zu internationalem Gewohnheitsrecht, das dann auch die Staaten bindet, die dem Pakt gar nicht beigetreten waren. Abgesehen davon ist in dem Pakt auch ständig von "Wir verpflichten uns ..." die Rede.

Der Bundestag stimmte am 29.11.2018 mit den Stimmen der CDU und der SPD dem "Teufelspakt" (M. Klonovsky) zu, der dann Anfang Dezember 2018 auf einer Gipfelkonferenz der

Regierungen in Marokko beschlossen wurde. Seitdem fühlen sich die herrschenden UN-Komplizen in Deutschland noch mehr "legitimiert", gegen nationales Recht ihre Politik der unbegrenzten Massen-Immigration fortzusetzen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 28. November 2022:

>>**Dank Faeser: Der Paß wird noch stärker verramscht**

Das Bestreben der Grünen und der SPD-Bundesinnenministerin Nancy Faeser nach einem noch schnelleren Komplett-Umbau Deutschlands erfährt gerade einen weiteren Turboschub. Lesen Sie dazu auch den Artikel "Die Grenze brennt" von Martin Sellner aus der November-Ausgabe des COMPACT-Magazins mit dem Titelthema "Krieg gegen Deutschland".

Da sich Deutschland bekanntlich in der Rolle des Weltsozialamtes gefällt und weitgehend die Grenzen nicht nur für Personen aus aller Herren Länder offen hält, ging man zügig dazu über, Leute proaktiv hereinzuholen (Stichwort: afghanische Ortshilfskräfte). Damit dieser Vorgang irreversibel bleibt, laufen Planungen, die Staatsbürgerschaft praktisch allen nachzuschmeißen, die hier als sogenannte Flüchtlinge eintrudeln.

Nach drei Jahren ein "Deutscher"

Folgendes wird angedacht: Die Anforderungen für Einbürgerungen in Deutschland werden deutlich reduziert, das heißt, daß man bereits nach einem fünfjährigen Aufenthalt "Deutscher" werden kann und daß bei "besonderen Integrationsleistungen" eine Einbürgerung bereits nach drei (!) Jahren möglich wäre.

In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern erhalten automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil sich hier seit fünf Jahren aufhält. Ab einem bestimmten Alter entfällt auch der bisher erforderliche Sprachnachweis, ebenso der bislang geforderte Wissenstest über Deutschland. Zugleich soll die Verpflichtung wegfallen, bei der Einbürgerung auf die bisherige Staatsangehörigkeit zu verzichten.

Keine Abschiebungen mehr möglich

Der "Vorteil" für die Umvolker ist dabei: Kriminelle können nach der Einbürgerung nicht mehr abgeschoben werden. Schon jetzt ist das kaum möglich. Wichtig: In der Kriminalstatistik wird die Zahl der "deutschen Täter" nach oben schnellen. Antisemitische Vorfälle von Arabern werden künftig verstärkt den Deutschen zugeordnet werden. Was ja ganz im Sinne der Schuldneurotiker jetzt schon der Fall ist. Das Wählerpotential für rot/grün wird sich schlagartig massiv erhöhen.

Die Paßvergabe wurde mittlerweile so stark erleichtert, daß die deutsche Staatsangehörigkeit zum Discount-Artikel geworden ist.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei (CDU), kritisierte die geplanten Änderungen. Zu Bild sagte er:

"Der deutsche Paß darf nicht zur Ramschware werden."

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andrea Lindholz (CSU) erklärte:

"Ausländern in Deutschland wird damit ein großer Anreiz genommen, sich zu integrieren."

Wozu auch? Linke erwarten eher von den Menschen, die "schon länger hier leben", daß sie sich den Sitten der Neuankömmlingen anzupassen haben. Beispiel dazu gibt es zuhauf, speziell im schulischen Bereich.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von "Unser Mitteleuropa" übernommen. ...<<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 4. Dezember 2022:

>>**2022 toppt 2015: 1,2 Millionen Migranten**

Von *Sven Reuth*

Die "Ampel des Grauens" hat es gleich in ihrem ersten Regierungsjahr geschafft: Deutschland nimmt 2022 mehr Migranten auf als 2015 im Jahr des Asyl-Tsunamis. ...

Deutschlands Kommunen stehen endgültig vor dem Kollaps, doch der Regierung in Berlin ist

das komplett egal: In diesem Jahr wird es mehr Ausländer nach Deutschland ziehen als 2015 im Eskalationsjahr der Asylkrise. Zum einen sind mehr als eine Million Ukrainer aus ihrem Land nach Deutschland geflohen. Diese erhalten eine Aufenthaltserlaubnis ohne Verfahren. Deutschland nimmt auch im europäischen Vergleich weit mehr Ukrainer auf als alle anderen EU-Länder außer Polen. So hat beispielsweise alleine das Bundesland Baden-Württemberg mehr Ukraine-Flüchtlinge aufgenommen als ganz Frankreich.

"Dramatischer Fluchtwinter"

Zum anderen wurden alleine bis Ende Oktober dieses Jahres mehr als 180.000 Asylanträge gestellt, die Hauptherkunftsländer waren Syrien, Afghanistan, die Türkei und der Irak. Auch das ist ein langjähriger Rekordwert. Die Ampel-Parteien tun derweil alles, um die Zuwanderungswaffe weiter scharf zu stellen. Einbürgerungen sollen nochmals enorm erleichtert werden, Abschiebungen sind im Grunde genommen gar nicht mehr möglich.

Die Folgen dieser Irrsinnspolitik sind kaum mehr zu kontrollieren. Viele Kommunen können die Leistungen für die Migranten nicht mehr finanzieren und die Wohnungsnot wird immer schlimmer. Der CSU-Politiker Manfred Weber, Chef der Europäischen Volkspartei (EVP), befürchtet einen "dramatischen Fluchtwinter" und äußerte weiter:

"Deutschland schlafwandelt gerade in eine neue Migrationskrise hinein."

1.000 Afghanen pro Monat zusätzlich

Von "schlafwandeln" kann im Ernst aber wohl keine Rede sein, vielmehr provoziert man diese mit vollem Bewußtsein. So entschied Bundesinnenministerin Nancy Faeser gerade, 1.000 Afghanen pro Monat zusätzlich aufzunehmen. Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) sieht das deutsche Asylsystem schon in Auflösung begriffen. Eine Analyse, die sicherlich zutreffend ist. Andererseits sieht auch Schuster wohl leider weiterhin sein Hauptbetätigungsfeld in der Bekämpfung der Freien Sachsen.

Als am 4. September 2015 die Grenzen geöffnet wurden, gab es kein Halten mehr. Die Bundeskanzlerin hatte mit ihrer einsamen Entscheidung dafür gesorgt, daß eine wahre Asyl-Flut über uns hereinbrach und auch ganz Europa in den Sog gezogen wurde. Ähnliches könnte jetzt wieder bevorstehen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 7. Dezember 2022: >>**Houellebecq: "Der große Austausch ist Tatsache"**

Der renommierte französische Schriftsteller Michel Houellebecq sprach mit dem nonkonformistischen Philosophen Michel Onfray über die heißen Debatten unserer Zeit. ...

_ Von Barnabas Leimeiszer

Der nonkonformistische Philosoph Michel Onfray veröffentlichte sein Gespräch mit dem französischen Schriftsteller Michel Houellebecq (in einer Sonderausgabe seiner Zeitschrift Front Populaire). In dem Gespräch geht es auch um Transhumanismus, "Great Swapping", Amerikanisierung, europäische Bürokratie und den Verlust des Christentums.

Houellebecq stellt in dem Gespräch ganz deutlich fest:

"Ich möchte den Westen schützen, aber er muß es auch wert sein, verteidigt zu werden".

Trauer um die Harkis

Houellebecq und Onfray gelten als "Reaktionäre", da beide scharfe Analytiker der zeitgenössischen Dekadenz sind. Allerdings repräsentieren sie jedoch unterschiedliche Temperamente: Onfray spricht in einem kriegerischen, energischen, empörten Ton, während Houellebecq phlegmatischer, resignierter ist - sein Pessimismus neigt fast zur Frömmigkeit.

Houellebecq, der einen Teil seiner Kindheit in Algerien verbrachte, meinte: General De Gaulle habe es verdient, an eine Wand gestellt zu werden, weil er Muslime im Stich gelassen habe, die den Franzosen treu ergeben waren, als Algerien unabhängig wurde - nämlich die Harkis, die nach dem Abzug der Franzosen massakriert wurden, oft auf bestialische Art und Weise. Schätzungen gehen von mindestens 30.000 Opfern (Wikipedia) aus, die Zahl könnte aber

auch 150.000 erreichen.

"Großer Austausch ist real"

In Bezug auf den "großen Austausch" (die Wortschöpfung geht auf Renaud Camus zurück), sagte Houellebecq: Es erstaunt ihn, daß der Bevölkerungsaustausch als "Theorie" bezeichnet wird. Der bekannte Autor äußerte:

"Das ist keine Theorie, das ist eine Tatsache".

"Die Zahlen sind objektiv rückgängig", fügte Onfray hinzu. Des weiteren glaubt er, daß der Hauptfaktor für den Niedergang des Westens die demographische Krise ist. Houellebecq äußert zur Situation seines eigenen Landes:

"Frankreich geht zwar nicht stärker zurück als andere europäische Länder, aber es erlebt seinen eigenen Rückgang sehr stark."

Der Islamismus

Die Bedeutung des Islamismus wird unterschiedlich eingeschätzt: Der Philosoph Onfray sieht ihn nicht als definierendes Phänomen, sondern als Reaktion auf den amerikanischen Großmachtschub. Zudem glaubt er, daß sich westliche Muslime irgendwann an die materialistisch-konsumorientierte Kultur anpassen werden. Houellebecq sieht die Lage ernster. Er äußert:

"Ganze Viertel stehen unter der Kontrolle der Islamisten. Ich denke, diejenigen, die sich ihnen widersetzen, werden auch aktiv werden. Es wird Attentate geben, Schießereien in Moscheen."

Houellebecq sagt "umgekehrte Bataclans" voraus, worauf Onfray antwortet:

"Sie denken, wir werden einen Bürgerkrieg haben. Ich hingegen denke, dieser ist leise, aber es passiert bereits."

Es wurde auch darüber debattiert, wo sich beide ideologisch einordnen. Onfray bezeichnet sich selbst als "Populist" und qualifiziert Houellebecq in gleicher Weise. Der antwortet:

"Das ist der Beiname, den ich nehme. Ich habe meine Zweifel, ob ich rechts bin, aber Populismus ist okay."

Ohne Religion geht es nicht

Auch der Atheist Onfray und der Agnostiker Houellebecq tauschen sich über den heutigen Stand der Religion aus. Beide stimmen mit dem Positivisten Auguste Comte überein, daß Religion für das Überleben einer Zivilisation unerlässlich ist.

Seit 2015: Offene Grenzen treiben die Islamisierung voran. Auch der bekannte französische Autor Michel Houellebecq ist der Auffassung, daß der "Große Austausch" keine rechte Paranoia, sondern Realität ist.

Onfray äußert:

"Nur Religion kann eine Zivilisation vereinen und ihr ein transzendentes Ziel setzen."

Houellebecq sieht die Rolle der Religion vor allem darin, Menschen zu verbinden. In der heiligen Messe lieben sich die Menschen, "das ist großartig", sagte er. Onfray fügte hinzu: Daß Religion mehr sei als nur eine Verbindung zwischen Menschen, denn sie verbindet das Unten und das Oben, es ist eine vertikale Beziehung. Houellebecq erwähnte auch Joseph de Maistre, einen der Väter des konterrevolutionären, ultrakonservativen Denkens, und meinte, daß es schön gewesen wäre, wenn er während des Zweiten Vatikanischen Konzils bei uns gewesen wäre.

Ist das Böse erblich?

Das Gespräch endet mit Gedanken über die Erbsünde: "Glaubst du, daß ein Mensch von Natur aus schuldig ist?" fragte der Philosoph den Schriftsteller. Houellebecq antwortet als "fundamentalistischer" Schopenhauer-Gläubiger mit "Ja".

Und zu seinem Menschenbild äußert Houellebecq weiter:

"Man muß erzogen werden. Er wird böse geboren, aber es ist möglich, ihn zu erziehen. Wie wir so oft bei Rousseau sehen, ist das Gegenteil der Fall von dem, was er behauptet, wahr."

Freiheit statt Diktatur: In Zeiten von Corona-Regime und Impfzwang wird die Dystopie 1984

von George Orwell auf erschreckende Art und Weise aktuell. Der berühmte französische Philosoph und Nonkonformist Michel Onfray bekämpft diese Entwicklung in seinem Werk Theorie der Diktatur mit offenem Visier und fragt: Wie wird in Westeuropas Gesellschaften eine neue Art der autoritären Herrschaft etabliert?

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von "Unser Mitteleuropa" übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.

...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 21. Dezember 2022:

>>**Offene Grenzen: 2015 wiederholt sich**

Von *Sven Eggers*

Unsere Grenzen sind sperrangelweit offen. Hatten BRD-Politiker in der Vergangenheit nicht immer wieder beschworen, eine Asyl-Flut wie 2015 dürfe sich nicht wiederholen? ...

Offene Grenzen, steigende Asylbewerberzahlen, ausufernde Kriminalität: Die Menschen verzweifeln und wenden sich auch in dieser Frage immer mehr von der Regierung ab. Eine Insa-Meinungsumfrage im Auftrag der Bild zeichnet ein eindeutiges Bild.

Satte 68,3 Prozent der Befragten äußerten sich demnach besorgt angesichts der anhaltenden Zuwanderung. Nur 16,3 Prozent glauben der Ampel-Propaganda, daß Deutschland von der Migration künftig profitieren werde. Fast 50 Prozent hingegen nehmen an, daß sich die Lage durch die herrschende Einwanderungspolitik weiter verschlechtern werde.

Neuerliches Eskalationsjahr

In der Tat sind die Folgen dramatisch: Deutschlands Kommunen droht ein Kollaps. 2022 sind mehr Ausländer zu uns gekommen als im Eskalationsjahr der Asylkrise 2015, darunter mehr als eine Million Ukrainer und 180.000 Asylbewerber aus Syrien, Afghanistan, der Türkei und dem Irak. Abschiebungen finden quasi gar nicht mehr statt, politisch basteln die Verantwortlichen in erster Linie an Einbürgerungs-Erleichterungen.

Die Kriminalität von Zuwanderern ist enorm, wenn auch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen unter lautstarker Medienbegleitung zuletzt zu beschwichtigen versuchte. Dortige Experten hatten Daten des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein untersucht und mit spezifischen Ursachen der Ausländerkriminalität abgeglichen.

Beispielsweise betonen die Wissenschaftler, daß Sprachbarrieren oder Negativ-Erlebnisse in der jeweiligen Heimat den Weg in die Kriminalität eher ebnen, und sie verweisen auf die Tatsache, daß sich unter den Ankömmlingen jede Menge alleinstehende junge Männer befinden, was eher zu Problemen führt als wenn Familien aufträten.

Das mag zutreffen, doch ist es ein schwacher Trost für Deutsche, daß sich nach Angaben des Kriminologischen Forschungsinstituts beispielsweise 50 Prozent der Straf- und Gewalttaten von jungen Fremden gegen andere Ausländer richteten. Wie viele deutsche Kinder oder junge Mädchen aber fallen den anderen 50 Prozent zum Opfer?

Solchen Analysen stellen sich verantwortliche Politiker gar nicht erst. Sie winken die Ankömmlinge einfach durch, vertuschen anschließend die Probleme und machen lieber Jagd auf weißhaarige Reichsbürger. Keine Frage: Die Polit-Schergen in Berlin tragen die Verantwortung für jedes Opfer von Ausländerkriminalität in der Bundesrepublik.

Die Politik läßt Sie mit den Problemen der Rekord-Zuwanderung allein. Wie 2015. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 02/23" berichtete am 6. Januar 2023

(x1.387/...): >>**Ein Vater klagt an**

Gewalt an Schulen: Lehrer und Politiker verschweigen den Skandal. Die Opfer leiden. Ein Beispiel aus Bremen.

Martina Meckelein / Kenneth Wishöth

Hänseleien in der Schule waren in vergangenen Jahrhunderten Alltag. Auch Prügeleien. Was zur Zeit allerdings vielen Eltern zu Recht Sorgen bereitet, und worunter Tausende Schulkinder

leiden, sind Bedrohungen mit Waffengewalt und Erpressungen. Lehrer schweigen viel zu oft. Politiker verschleiern das Problem. Die einen aus Angst vor den übergeordneten Behörden, vor Auseinandersetzungen mit den Eltern der Täter, vor den Tätern selbst. Die anderen aus Angst vor den kommenden Wahlen. Alleine bleibt das Opfer. In der JUNGEN FREIHEIT erzählt jetzt ein Vater, was er alles erlebt hat und wie sein Kind leidet.

"Was hier in Bremen abgeht ist, entschuldigen Sie die flapsige Formulierung, verdammt übel", sagt Peter Beck. Der Polizeibeamte außer Dienst ist Vater von zwei Jungen und einem Mädchen. Beck sitzt für die Wählervereinigung Bürger in Wut als Abgeordneter in der Bremer Bürgerschaft. Mit seiner Familie wohnt er im Stadtteil Huchting. "Hier haben 60 bis 70 Prozent der Schüler Migrationshintergrund", so Beck.

Sein Sohn wurde 2015 in die Grundschule "An der Delfter Straße" eingeschult, eine Inklusionsschule. "Und genau hier beginnt das Problem", sagt der Ex-Polizist. "Die ersten Schultage meines Kindes waren geprägt durch schwerst traumatisierte Mitschüler, die im Unterricht mit Stühlen um sich warfen und die sogar auf die Klassenlehrerin losgingen, ein Kind wollte sie beißen. Der ständige laute Geräuschpegel in dieser Schulklasse schüchterte unseren Jungen auf Dauer immer weiter ein."

Das Schulsystem ist in jedem Bundesland unterschiedlich - Bildung ist Ländersache. In Bremen regieren seit 1947 die Sozialdemokraten. Laut Pisastudie rangieren die Schüler der Hansestadt regelmäßig an der unteren Skala der 16 Bundesländer, aktuell sind die Bremer Schlusslicht. Der Senat hingegen erklärt den Wert dieser Inklusionsklassen folgendermaßen: "In der Klasse ergibt sich damit eine große Vielfalt. Jedes Kind bringt dabei etwas Besonderes mit, das es zu fördern gilt. Das miteinander und voneinander Lernen ist ein Grundprinzip des Unterrichts, von dem lernstarke wie lernschwache Kinder gleichermaßen profitieren."

Für Beck klingt das wie Hohn. Zwei Jahre wird sein Sohn gehänselt und gemobbt. Die Lehrerin geht in den Mutterschutz, Unterricht findet nur noch mit Vertretungslehrern statt. "Kurz nach den Sommerferien im August 2017 kam es, wie es vermutlich kommen mußte und unser Sohn, wir sprechen hier vom Beginn seines dritten Schuljahrs dazu, daß er auf dem Pausenhof körperlich angegriffen wurde, indem zwei Mitschüler unseren Jungen zu Boden stießen und auf ihn eintraten."

Die Eltern lassen durch eine Kinderärztin die Verletzungen, körperliche wie auch seelische, attestieren. Sie bemühten sich darum, einen Schulwechsel zu organisieren. Obwohl es Beck ganz besonders ärgert, daß nach seiner Auffassung nicht das Opfer, eben sein Sohn, sondern die Täter, zwei Schulkameraden, die Schule hätten verlassen sollen. Eine pädagogische Mitarbeiterin, schildert Beck gegenüber der JF, habe ihm erzählt, daß sie "ihre Kinder auf einer Privatschule eingeschult hätte, sie dieses nur empfehlen könne und daß für unseren Jungen einem Schulwechsel nichts entgegenstehen werde."

Auch Lehrer werden von Schülern und Eltern bedroht

Unabhängig von der Organisation des Schulwechsels stellt Beck Strafantrag gegen die beiden Täter wegen Körperverletzung. "Da es sich bei ihnen um Kinder handelte, kam nicht mehr dabei heraus als eine "Gefährderansprache" durch einen Stadtteilpolizisten, und mehr als ein Du-Du-Du passierte dann auch nicht." Schulische Sanktionen gegen diese zwei kindlichen Täter sind Beck nicht bekannt.

Doch wie schlimm steht es in Sachen Kriminalität an Bremer Schulen? Polizeisprecher Nils Matthiesen sagte der JF: "Im Jahr 2021 wurden insgesamt 452 Straftaten an Schulen im Land Bremen in der PKS erfaßt." 57 Prozent dieser Straftaten seien Diebstahlsdelikte und Sachbeschädigung. Insgesamt stellte die Polizei 55 Körperverletzungsdelikte fest, "was einen Anteil von zwölf Prozent an allen hier erfaßten Straftaten ausmachte", so Matthiesen.

In 20 Fällen handelte es sich um gefährliche und schwere Körperverletzung. 23 Delikte wurden als Gewaltkriminalität verbucht. Mit Kontaktbeamten und Experten vom Präventionszen-

trum gehe man "auch proaktiv in die Schulen, um anlaßbezogen aufzuklären und richtiges Verhalten zu schulen".

Das hört sich ja gar nicht so dramatisch an. Schließlich werden 70.500 Schüler in Bremen an den öffentlichen Schulen von 5.686 Lehrern unterrichtet. Allerdings scheint es vielmehr so zu sein, daß Kriminalität an und in Schulen nur selten angezeigt wird. Ein Indiz dafür ist eine Studie des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE). Er läßt seit 2016 Lehrer dazu befragen, wie hoch ihre Berufszufriedenheit sei. Diesmal befragte das Meinungsforschungsinstitut forsa bundesweit über 1.300 Schulleitungen speziell zum Thema Gewalt gegen Lehrkräfte. Die Ergebnisse wurden im vergangenen November auf dem Deutschen Schulleitungskongreß in Düsseldorf veröffentlicht.

Sie sind für Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) ein Skandal: "Fast zwei Drittel der Schulleitungen meldeten Fälle von psychischer Gewalt in den letzten fünf Jahren, ein Drittel meldete körperliche Angriffe." Die Täter: Schüler und/ oder deren Eltern.

Ein Drittel der Schulleitungen gab an, daß Fälle von Gewalt nur zum Teil oder gar nicht aufgefangen werden konnten: "In den meisten Fällen lag dies daran, daß Eltern (78 Prozent) und Schüler (75 Prozent) nicht kooperationswillig und/oder nicht einsichtig waren", so der Verband. "Aber auch der bürokratische Aufwand der Meldung von Gewaltvorfällen (57 Prozent) und die Überlastung durch die Fülle an anderen Aufgaben (55 Prozent) wurden vielfach als Hinderungsgründe ins Feld geführt."

Über 30 Prozent der Schulleitungen gaben an, daß das Schulministerium oder die Schulverwaltung sich des Themas nicht ausreichend annehmen würden, und 19 Prozent meldeten sogar zurück, daß die Meldung von Vorfällen von den Schulbehörden nicht gewünscht sei. Beckmann: "Wenn Gewaltvorfälle vom Dienstherren ignoriert werden oder die Meldung von den Schulbehörden nicht gewünscht ist, ist das schlichtweg ein Skandal. Es gehört zur Fürsorgepflicht des Dienstherren, daß er seine Beschäftigten schützt und derartigen Meldungen nachgeht."

Ende des vergangenen Jahres demonstrierten anschaulich die Grundschüler der Tami-Oelfken-Schule in Lüssum, im Bremer Stadtteil Blumenthal, wie das Miteinander an einer Bremer Grundschule aussehen kann. Am 6. Dezember veröffentlichte die Bild-Regionalausgabe ein Foto eines "komplett verwüsteten" Klassenraumes. Stühle waren umgeworfen worden. Spiele auf den Boden geschmissen worden. Eine Tafel lag am Boden.

Die Zeitung stellte die Frage: "Tragischer Einzelfall oder Spitze des Eisberges?" Das Lehrpersonal hatte jedenfalls eine "Überlastungsanzeige" an die Bremer Schulsenatorin Sascha Aulepp (SPD) gemeldet. Demnach, so berichtet die Zeitung, terrorisierten Schüler im Alter von 6 bis 10 Jahren die Schule. Angriffe auf Lehrer, Verwüstung der Klassenräume, sexuell konnotierte Beleidigung der Lehrerinnen, Arbeitsverweigerungen seien an der Tagesordnung.

"Da heißt es: Du Hurensohn oder Du Schlampe"

Beck hatte seinen Sohn auf einer anderen Schule anmelden können. Nach der vierten Klasse kam das Kind allerdings wieder nach Huchting auf die Oberschule. "Die Schülerschaft in der Klasse hat zu etwa siebzig Prozent Migrationshintergrund oder ist aus sozialschwachen Familien. Da heißt es: 'Du Hurensohn' oder 'Du Schlampe'. Hier wurde unser Junge wieder zum Opfer von Beleidigungen wie zum Beispiel: 'Deutsche Kartoffel' und 'Nazi!'"

Am 14. November 2022 wird Becks Sohn von einem Schulkameraden angegriffen und nach Wertsachen durchsucht. "Unser Junge war völlig verängstigt." Beck informiert die Schulleitung. "Man versuchte uns insofern zu beschwichtigen, versprach, daß man innerhalb der Schule in Zusammenarbeit mit dem Jugendbüro diesen Vorfall klären wollte." Das ist Beck zu wenig. Er wollte selbst Anzeige erstatten. "Der Zentralruf der Polizei teilte mir allerdings mit, daß ich dafür einen Termin bräuchte und vor dem 22. November des vergangenen Jahres kein

Termin mehr frei wäre." Er ging direkt zur Staatsanwaltschaft.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 04/23" berichtete am 20. Januar 2023 (x1.387/...): >>"**Stets freundlich mit Salam aleikum**"

Gewaltkriminalität: Im nordrhein-westfälischen Ibbenbüren ersticht ein Schüler mit Migrationshintergrund nach einem Streit seine Deutschlehrerin

Paul Leonhard

Frische Blumen und brennende Kerzen vor dem Gebäude der "Kaufmännischen Schule Tecklenburger Land" in Ibbenbüren im Münsterland. Hier hat am Mittwoch vergangener Woche ein Schüler seine Lehrerin mit einem Messer attackiert. Der 17jährige Sinan Y. verletzte die Pädagogin dabei so schwer, daß sie noch am Tatort verblutete. Der Schüler wählte nach seiner Tat den Notruf und ließ sich von der Polizei festnehmen. Die Tat geschah nicht während des Unterrichts, sondern am Nachmittag, als sich die 55jährige Mutter zweier Kinder allein in einem Klassenzimmer aufhielt.

Von der "endgültigen Eskalation eines lange währenden Konflikts" berichtet die Bild-Zeitung, die Kollegiums-Kreise zitiert, wonach "Sinan ein klassischer Typ Großkotz" gewesen sei, der nach dem Motto "mir kann keiner was" durchs Leben ging. Mitschüler dagegen äußerten dem Sender RTL gegenüber, der Messerstecher sei "immer ein ganz korrekter Junge" gewesen und habe stets freundlich "mit 'Salam aleikum' begrüßt".

Andere Jugendliche schilderten ihn als "komischen Typen", der keinen Kontakt zu seinen Eltern gehabt habe und "von Heim zu Heim" gegangen sei. Sinan habe "immer ein Messer dabei" gehabt, so eine Berufsschülerin. Auch habe sich der Jugendliche oft geprügelt und Kampfsport gemacht.

"Ermittlungen haben ergeben, daß der Tatverdächtige Probleme in der Schule gehabt haben soll", sagte ein Polizeisprecher. Daß der Fachoberschüler an jenem Mittwoch vergangener Woche wegen "immer wiederkehrenden Konflikten mit Lehrerinnen und Lehrern" für einen Tag der Schule verwiesen wurde, muß ihn so gekränkt haben, daß er am Nachmittag zurückkehrte und die Deutschlehrerin im fünften Stock der Berufsschule aufsuchte. Dort kam es wohl zu einer verbalen Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Jugendliche ein mitgebrachtes Messer zückte und mehrfach auf die Lehrerin einstach.

Schulleiter beklagen Beleidigungen und Angriffe

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger forderte einen besseren Schutz von Lehrkräften und einen grundsätzlichen Kurswechsel: "Wir müssen alles unternehmen, um Lehrkräfte besser vor Gewalt zu schützen." Die FDP-Politikerin bezeichnete es als "nicht hinnehmbar, daß Lehrerinnen und Lehrer regelmäßig beleidigt, bedroht und attackiert werden". Konkreter wurde Stark-Watzinger nicht.

Im November 2022 hatte die Lehrgewerkschaft Verband Bildung und Erziehung (VBE) eine Studie vorgestellt, in der ein größerer Teil der 1.300 befragten Schulleiter "bedrückende Erkenntnisse" zum Thema Gewalt gegen pädagogisches Personal schildert. Ein Drittel der Schulen meldete gewalttätige körperliche Angriffe auf Lehrer, in Nordrhein-Westfalen sind es sogar fast 50 Prozent. Zwei Drittel der Direktoren berichten von Beleidigungen, Bedrohungen oder Belästigungen in den vergangenen fünf Jahren.

Betroffen sind der Studie zufolge insbesondere Förder- und Sonderbildungsstätten, aber auch Haupt-, Real- und Gesamtschulen. 69 Prozent der Schulleitungen beklagen bundesweit den Lehrkräftemangel, ein Drittel moniert die hohe Arbeitsbelastung, und etwa 25 Prozent bemängeln die Probleme "bei der Inklusion und der Integration Geflüchteter".

Sinan Y. drohen im Fall einer Verurteilung nach Jugendstrafrecht voraussichtlich maximal zehn Jahre Gefängnis.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 26. Januar 2023: >>**Kieler Blutmittwoch: Opfer waren erst 16 und 19 Jahre alt**

Von *Sven Reuth*

Was für eine Tragödie! In dem Regionalzug von Kiel nach Hamburg ermordete ein staatenloser Palästinenser gestern zwei 16 und 19 Jahre alte Jugendliche. ...

Warum befand sich dieser Mann auf freiem Fuß? Der palästinensische Messer-Mörder Ibrahim A. ermordete gestern in einem Regionalzug zwischen Kiel und Hamburg zwei noch ganz junge Menschen, nämlich ein 16 Jahre altes Mädchen und einen 19 Jahre alten jungen Mann. Es hätte wohl noch weitere Todesopfer gegeben, wenn es mutigen Passagieren nicht gelungen wäre, den wie einen Berserker wütenden Mann unter anderem durch Kofferwürfe zu stoppen.

Messerattacke schon vor einem Jahr

Doch wie konnte sich Ibrahim A. noch auf freiem Fuß befinden? Der Palästinenser, der Ende 2014 nach Deutschland kam, war zwölfmal vorbestraft, unter anderem wegen Diebstahl, Körperverletzung, schwerer Körperverletzung und sexueller Nötigung. Noch vor einer Woche befand er sich in Hamburg in Untersuchungshaft, weil er vor einem Jahr in Hamburg bei einer Ausgabe schon einmal einen Mann mit einem Messer lebensgefährlich verletzte. Dennoch stellte ihm eine Hamburger Richterin vor einer Woche eine günstige Sozialprognose aus und setzte ihn auf freien Fuß.

Unterdessen beginnen die GEZ-Medien schon wieder mit Verschleierungsaktionen. Das Social-Media-Team des NDR löschte gestern alle Kommentare, in denen auf die Herkunft des Täters hingewiesen wurde. Als ein Nutzer sich über die Zensur beschwerte, wurde ihm mitgeteilt:

"Die Herkunft des Täters ist für den Bericht nicht relevant und führt zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung oder zu Fehlinterpretationen."

"Unsere Seiten vom Rassismus befreien"

Und weiter führten die Löschespezialisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus:

"Ja, Korrektheit ist uns sehr wichtig. Ebenso, wie unsere Seiten von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu befreien. Das ist keine Zensur, sondern Erhalt der Demokratie."

Aus dem Informationsauftrag der öffentlich-rechtlichen Medien wird so im Handumdrehen ein Desinformations- und Verschleierungsauftrag. Die Wirklichkeit selbst, so wie sie sich in Deutschland mittlerweile darstellt, soll tabuisiert werden. Zu diesem Vorgehen bemerkte nun der Journalist Jan Fleischhauer auf Twitter:

"Der Messerstecher von Brokstedt ist staatenloser Palästinenser mit einem Vorstrafenregister von hier bis zum Mond. Aber das Social-Media-Team des NDR findet, daß man das nicht sagen sollte - und nennt das 'Erhalt der Demokratie'. Hier läuft etwas grundsätzlich falsch."

In der Tat. Wenn nicht umgesteuert wird und nicht endlich auch offen über Migrantengewalt gesprochen werden kann, wird sich nichts zum Besseren wenden.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/23" berichtete am 27. Januar 2023 (x1.387/...): >>**Weltweite Christenverfolgung**

Das Schweigen brechen

Martin Lohmann

Es ist eine bedrückende und erschreckende Nachricht: Immer mehr Christen werden weltweit verfolgt. Brutal. Open Doors hat das jetzt mit dem Weltverfolgungsindex 2023 nachgewiesen. Es sind vor allem Kommunisten und Islamisten, denen die Religion der Liebe Gottes und des Friedens ein Dorn im Auge ist.

Nordkorea, Somalia und Jemen bilden die Spitze der Intoleranz, aber auch Nigeria, Pakistan, der Iran und der Sudan liegen in der Liste der Schande weit vorn. Weltweit sind mehr als 360 Millionen Christen einem hohen bis extremen Maß an Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Und die seit Jahren zunehmende Verfolgung von Christen in Ländern südlich der Sa-

hara hat eine neue Dimension von Gewalt erreicht.

Es sind vor allem islamistische und andere bewaffnete Gruppen, die vertreiben, morden und schikanieren, "besonders dort, wo sich die Rechtsprechung auf die Scharia gründet". Oftmals sind auch Behörden und Medien daran beteiligt. Erschreckend auch dies: Chinas fortschreitender Autoritarismus wird immer mehr ein Vorbild für autokratische Regime.

Bedrückend zudem: In Lateinamerika wird der Druck auf Christen zunehmend erhöht. Vom offenbar beförderten Exodus der Christen aus dem Nahen Osten ganz zu schweigen. Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit wird zur traurigen Makulatur. Schlimm! Es ist Zeit, daß alle, die sich gern auf Menschenrechte berufen, endlich die Stimme erheben. Alles andere wäre falsch und feige.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/23" berichtete am 3. Februar 2023 (x1.387/...): >>>Messerattacken in Deutschland

Wer stoppt den Wahnsinn?

Hans-Hermann Gockel

Betroffenheitsmimik und Phrasen. Nach dem Blutbad im Regionalexpreß von Kiel nach Hamburg steht Nancy Faeser am Bahngleis in Brokstedt: "Wie konnte das passieren?" Frau Bundesinnenministerin, das ist die falsche Frage. Wir Bürger wissen, wer die Verbrecher ins Land gelassen hat. Merkel und Co. und alle diejenigen, die danach kamen und bis heute nicht in der Lage sind, die Grenzen und damit uns Bürger zu schützen.

Die einzig richtige Frage kann deshalb nur lauten: Wer stoppt den Wahnsinn? Binnen Jahresfrist hat sich die Zahl der Messerattacken verdoppelt. Bei schwerer Körperverletzung, Raub, Mord und Totschlag liegt der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen bei 55,5 Prozent.

Im Schnitt werden jeden Tag 600 neue Asylanträge in Deutschland gestellt - die Ukrainer gar nicht mitgerechnet. Laut Ausländerzentralregister gibt es aktuell 304.308 "vollziehbar Ausreisepflichtige" im Land. Sie alle dürfen sicher sein, noch sehr lange hierbleiben zu können. Die "Rückführungsoffensive" für Straftäter und Gefährder, von SPD, Grünen und FDP im Koalitionsvertrag so vollmundig angekündigt, ist bis dato ein einziger Witz. Nur daß darüber keiner lachen kann. "Mit Volldampf ins Verderben", formulierte kürzlich der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft. Nancy Faeser rauschte da bereits in ihrer gut gesicherten Limousine zum nächsten PR-Termin.

Hans-Hermann Gockel war 24 Jahre lang Nachrichtenmoderator bei Sat.1 und N24.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/23" berichtete am 3. Februar 2023 (x1.387/...): >>>Schon wieder

Todesopfer: Nach der Messerattacke eines vorbestraften Staatenlosen wird eine "Abschiebe-Offensive" gefordert

Peter Möller

Plötzlich reden alle wieder über Abschiebungen. Nach dem Messerangriff eines staatenlosen Palästinensers in einem Regionalzug zwischen Hamburg und Kiel, bei dem in der vergangenen Woche eine 17jährige und ein 19jähriger getötet und fünf Personen verletzt worden waren, stellt sich nicht nur die an den Tatort im schleswig-holsteinischen Brokstedt gereiste Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) die Frage, "wie konnte es sein, daß ein solcher Täter noch hier im Land war"?

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alexander Throm, ließ indes Zweifel daran erkennen, daß aus dieser Frage die richtigen Konsequenzen gezogen werden. "Seit über einem Jahr verspricht die Ampel ihre Rückführungsoffensive für Straftäter und Gefährder.

Passiert ist nichts davon." Politische Beobachter erinnerten in diesem Zusammenhang allerdings an Faesers Amtsvorgänger Horst Seehofer (CSU), der in seiner Zeit als Bundesinnenminister von 2018 bis Ende 2021 mehrfach sogenannte Abschiebeoffensiven ausgerufen hatte -

ohne daß ein zählbares Ergebnis dabei herauskam.

Im Gegenteil: Wurden 2018 noch 23.617 ausreisepflichtige Ausländer aus Deutschland abgeschoben, waren es ein Jahr später nur noch 22.097. In den Jahren 2020 (10.800) und 2021 (11.982) brachen die Zahlen dann coronabedingt ein. Im vergangenen Jahr wurden 12.994 Ausländer außer Landes gebracht. Angesichts von Hunderttausenden ausreisepflichtigen Ausländern in Deutschland sind diese Zahlen verschwindend gering.

Daß sich an dieser Entwicklung in den kommenden Jahren etwas grundlegend ändern wird, glaubt im politischen Berlin kaum jemand, auch wenn die Bundesregierung mit dem früheren Integrationsminister von Nordrhein-Westfalen, Joachim Stamp (FDP), einen Sonderbeauftragten für Migration ernannt hat, dem öffentlichkeitswirksam die Bezeichnung "Rückführungsbeauftragter" angeheftet wurde. Eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums dämpfte denn auch in der vergangenen Woche die Hoffnung auf schnelle Erfolge bei den Abschiebungen: "Das Thema der Rückführungen ist ein komplexes Thema", sagte sie.

Das dafür notwendige Zusammenspiel zahlreicher Behörden in Bund und Land sei Gegenstand permanenter Diskussion und Verbesserungen. Die Amoktaten der jüngeren Vergangenheit mit mehreren Toten und Verletzten seien für die Innenminister von Bund und Ländern Anlaß, "sich mit der Früherkennung von und mit dem Umgang mit Personen mit einem Risiko außerhalb der politisch motivierten Kriminalität näher zu befassen", so die Ministeriumssprecherin am Freitag vergangener Woche.

"Absolute Sicherheit kann es leider nicht geben"

Nach dem neuerlichen Messerangriff eines Ausländers dürfte es für die Berliner Politik schwerer werden, das Thema Abschiebung wieder in der Versenkung verschwinden zu lassen. Dazu beitragen dürften Zahlen, die am Wochenende die Bild am Sonntag veröffentlicht hat. Demnach hat die Bundespolizei 2022 in Zügen und auf Bahnhöfen allein 14.155 Körperverletzungen registriert.

Die Zahl der Messerangriffe verdoppelte sich dem Bericht zufolge gegenüber dem Vorjahr auf 336. In den Zügen (also ohne Bahnhöfe) zählte die Bundespolizei 82 Messerangriffe, 33 Angriffe mit Reizstoffen, 97 Übergriffe mit "sonstigen gefährlichen Werkzeugen" und fünf Angriffe mit Waffengewalt, etwa Pistolen. Besonders brisant: Der Anteil der Ausländer unter den Tatverdächtigen bei schwerer Körperverletzung, Raub, Mord und Totschlag lag bei 55,5 Prozent, berichtete die Bild am Sonntag.

Angesichts dieser Zahlen versuchen vor allem Politiker der Ampelkoalition den Fokus der Diskussion von den ausländischen Tätern weg und hin zu einer allgemeinen Debatte über die Sicherheitslage zu verschieben. Vor allem der Ruf nach mehr Polizeipräsenz in Zügen und auf Bahnhöfen wird laut. Der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Manuel Höferlin, sagte der Welt, es sei überfällig, die Zahl der Beamten und deren Ausstattung zu verbessern, gerade an Brennpunkten.

Der grüne Innenexperte Marcel Emmerich fordert, ein stärkeres Augenmerk auf die Personalsituation der Bundespolizei an den Bahnhöfen zu legen. "Es ist klar: An zentralen Orten muß die polizeiliche Präsenz sichergestellt sein." Doch Emmerich schränkt ein: "Absolute Sicherheit vor schweren Straftaten kann es leider nicht geben."

Im Zusammenhang mit den Messermorden von Brokstedt müssen sich die politisch Verantwortlichen allerdings nun mit der Frage auseinandersetzen, warum der vielfach vorbestrafte 33 Jahre alte Täter auf freiem Fuß war. Erst im Januar 2022 hatte Ibrahim A. in einem Obdachlosenheim einen Mann mit einem Messer angegriffen und verletzt und wurde daraufhin zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Wenige Tage vor der Bluttat im Regionalzug kam er aus der Untersuchungshaft frei. Seine eigentliche Strafe hatte er da noch gar nicht angetreten, weil er Berufung gegen die Verurteilung eingelegt hatte.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/23" berichtete am 3. Februar 2023 (x1.387/...): >>"Nicht mehr meine Heimat"

Drohender Kollaps: 1,2 Millionen Flüchtlinge innerhalb eines Jahres in Deutschland. Kommunen stampfen verzweifelt Flüchtlingsheime aus dem Boden, und der deutsche Bürger fühlt sich fremd im eigenen Land

Martina Meckelein

Eine bisher noch nie erlebte Migrantenwelle überschwemmt Deutschland: 1,25 Millionen Menschen allein im vergangenen Jahr. Die Kommunen wissen nicht mehr, wohin mit ihnen - es fehlt an Platz für Unterkünfte und an Geld. Proteste in ganz Deutschland von Grevesmühlen in Mecklenburg-Vorpommern bis Bernkastel-Kues in Rheinland-Pfalz sind die Folge. Der Städtebund fordert einen Kanzlergipfel. In der Bundeshauptstadt wird hingegen still und leise unverdrossen gebaut. 570 Flüchtlinge sollen in einem Neubau untergebracht werden. Ein Ortstermin.

Wer mit der U7, sie fährt zwischen Rudow und Spandau, am Mierendorffplatz aussteigt, sollte nicht darauf hoffen, den schönen Platz zu sehen, der als Schwarzweißfoto im Zwischengeschoss der Haltestelle an einer Wand hängt. Die schmale ausgelatschte Betontreppe, die auf die Sömmeringstraße führt, ist so häßlich und zugig wie die Straßenkreuzung oben. Ab hier sind es noch rund dreihundert Meter bis zum im Bau befindlichen Flüchtlingsheim. Es hämmert, bohrt, Kräne drehen sich wie von Geisterhand. Überall stapfen Bauarbeiter durch Schlamm und Dreck. Reges Treiben in der Quedlinburger Straße in Berlin-Charlottenburg.

Hier entsteht in Windeseile und mit Hilfe der Änderung des Paragraphen 246 Bundesbaugesetz, Sonderregelung für Flüchtlingsunterkünfte, das überaus groß dimensionierte Heim, das schon in neun Monaten fertig sein soll. Für Anwohner und Nachbarn ein Desaster. Was beim Bürger zurückbleibt, ist ein Ohnmachtsgefühl gegen eine übermächtige politisch-mediale Clique.

"Ich kann mit diesem Staat nichts mehr anfangen", sagt ein Handwerker im Blaumann. Er hat sich in einem Imbiß schnell einen Kaffee geholt. "Ich meine nicht Deutschland, ich meine dieses System", sagt er eilig. Er muß zu seiner Baustelle zurück, noch einen Handlauf abschleifen. Zum Abschied sagt er noch: "Die Politiker sollte man alle teeren und federn." Es geht um den Bau des Q45. So heißt der riesige Klotz. Sein Kürzel hat er nach der Quedlinburger Straße und der Hausnummer. 146 Wohnungen, 73 davon barrierefrei, entstehen hier.

Dazu eine Kita mit 60 Plätzen und ein Kieztreff. Besonderheiten seien eine modulare Gebäudestruktur, die Erstnutzung erfolge durch das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), die Nachnutzung der Wohnungen erfolge durch Studierende. Baustart war im Oktober 2021, die Fertigstellung ist für Oktober 2023 geplant. Ganz schön flott, wenn man bedenkt, daß dieses Bundesland fünf Jahre braucht, um zwei öffentliche Pissoirs zu bauen.

"Klar, für die Flüchtlinge gibt es Wohnungen, für uns Deutsche nicht", sagt ein anderer Mann und beißt in ein Stück Currywurst. Der Imbiß ist einer der immer weniger werdenden deutschen Läden. "Normale Deutsche können sich die Mieten hier gar nicht leisten", sagt der Inhaber hinterm Tresen. "Die Läden sind hier in türkischer, arabischer oder chinesischer Hand. Die zahlen bei Neuvermietung jeden Preis. Wir sind nur hiergeblieben, weil wir noch einen alten Mietvertrag haben."

Der Imbiß war vor vielen Jahren eine Schlachtereier, das ist vorbei. "Ach wissen Sie, ich bin schon 78 Jahre alt und froh, nicht mehr allzu lange zu leben", sagt eine Anwohnerin. "Es wird doch alles schlechter. Ich will das Viertel in zehn Jahren nicht mehr sehen, das ist dann nicht mehr meine Heimat. Mir tut es nur um die Kinder leid. Mein Sohn sucht seit zwei Jahren hier eine Wohnung, da ist nichts zu machen."

Die Insel, so bezeichnen die alteingesessenen Mierendorffer ihren Kiez, wird begrenzt im Westen und Süden von der Spree, im Osten vom Charlottenburger Verbindungskanal und im

Norden vom Westhafenkanal. In dieser sogenannten Bezirksregion leben auf 1,895 Quadratkilometern 15.153 Menschen, allein 27,1 Prozent sind ausländische Staatsbürger. Angaben der Dorfwerkstadt zufolge hatten bereits vor zehn Jahren 41 Prozent der Bewohner einen Migrationshintergrund. Besonders in der Altersgruppe der unter 18jährigen bestand vor knapp zehn Jahren bereits ein Migrantenanteil von 66,1 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Tendenz steigend - und jetzt noch das Asylheim. Platz bietet es für 570 Personen. Gebaut wird es von der Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte GmbH (WBM). Sie ist eine von sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften und verwaltet 30.000 Wohnungen (Stand 1. Januar 2017). "Da kommen Studenten rein", frohlockt ein Asiate, der in der Nähe einen Imbiß betreibt. Als er hört, daß es Flüchtlinge sein werden, ist sein Kommentar: "Nicht gut, keine Geschäfte."

Das sahen die WBM-Mitarbeiter Christina Geib und Steffen Helbig ersten Spatenstich im Herbst 2021 völlig anders. "Die WBM realisiert hier eine Planung, die dem gesamten Quartier einen Mehrwert bringt", frohlockten sie. Dieser Neubau biete "rund 500 Neu-Berliner*innen" nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern denke "die Bedürfnisse der Anwohner*innen" mit, malte der grüne Bezirksstadtrat Oliver Schruoffeneger ein positives Bild.

Alexander Straßmeir, Präsident des LAF, schlug in die gleiche Kerbe: "Die moderne Architektur des neuen Gebäudes, die Nutzungsvielfalt in den Gemeinschaftsräumen sowie das gute Umfeld im Bezirk bietet den Bewohner*innen die notwendige Basis, um eine erfolgreiche Integration gewährleisten zu können."

Doch nicht nur über die Belegung, auch über die Vermietungsdauer herrscht Ungewißheit. Von fünf Jahren gehen viele Nachbarn aus. Dabei sind es elf Jahre. "Die Mietverträge zwischen dem LAF und den Wohnungsbaugesellschaften werden für fünf Jahre fest mit der Option einer zweimaligen Verlängerung um jeweils drei Jahre abgeschlossen", heißt es offiziell auf der Seite der WBM.

Direkt neben dem Q45 steht ein Neubau. "Hier haben viele Eigentumswohnungen zum Selbstnutzen gekauft", weiß der Currywurstverkäufer. "Zwei Kunden von mir wohnen da, versuchen seit einem Jahr ihre Dachgeschoßwohnungen loszuwerden. Erfolglos. Einer der Betroffenen sagte mir, er habe jetzt schon einen Werteverlust von 100.000 Euro."

"Na, schauen wir mal, wie sich die Situation hier entwickelt", sagt ein Geschäftsinhaber direkt gegenüber dem Rohbau. Informationen seitens der Politik gab es nicht, sagt er. "Mir ist es auch egal, ich muß hier eh bald raus, bin nur Untermieter, und in meiner Ladengröße finde ich hier sowieso nichts auf der Insel." Eine ältere Dame bleibt vor dem Rohbau stehen. Sie zieht einen Trolley hinter sich her, kommt vom Einkaufen. "Es wird nicht sicherer hier, wenn so viele junge Männer hier einziehen."

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) veröffentlichte im Januar 2023 für das vergangene Jahr Zahlen für nichtukrainische Schutzsuchende. Demnach stellten 244.132 Menschen in Deutschland einen Asylantrag (siehe Kasten), die Zahl stieg im Vergleich zum Vorjahr mit 190.816 Anträgen, um 27,9 Prozent. Dazu differenzierte die Behörde für 2022 die Zahlen: "Im Zeitraum Januar bis Dezember 2022 waren 73,1 Prozent der einen Asylerstantrag stellenden Personen jünger als 30 Jahre, 37,3 Prozent waren minderjährig. 67,8 Prozent aller Erstantragstellenden waren männlich."

Die Zahl der antragstellenden Männer zwischen 16 und unter 45 Jahren betrug 102.126, die der Frauen im selben Alter 30.955.

Berlin schließt Abschiebeterminal auf dem Flughafen im März 2023

Unabhängig davon nahm Deutschland dazu noch über eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine auf, die gar keinen Asylantrag stellen müssen und demnach nicht in die Statistik einfließen. Übrigens entschied das BAMF 56,2 Prozent der Anträge positiv. Selbst wenn nicht positiv beschieden wird: Das Magazin Der Spiegel berichtete am 24. Juni 2022 aus einem internen

Lagebild von Bund und Ländern, demzufolge sich "zuletzt 297.219 Ausreisepflichtige in der Bundesrepublik aufhielten."

Nun, aus Berlin können die jedenfalls nicht mehr abgeschoben werden: "Wie das Bundesinnenministerium auf Anfrage von Welt am Sonntag bestätigt, läuft der "Mietvertrag zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH für das derzeit für Rückführungsmaßnahmen genutzte Terminal 5 am BER" am 31. März 2023 aus. Der Bund gehe, so die Zeitung, demnach davon aus, daß die "Inbetriebnahme" der Nachfolgeeinrichtung erst "Ende 2025 erfolgen kann", so ein Ministeriumssprecher.

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager (CDU), fordert in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz. Sager warnt vor einem großen Schaden in Deutschland. Die hohe Zahl an Zuzügen durch Kriegsflüchtlinge, Asylbewerber und Migranten brächten die Landkreise an ihre Grenzen. Es fehle darüber hinaus an der Finanzierung. Allein bei den Wohnkosten für anerkannte Flüchtlinge klaffe eine Finanzierungslücke von zwei Milliarden Euro pro Jahr. Der Zuzug müsse begrenzt werden.

Und Berlin? Das Heim wird stehen, die Menschen werden einziehen. Die einzige Hoffnung für die Nachbarn: "Daß es keine Verlängerung der Anmietung gibt", sagt der Imbißbetreiber.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. Februar 2023: >>**Afghanen-Kinderschänder bleibt in Deutschland**

Von *Sven Reuth*

Die nächste tickende Zeitbombe wird auf deutsche Kinder freigelassen: Ein zwischenzeitlich schon abgeschobener afghanischer Kinderschänder wird am 13. Februar in Deutschland wieder auf freien Fuß gesetzt. Wie Deutschland im Multikulti-Chaos versinkt, verdeutlicht auch dieser Fall. ...

Deutschland lernt nichts aus der endlosen Blutspur, die kriminelle Migranten hierzulande hinterlassen. Noch schlimmer: Jetzt läßt es tickende Zeitbomben schon auf die eigenen Kinder los. Dies zeigt der Fall eines im März 2018 vom Schöffengericht in Landau in der Pfalz verurteilten afghanischen Kinderschänders, der zuvor im Kreis Germersheim ein Mädchen und einen Jungen, 6 und 8 Jahre alt, brutal sexuell mißbraucht hatte.

Zurück im Gelobten Land

Als Grund für seine Tat nannte der Kriminelle unter anderem Streß auf der Arbeit und bei seinen Deutschkursen. Dafür wurde er zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Der Kommentar der Mutter zu dem Urteil lautete bloß: "Steuersünder werden schwerer bestraft."

Wenigstens gelang es, den Afghanen, der damals drei Jahre seiner Haftstrafe verbüßt hatte, im Februar 2021 nach Afghanistan abzuschicken. Im Dezember 2022 machte sich der Kriminelle, dem es in Deutschland trotz der Haftstrafe offenbar hervorragend gefallen hatte, wieder auf den Weg zurück ins Gelobte Land, wo Milch und Honig fließen. Die gegen ihn in Deutschland verhängte Einreisesperre kümmerte ihn natürlich nicht die Bohne. Über den Iran, die Türkei, Griechenland, Italien, Albanien, Kroatien, Slowenien, Österreich und die Schweiz ging es wieder zurück nach Deutschland. Die letzten Kilometer legte er in der Straßenbahn in das südbadische Weil am Rhein zurück.

Keine Angst vor Abschiebung

Hier flog er bei einer Polizeikontrolle auf, was ihn allerdings wenig kratzen dürfte. Denn am 13. Februar wird er in Deutschland auf freien Fuß gesetzt. Vor einer Abschiebung braucht er sich nicht zu fürchten, denn für Afghanen gilt seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 ein Abschiebestopp. Freie Bahn also für einen wegen schweren Kindesmißbrauchs verurteilten Schwerverbrecher, von dessen anstehenden Taten man dann wohl bald wieder in

der Zeitung lesen kann.

Wenn wieder einmal die Frage aufkommen sollte, wie solche schrecklichen Taten wie der Doppelmord an zwei Jugendlichen in einem Regionalzug in Schleswig-Holstein durch einen staatenlosen Palästinenser denn überhaupt passieren können: Voilà, hier ist die Antwort. Der Umgang des deutschen Staates mit schwerkriminellen Migranten provoziert solche Taten geradezu. Und immer noch nehmen viel zu wenige Menschen in Deutschland solche Zustände als skandalös wahr. Man fragt sich, wie viele schreckliche Lektionen dieses Land eigentlich noch braucht.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 9. Februar 2023: >>EU: **Aufstand gegen deutschen Asyl-Irrsinn**

Von *Sven Reuth*

Die wahnwitzige deutsche Asyl-Politik der offenen Grenzen verschreckt mittlerweile den Rest Europas. Nun haben sich anlässlich des laufenden EU-Gipfels in Brüssel acht EU-Regierungschefs zu Wort gemeldet. Deutschland versinkt derweil weiter im Multikulti-Chaos. Aus Sicht vieler EU-Staaten ist das Maß nun endgültig voll.

Egal ob unter einer Kanzlerin Angela Merkel oder einem Kanzler Olaf Scholz - Deutschland verfolgt eine für den gesamten Kontinent selbstmörderische Politik der offenen Grenzen. Diese sorgt in ganz Europa für einen Verfall der inneren Sicherheit, für astronomische Kosten - und leider auch für den Verlust vieler Menschenleben, die bei den zahlreichen Tötungsdelikten der Zugewanderten verlorengehen.

"Leere Worthülsen reichen nicht"

So äußerte der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) gegenüber der Welt: "Leere Worthülsen werden nicht ausreichen. Es braucht endlich ein klares und deutliches Bekenntnis zur Verstärkung des Außengrenzschutzes und zum Einsatz entsprechender finanzieller Mittel aus dem EU-Budget dafür, sonst wird Österreich die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates nicht mittragen können."

Nehammer ist dabei nur der Sprecher einer breiter aufgestellten Gruppe von EU-Staaten, die endlich Änderungen in der Asylpolitik einfordern, die zwar seit Jahren angekündigt, dann aber immer wieder von Berlin sabotiert werden. So wandten sich vor dem Brüsseler Gipfel in einem Schreiben acht EU-Regierungschefs an die EU-Spitze in Brüssel.

Es handelte sich um die Ministerpräsidenten von Österreich, Litauen, Lettland, Estland, Dänemark, Griechenland, der Slowakei und Malta. Sie äußerten: "Unserer Meinung nach ist das aktuelle Asylsystem kaputt und es profitieren vor allem zynische Menschenschmuggler, die aus dem Unglück von Frauen, Männern und Kindern ihren Vorteil ziehen."

Neue Asyl-Rekordzahlen

Klare und überfällige Worte, bei denen aber leider zu befürchten ist, daß man in Berlin einmal mehr die Ohren auf Durchzug stellt. Der Problemdruck aber wächst. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der illegalen Grenzübertritte an der EU-Außengrenze auf über 330.000 und damit auf den höchsten Stand seit 2016 geschnellt. Die Zahl der Asylanträge stieg im Vergleich zum Vorjahr um 51 Prozent auf 954.000 an.

Die deutsche Regierung verhält sich in der Frage eines eigentlich notwendigen Grenzschutzes schon seit über einem Jahrzehnt hinhaltend. Immer wieder spricht man von einem Abschluß von Rücknahmeabkommen mit den Ländern, aus denen die Migranten kommen. Doch auch auf diesem Feld passiert so gut wie überhaupt nichts. So wurden die letzten Rücknahmeabkommen 2020 mit Weißrußland und 2014 mit den Kapverden geschlossen.

Weil auf dieser Ebene also kaum Fortschritte erzielt wurden, erhält die Idee eines EU-Grenzzauns immer mehr Zustimmung. Vor zwei Wochen besuchten der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer und der bulgarische Präsident Rumen Radew gemeinsam den Grenzzaun an der türkisch-bulgarischen Grenze. Nehammer forderte die EU, den Bulgaren die

Kosten in Höhe von zwei Milliarden Euro für den Grenzzaun zurückzuerstatten.

"Barrieren zum Schutz der Außengrenze notwendig"

Nehammer hat seine Forderungen mittlerweile sogar noch ausgeweitet. In einem gestern veröffentlichten Interview mit der Bild forderte er als erster EU-Regierungschef sogar die Errichtung eines Grenzzauns über die gesamte EU-Außengrenze hinweg.

Wörtlich sagte der österreichische Bundeskanzler: "Physische Infrastruktur und Barrieren sind notwendig, um diese Außengrenzen zu schützen."

Leider muß man mittlerweile feststellen, daß die Migrationspolitik der EU durchaus zielführend sein könnte, wenn Deutschland nicht wäre. Nirgendwo sonst auf der Welt scheint die gefährliche Utopie zu herrschen, man könne auf jeglichen Grenzschutz verzichten. Dies bezeichnete selbst der frühere bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) einmal als "Herrschaft des Unrechts", ohne dann an diesen Zuständen zu ändern, als er selbst Bundesinnenminister wurde. Die Ära einer atemberaubend hohen Migration scheint noch nicht zu Ende zu sein.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/23" berichtete am 10. Februar 2023 (x1.387/...): >>3.500 Islamisten demonstrieren in Hamburg

Wo bleibt der Aufschrei?

Laila Mirzo

Es war nicht einfach eine Protestkundgebung, dies war eine inoffizielle Mobilmachung radikaler Muslime! In Hamburg hat am vergangenen Wochenende die Gruppe "Muslim Interaktiv" zu einer Kundgebung gegen die Koranverbrennung in Schweden aufgerufen. Etwa 3.500 Besucher folgten dem Ruf der Veranstalter und skandierten ihre Parolen wie "Die Zukunft gehört Allah! Die Zukunft gehört dem Islam! Und die Zukunft gehört dem Koran!"

Der Verfassungsschutz warnt davor, daß die Gruppe eine Gesellschaftsform durchsetzen will, "die mit unserer Demokratie absolut unvereinbar ist". Die Frontmänner sind rhetorisch versiert und gebildet, ihr Auftreten in den sozialen Netzwerken halb martialisch, halb spirituell. Sie sind modern, tragen Hoodies, ihre Bärte sind getrimmt, ihre Ideologie streng nach Mekka ausgerichtet.

Ihr allgegenwärtiges Symbol: eine stilisierte Kaaba umhüllt von einem Blutropfen. In professionellen Kurzclips auf Twitter, Facebook und TikTok hetzen sie gegen Israel, lehnen die "Assimilierungs-Agenda" der Politik ab und machen eine klare Ansage: "Europa muß verstehen, daß wir Muslime unsere eigene Identität haben und nicht bereit sind, diese abzulegen." In den Nachrichten bleibt dieser Aufmarsch fast unerwähnt, von der Politik kaum ein Wort der Empörung. Wo ist die Brandmauer gegen radikale Muslime?

Laila Mirzo ist Chefredakteurin der Monatszeitung "Jüdische Rundschau".<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/23" berichtete am 10. Februar 2023 (x1.387/...): >>Brutal und manchmal gnadenlos

Illustre Moscheenamen in Deutschland und ihre Geschichten: Über Erlöser, Eroberer, Grausame und Trunkenbolde

Thomas Schäfer

Wie das Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig und das Wochenblatt Die Zeit 2020 ermittelten, existierten damals bereits um die 2.800 Moscheen in der Bundesrepublik - und inzwischen dürften es noch einige mehr geworden sein. Das resultiert nicht zuletzt aus der regen Bautätigkeit der islamischen Reformgemeinschaft Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ), welche das Ziel verfolgt, möglichst schnell einhundert neue Moscheen in Deutschland zu errichten. Und natürlich folgt die Namensgebung für all diese Gotteshäuser einer wohlüberlegten Symbolik. Dabei zeigen sich aber deutliche Unterschiede zwischen den Moscheen der Sunniten, Schiiten und Ahmadiyya.

Die letzteren bevorzugen relativ neutrale Bezeichnungen wie Nur-Moschee (Moschee des

Lichts), Bait us-Sami (Haus des Allhörenden), Bait ul-Hadi (Haus des geraden Weges) oder Bait ul-Aman (Haus des Friedens).

Eine der wenigen Ausnahmen ist die Khadija-Moschee in Berlin-Heinersdorf, welche den Namen der ersten Ehefrau des Propheten Mohammed und somit auch ersten Muslimin der Geschichte, Chadidscha bint Chuwailid (ca. 555-619), trägt.

Bei den über 150 Mitgliedern der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS) wiederum ist es Brauch, Moscheen nach einem der zwölf Imame der Schia von Abu l-Hasan Ali ibn Abi Talib (ca. 600-661) bis hin zu Muhammad ibn al-Hasan al-Mahdi (eine fiktive Erlösergestalt) zu benennen. Davon zeugen unter anderem die Imam-Ali-Moschee in Hamburg, die Imam-Cafer-Sadik-Moschee in Berlin-Wedding und die Imam-Riza-Moschee in Berlin-Neukölln.

Hingegen ist das Namensspektrum bei den sunnitischen Gotteshäusern wesentlich größer. Es reicht von einem schlichten "Merkez Camii" für "Zentralmoschee" über Begriffe von religiöser Bedeutung wie "Tauhid" (Einheit und Einzigartigkeit Allahs), "Hicret" (Auswanderung Mohammeds von Mekka nach Medina) und "Taqwa" (Gottesfurcht) bis hin zur Hommage an Personen der türkischen beziehungsweise islamischen Geschichte. Als Beispiel für letzteres können die 27 Mevlana-Moscheen in Deutschland dienen, die nach dem Mystiker Dschalal ad-Din Muhammad Rumi alias Maulana (1207-1273) benannt wurden. Andere beliebte Namenspaten sind der osmanische Architekt Yusuf Sinan bin Abdullah alias Mimar Sinan (ca. 1490-1588), der anatolische Dichter Yunus Emre (ca. 1240-1321) und der islamische Theologe Abu Hanifa (699-767).

Dazu kommen indes auch Namen, die implizite provokante Botschaften an Nichtmuslime enthalten. So stehen die al-Quds-Moscheen - abgeleitet vom arabischen Wort für Jerusalem - für den islamischen Alleinanspruch auf die "Heilige Stadt". Das gleiche gilt für die etwa 15 al-Aqsa-Moscheen auf deutschem Boden. Sie gemahnen daran, daß neben der Großen Moschee in Mekka mit dem Zentralheiligtum der Kaaba und der Propheten-Moschee in Medina, wo sich das Grab Mohammeds befindet, noch eine dritte heilige Stätte des Islam auf dem Jerusalemer Tempelberg existiert, deren Zugang derzeit aber von Juden kontrolliert wird.

Ebenso gibt es etwa 25 Ayasofya-Moscheen in Deutschland, wobei "Ayasofya" die türkische Form von "Hagia Sophia" ist. Dadurch erinnert der Name auch an die gewaltsame Umwandlung des religiösen Hauptgebäudes und symbolischen Mittelpunktes der christlichen Orthodxie in eine Moschee nach der osmanischen Eroberung Konstantinopels.

Doch damit nicht genug. Auffällig viele Gotteshäuser der von der Regierung in Ankara kontrollierten Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion, der berüchtigten Ditib, tragen zudem die Namen historischer Persönlichkeiten, welche für ihr brutales Vorgehen gegenüber politisch-religiösen Konkurrenten oder die grausame Behandlung angeblicher "Ungläubiger" bekannt sind.

Hierzu zählen unter anderem die ersten beiden Kalifen, also Abu Bakr (573-634) und Umar ibn al-Chattab alias al-Faruq (592-644). Abu Bakr schlug den Aufstand der arabischen Stämme nieder, die sich nach dem Tode Mohammeds wieder vom Islam abgewandt hatten, und Umar, unter dessen Führung die Muslime den Nahen Osten eroberten, initiierte beispielsweise die Enthauptung von Kriegsgefangenen.

Ebenfalls häufig gewürdigt werden Abu Ayyub al-Ansari alias Eyüp Sultan (576 - ca. 670) und Tariq ibn Ziyad (ca. 670-720).

Der eine war ein weiterer Weggefährte Mohammeds, welcher bei der erfolglosen ersten Belagerung der christlichen Metropole Konstantinopel den Tod fand, und der andere ein berberisch-muslimischer Feldherr, der das Westgotenreich eroberte.

Und dann wären da noch die osmanischen Sultane Bayezid I. alias Yildirim (Der Blitz) (1360-1403), Mehmed II. alias Fatih (Der Eroberer) (1432-1481), Selim I. alias Yavuz (Der Grausa-

me) (1470-1520) und Selim II. alias Sarhos (Der Trunkenbold) (1524-1574). Schon die wenig sympathischen Namen der Herrscher lassen auf deren überaus zweifelhaften Charakter schließen.

Und in der Tat: Bayezid I. begründete die Tradition des Brudermords beim Amtsantritt eines neuen Sultans, und er führte zahlreiche Kriege gegen das Byzantinische Reich und anatolische Fürstentümer, bis er schließlich dem turkmongolischen Herrscher Temür ibn Taraghai Barlas alias Tamerlan unterlag.

Mehmed II. wiederum gelang am 29. Mai 1453 die Eroberung Konstantinopels, womit das Ende von Byzanz besiegelt war. Bei der Plünderung der Stadt wurden Tausende Einwohner massakriert, darüber hinaus landeten bis zu 50.000 Christen in der Sklaverei. Weitere Feldzüge führten Mehmed nach Anatolien und in die Landstriche des heutigen Serbien, Bosnien, Ungarn, Italien, in die Ägäis und auf die Krim. Ansonsten ließ der "Eroberer" auch noch seinen Halbbruder Küçük Ahmed im Kindesalter ermorden. An diesen Gewaltherrscher erinnern heute nicht weniger als 52 Moscheenamen auf deutschem Boden.

Der ebenfalls für seine Gnadenlosigkeit berühmte Selim I. führte als erster osmanischer Sultan zugleich auch den Titel eines Kalifen und Hüters der heiligen Stätten des Islam in Mekka und Medina. Er stürzte seinen Vater vom Thron und ließ anschließend alle seine Brüder und Neffen hinrichten. Als strenggläubiger Sunnit tyrannisierte Selim die "ketzerischen" Aleviten und Schiiten. Darüber hinaus befahl er die Hinrichtung des letzten mamlukischen Sultans von Ägypten, Tuman Bay.

Und Selim II., der nach acht Jahren auf dem Thron im Vollrausch zu Tode stürzte, konnte ebenfalls bloß deshalb Sultan werden, weil ein aussichtsreicherer Kandidat sterben mußte. Anschließend widmete er sich vor allem dem Alkohol sowie der Eroberung Zyperns und Tunesiens.

Bosnischstämmige Muslime sorgen in Ingolstadt für Unmut

Neben der problematischen Benennung von islamischen Gotteshäusern nach diesen acht historischen Persönlichkeiten machte vor kurzem auch noch die Entscheidung der bosnischstämmigen Muslime von Ingolstadt von sich reden, ihrer "Kulturgemeinschaft" samt dazugehöriger Moschee den Namen von Husein Dozo (1912-1982) zu geben. Immerhin war der islamische Theologe Dozo 1943 in die Waffen-SS eingetreten, wonach er bis zum Sturmbannführer und Haupt-Imam der 13. Waffengebirgsdivision der SS Handschar aufstieg.

Dieser muslimische Kampfverband beging auf dem Balkan unzählige Greuelthaten gegen serbische und jüdische Zivilisten. Dozo selbst schrieb an den Reichsführer SS, Heinrich Himmler, es sei ihm eine Ehre, sein Leben "für den großen Führer Adolf Hitler und das Neue Europa" einzusetzen. Wegen dieser Kollaboration mit den Nationalsozialisten wurde der Geistliche nach dem Krieg zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Späterhin avancierte er dann freilich zum Präsidenten der islamischen Organisation Ilmija in der Sozialistischen Republik Bosnien und Herzegowina sowie zum Professor für Koran-Interpretation an der Universität von Sarajevo. Am 6. Oktober 1990 traf die Oberste Versammlung der Islamischen Gemeinschaft von Bosnien und Herzegowina schließlich sogar die Entscheidung, Dozo, der inzwischen vor allem zum "Sieg des Dschihad im Nahen Osten" beitragen wollte, vollständig zu rehabilitieren. Allerdings bewirkte die öffentliche Kritik an der Verwendung des Namens Dozo, daß die Ingolstädter Moscheeanlage neuerdings nur noch als "Bosniakisches Kulturzentrum Ingolstadt" firmiert.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/23" berichtete am 15. Februar 2023 (x1.387/...): >>>Von Gewalt bis Krätze

Alltag im Asylbewerberheim: Eine Mitarbeiterin schildert ihre Erfahrungen. Bürger wehren sich gegen den Bau weiterer Flüchtlingsseinrichtungen

Martina Meckelein, Upahl/Schwerin

Der Himmel ist weit, das Meer ist nah, die Menschen sind direkt, freundlich und hilfsbereit. "MV - tut gut". Mit diesem Marketingversprechen wirbt die rot-rote Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns für den Nordosten Deutschlands. Meck-Pom - "ein "Land zum Studieren, Arbeiten, Investieren, Forschen und Genießen." Nun, der Bevölkerung kommt der Geschmack am Leben immer stärker abhanden. Denn sie fühlt sich übergangen - von der Politik im Bund, Land, Kreis und der Kommune. Ein Besuch im hohen Norden Deutschlands.

"Ich bin hier", sagt Melanie Jahn (40), "um abzuwenden, daß soviel Flüchtlinge kommen." In ihrer rechten Hand hält sie ein Schild mit den Worten "Upahl sagt nein" in die Höhe. "Wir wollen ja durchaus Flüchtlinge aufnehmen, aber 400 Flüchtlinge in solch einem kleinen Dorf sind einfach zu viel." Upahl liegt 35 Kilometer von der Landeshauptstadt Schwerin entfernt. Eine 500-Seelen-Gemeinde im Landkreis Nordwest-Mecklenburg, die Schlagzeilen in ganz Deutschland macht. Erst Ende Januar wurden die Einwohner darüber informiert, daß in der Gemeinde ein Containerghetto für 400 Flüchtlinge entstehen soll.

In Upahl geht jetzt die Angst um: Vor steigender Kriminalität, vor Abwanderung von Firmen, Arbeitsplatzabbau und vor dem Wertverlust der Grundstücke. Jetzt demonstrieren die Anwohner des Ortes vor dem Malzwerk in Grevesmühlen, wo der Kreistag tagt, oder vor der eingezäunten Wiese im Upahler Gewerbegebiet, auf dem in Kürze über 200 Wohncontainer stehen sollen.

"Nach meinen Informationen sollen da junge Männer aus Syrien, Afghanistan, Marokko, Georgien und einige aus der Türkei einziehen", sagt Martina Lüttjohann. Seit 23 Jahren arbeitet sie im Upahler Gewerbegebiet in einem Gastro-Service. "Im Sommer beginnt meine Frühshift um 4 Uhr in der Frühe. Ich bin dann dort alleine. Ich habe Angst, um mich und auch um meine Mädels, die mit mir arbeiten." Lüttjohann hat die Sicherheitsfragen auch auf einer Anwohnerversammlung thematisiert. Eine sie beruhigende Antwort bekam sie nicht. "Schauen Sie sich um. Jetzt steht hier eine ganze Hundertschaft. Aber wer wird uns beschützen, wenn wir morgens auf Schicht gehen?"

Die Angst der Upahler ist nicht unbegründet. In Schwerin arbeitet Landtagsabgeordneter Jan-Phillip Tadsen in seinem Büro im zweiten Stock des Schweriner Schlosses. Sitz der Landesregierung und der Abgeordneten. Tadsen ist Vize-Fraktionsvorsitzender der AfD, Vize des Innenausschusses und Sprecher der Fraktion für Europa- und Migrationspolitik. Ende 2022 landete er einen Scoop. Er interviewte eine Mitarbeiterin der Erstaufnahmeeinrichtung Stern-Buchholz in Schwerin. Das Gespräch stellte er auf Youtube. "Grund der Interviews war, daß einige Mitarbeiter der Einrichtung auf mich zukamen und mir von den Umständen erzählten, unter denen sie arbeiten müssen", so Tadsen gegenüber der JUNGEN FREIHEIT.

Das Flüchtlingsheim in der ehemaligen Blücher Kaserne gibt es seit Juni 2015. "Die Einrichtung bietet zur Unterbringung Asylbegehrender eine Gesamtkapazität von ca. 1.070 Plätzen", erklärt das Innenministerium des Landes gegenüber der Jungen Freiheit. Das Land sei Mieter. Der Vermieter sei die HW-Immobilien GmbH & Co. KG Nord. Die Betreuung werde durch die MW Malteser Werke gGmbH in Köln gewährleistet. Es gebe 218 Mitarbeiter in Stern-Buchholz, 22 von ihnen seien Beschäftigte des Landesamtes für innere Verwaltung, heißt es. Ihre Aufgaben: Aufnahme, die Gewährung von Sozialleistungen und die aufenthaltsrechtlichen Fragen der Bewohner klären. Die Betreuung wird 24 Stunden die Woche durch 142 Mitarbeiter des Betreibers sichergestellt. Dazu 38 Wachleute, zwei Ärzte, vier Schwestern und zwölf Küchenmitarbeiter.

Eine von ihnen ist Vivien (Name geändert). Sie will anonym bleiben. Die Frau fürchtet Sanktionen ihres Arbeitgebers. Dabei erzählt sie nur von ihrem Alltag im Heim. "Ich wollte Menschen helfen", sagt sie, "deshalb fing ich dort an. Und die Malteser stehen, so dachte ich, für ihr soziales Engagement." Doch die Zustände werden, so Vivien, immer schlimmer. Das läge an der Zusammensetzung der Bewohner, teils über 20 Nationalitäten. Am aggressivsten seien

Tunesier, Marokkaner und Georgier.

"An die Hausordnung hält sich kaum jemand. Eigentlich haben wir Betruhe ab 22 Uhr, da geht für viele der Tag erst los. Eltern kümmern sich nicht um die Kinder. Die müssen wir ins Bett bringen. Im Grunde müßten wir den Jugendnotdienst holen. Das macht niemand, das Personal hat viel zu große Angst vor den Heiminsassen."

Die Zahl der Deutschen, die dort als Betreuer arbeiten, geht zurück

Eine Aussage, die politischen Sprengstoff beinhaltet. Die JUNGE FREIHEIT wollte vom Innenministerium wissen, wie viele Polizeieinsätze in den Jahren seit Bestehen der Einrichtung innerhalb und außerhalb mit Bezug auf die Einrichtung gezählt wurden und ob es eine Häufung von Drogenkriminalität, Diebstahl, Raub und Körperverletzungen gäbe?

"Eine statistische Erhebung über die polizeilichen Einsätze im Zusammenhang mit der Außenstelle der EAE Stern-Buchholz liegt lediglich für das Jahr 2022 vor", so die Behörde. "Danach ereigneten sich im Jahr 2022 insgesamt 110 Sachverhalte, die grundsätzlich sofortige polizeiliche Maßnahmen und/oder aufgrund von Gefahrenlagen erforderten - sogenannte Prio 1 oder Prio 2-Einsätze."

Am häufigsten seien tätliche Auseinandersetzungen: 69 Einsätze mit Anzeigen wegen Körperverletzung bzw. gefährlicher Körperverletzung. 34 Fälle wegen des Auslösens der Brandmeldeanlage. 275 sonstige Einsätze der Polizei. Im wesentlichen handele es sich hierbei um Einsätze im Zusammenhang mit Amtshilfeersuchen für die Justiz anlässlich von Aufenthaltsermittlungen, Sachbeschädigungen oder Diebstahlsdelikten.

"Vereinzelt sind Vorfälle bekannt", so das Ministerium, daß das Personal von den Bewohnern angegriffen und angespuckt wurde. Die Malteser bieten in solchen Fällen Multivision an, um die Vorfälle zu verarbeiten. "Die Psychologen reden uns dann ein, daß wir eine schwere Kindheit hätten", sagt Vivien. Aber die Polizei zu alarmieren hätte im Grunde auch keinen Sinn. "Wir hatten einen Vorfall, da wurde einem Kollegen von einem Heimbewohner das Jochbein gebrochen. Der Schläger läuft immer noch frei rum."

Mit den Jahren geht die Zahl der Deutschen, die dort als Betreuer arbeiten, stetig zurück. "In kleinen Häusern, wie dem Haus 24 oder 14 sitzt du als Frau die Schicht, und die geht zwölf Stunden, alleine da", erzählt Vivien. "Wir haben aber auch Schichten auf den großen Häusern, da bin ich die einzige Deutsche unter drei Arabern, die hier arbeiten." Oftmals seien dies ehemalige Heimbewohner, die Arbeitsverträge über ein Jahr haben. Die unterhielten sich ausschließlich in ihrer Muttersprache. "Arabisch spreche ich rudimentär. Da fühlst du dich ausgeschlossen.

Und die Kollegen lassen sich auch nichts von einer deutschen Frau sagen. Da hörst du dann Sprüche wie: 'Mit dir fahre ich mal in den Jemen, da zeige ich dir, wie man mit Frauen umgeht.'" Theoretisch mußst du dir alles gefallen lassen. Für die bin ich entweder Nazi oder Adolf Hitler, wenn ihnen etwas nicht paßt. Zwei Kolleginnen sind seit Monaten krank. Das Ende vom Lied: Die ausländischen Aufseher sitzen bei ihren Kumpels auf den Zimmern und wir Deutsche arbeiten."

Am 7. Februar 2023 wohnten dort 484 Männer, 123 Frauen und 156 Kinder. Teils unter unhygienischen Zuständen, so Vivien. "Die putzen nicht, wechseln die Bettwäsche nicht, Bettwanzen gibt es häufig, wie auch Kakerlaken - ebenso den Besuch vom Kammerjäger. Sie waschen ihre Kleidung im Zimmer, weil die Waschmaschinen kaputt sind, damit können sie nicht umgehen. Dann hängen sie alles tropfnaß im Zimmer auf, es kommt zu Schimmel."

In Haus 8, eines von sieben Häusern, seien zwölf von 23 Zimmern deshalb gesperrt worden. Krätze, Tuberkulose, Hepatitis und HIV, Drogen, so Vivien seien "häufig und ein großes Thema in der Einrichtung". Die JUNGE FREIHEIT fragte beim Innenministerium nach: "Es kann nicht bestätigt werden, daß die hygienischen Zustände in der Außenstelle nicht optimal

seien", so das Ministerium. "Vereinzelt sind medizinische Vorfälle bekannt, derer sich professionell und den hygienischen Regelungen entsprechend angenommen wurde."

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gibt es Sach- und Sozialleistungen, Übernahme der Unterbringungskosten und Taschengeld. Erwachsene bekommen im Heim rund 131 Euro. "Wer 30 Stunden die Woche in der Einrichtung arbeitet, kriegt noch einmal 24 Euro", sagt Vivien.

"Ein Teil der Bewohner lebt auch in Wohnungen auf dem Großen Dreesch". Ein verwahrlostes Plattenbaugebiet am Rande Schwerins und ein Drogenumschlagplatz. "Da übernachteten über Wochen Bewohner des Heimes, manche fahren auch in ganz Deutschland rum oder noch weiter", sagt sie. "Wir haben 300 bis 400 Abgänge im Monat. Die kommen nur alle vier Wochen, um ihr Taschengeld abzuholen." Da stellt sich für Tadsen die Frage: "Bräuchten wir wirklich weitere Plätze in Stern-Buchholz, wenn Grenzen geschützt und Regeln durchgesetzt würden?"<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 16. Februar 2023:

>>**Flüchtlingsgipfel: Nancy Faeser ignoriert Warnungen**

Von *Sven Eggers*

Auf dem heutigen "Flüchtlingsgipfel" erfährt Bundesinnenministerin Faeser von Städten und Gemeinden reichlich Unmut. Die Lage spitzt sich zu, Kriminalität explodiert. ...

Sporthallen als Notunterkünfte, organisatorischer Notstand, gefährliche finanzielle Schief-lagen, aber kaum Unterstützung aus Berlin. Deutsche Kommunalpolitiker werden mit dem Migrationsdesaster alleingelassen.

Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, will nicht länger schweigen und warnt im Interview mit der Rheinischen Post: "Soziale Spannungen wachsen zum Teil in der Nähe von Einrichtungen für Geflüchtete. Das macht uns große Sorgen."

Die Zahl von Neuankömmlingen werde weiter steigen, so Dedy. Beispielsweise würden nun auch aus dem türkisch-syrischen Erdbebengebiet immer Menschen nach Deutschland kommen. Zelte, Containerdörfer und Messehallen in den Städten hätten aber kaum noch freie Plätze. Bereits im Januar hat es etwa bundesweit schon wieder 29.000 Neuanträge gegeben.

Faeser: Keine Obergrenze

Bundesinnenministerin Faeser lehnt unterdessen weiterhin jede Zurückweisung von Migranten an den EU-Außengrenzen ab. Sie will sich für die Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich auf keine Obergrenze festlegen lassen und ganz offenbar auch keine Abschiebungen vorantreiben. Jedenfalls interessieren sie gut 300.000 Personen, die von Rechts sofort ausgewiesen gehörten, überhaupt nicht.

Obwohl sie unser Land mit diesen Auffassungen selbst innerhalb der EU in eine Außenseiterrolle drängt und sogar Parteifreunde verärgert, hält Nancy Faeser geradezu fanatisch an ihrem selbstmörderischen Kurs fest; "eine tolle Innenministerin", findet Kanzler Scholz.

Die Februar-Ausgabe des COMPACT-Magazins dokumentiert, worum sich Nancy Faeser wirklich kümmert, nämlich um Einbürgerungserleichterungen, die sie quasi zur Chefsache macht:

"So sollen Kinder von ausländischen Staatsangehörigen automatisch den deutschen Paß erhalten, sofern zumindest ein Elternteil sich länger als fünf Jahre in Deutschland aufhält. Erwachsenen will Faeser die deutsche Staatsbürgerschaft nach fünf, unter bestimmten Umständen gar nach drei Jahren zuschanzen, bislang ist dies nach acht Jahren möglich. Auch der Weg zur Doppelstaatsangehörigkeit wird für Ausländer immer unkomplizierter."

Jetzt gibt es einen weiteren Dämpfer für Faeser: Das Meinungsforschungsinstitut Civey hatte in den vergangenen Tagen gefragt: "Wie bewerten Sie die bisherige Migrationspolitik von Bundesinnenminister Nancy Faeser?". 48 Prozent der Befragten beantworteten die Frage mit "sehr negativ", weitere 16,3 Prozent mit "eher negativ". Und: Nur 3,8 Prozent empfinden die

Migrationspolitik von Nancy Faeser als "sehr positiv". Welch ein Armutszeugnis für die Faeser-Politik!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18. Februar 2023: >>>Der Schöpfer der "Weltformel des Krieges"

Von *Sven Reuth*

Am 16. Februar verstarb in Danzig der Soziologe Gunnar Heinsohn, der mit streitbaren Thesen zur Zuwanderung auf sich aufmerksam machte. ...

Schon 1995 publizierte der amerikanische Auslandsgeheimdienst einen Aufsatz des hawaiianischen Politologen Gary Fuller mit dem Titel "Demographische Hintergründe für ethnische Konflikte", in dem dieser die Hintergründe des damals auf Sri Lanka tobenden Bürgerkriegs zwischen den Volksgruppen der Tamilen und der Singhalesen untersuchte.

Der Autor kam hier zu dem Ergebnis, daß nicht Hunger oder Unterentwicklung - und auch keine unüberbrückbaren religiös-kulturellen Differenzen - die Treibkräfte dieses Konflikts waren, sondern die enorme Zunahme der Bevölkerung auf der Insel vor der südöstlichen Küste Indiens. In dem Aufsatz verwendete Fuller erstmals den Begriff des "Youth Bulge", womit er eine überproportionale Ausstülpung der Basis der demografischen Alterspyramide in einem Land bezeichnete.

In Deutschland griff nun zu Beginn des neuen Jahrtausends der Universalgelehrte Gunnar Heinsohn die Arbeiten von Fuller auf und verdichtete sie - so bezeichnete es zumindest die altehrwürdige Neue Zürcher Zeitung - zu einer "Weltformel" des Krieges. Ein Staat befindet sich demnach in höchster Gefahr, zum Schauplatz eines Bürgerkriegs oder aber auch zum Träger eines Angriffskriegs zu werden, wenn die 15- bis 24-Jährigen mindestens 20 Prozent und die 0- bis 15-Jährigen mindestens 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Wenn Mütter über Jahrzehnte hinweg im Schnitt 3 bis 4 Söhne hätten, dann seien schwerste Konflikte praktisch unvermeidbar. Im Jahr 2003 hatte Heinsohn im Züricher Orell Füssli Verlag sein Buch "Söhne und Weltmacht" veröffentlicht, in dem er seine Thesen nochmals vertiefend ausführte.

Hier stellte Heinsohn, der damals noch das von ihm gegründete Europäische Institut für Völkermordforschung an der Universität Bremen leitete, fest: "Anders als die Kommunisten, die einmal ein Dutzend Nationen mit 35 Millionen Quadratkilometern beherrscht haben, ist die nun auftretende Macht ohne eindeutige Adresse."

Der neue Gegner trage "seit der Präsidentschaft Bill Clintons" nur noch "den englischen Namen youth bulge". Schon damals sprach Heinsohn davon, daß "mit der islamischen Speerspitze dieser Jugendarmee" nach "dem Ende der marxistischen Weltbewegung" erstmals wieder ein Herausforderer auftrete, "der das Geschäft des aktuellen Hegemon nicht etwa übernehmen, sondern zerstören will."

Die demografische Bombe

Um die Dimensionen dieser demografischen Bombe zu verdeutlichen, wies der Bremer Professor darauf hin, daß für das Jahr 2003 100 Millionen Jungen unter 15 Jahren aus der entwickelten Welt (wozu er die 30 OECD-Staaten, die osteuropäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion und die EU-Beitrittskandidaten zählte) über 900 Millionen Jungen aus der unterentwickelten Welt gegenüberstünden.

Mit "Weltmacht und Söhne" wurde der am 21. November 1943 in Gotenhafen in der Danziger Bucht geborene Heinsohn erstmals einem breiten Lesepublikum bekannt, wozu auch seine Fähigkeit zu provozierenden Zuspitzungen beitrug. Schon in einem Aufsatz für das Theoriemagazin Kursbuch aus dem Jahr 2007 wurde er seinem Ruf gerecht, ein wider den Stachel der politischen Korrektheit löckender Freigeist zu sein, als er feststellte, daß man von einwandernden "Schwarzafrikanern oder Muslimen" nicht die notwendigen Voraussetzungen erwarten dürfe, die "für ein Verbleiben Deutschlands in der ersten ökonomischen Liga" notwendig

sind.

Einwanderungskritiker und Einwanderungsbefürworter

"Einwanderer ohne Hochschulabschluß" könnten nämlich eines nicht, nämlich "die kritische Masse begabter junger Leute bereitstellen", die nötig sind, um bei der technischen Entwicklung an der Spitze zu bleiben. Dabei ist der Bremer Soziologe kein genereller Einwanderungsgegner. Schon in einem Beitrag für die Welt am Sonntag vom November 2005 forderte er "die Berliner Republik" müsse endlich "das Zeug zum Gewinner beim Rückbau Europas" haben und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck "der Einfallsreichtum eines Fridericus Rex beim Ansiedeln von Franzosen, Holländern oder Salzbergern in seinen menschenarmen Eroberungen" möge auch hierzulande Nachahmer finden.

Einem breiteren Publikum bekannt wurde Heinsohn durch seine streitbaren Auftritte in der mittlerweile eingestellten ZDF-Kultur-Talkshow "Das Philosophische Quartett". Mit Peter Sloterdijk war einer der beiden Moderatoren dieser Sendung ein ausgesprochener Fan des wissenschaftlichen Außenseiters aus Bremen, der Karlsruher Philosoph hatte sogar gefordert, dessen Buch "Söhne und Weltmacht" zur "Pflichtlektüre von Politikern und Feuilletonisten" zu erheben.

In bester Erinnerung haben viele Fernsehzuschauer heute noch den Schlagabtausch, den sich Heinsohn im Oktober 2006 mit dem früheren COMPACT-Autor, dem 2016 verstorbenen Moderator Roger Willemsen, lieferte. Der beliebte Publizist und Fernsehmoderator hatte zuvor sein Buch "Hier spricht Guantánamo" veröffentlicht, das zahlreiche Interviews mit Insassen des berüchtigten US-Gefangenenlagers enthielt. Beim "Philosophischen Quartett" traf er nun auf einen Diskutanten, der ihm zu erklären versuchte, warum die USA angesichts eines so jungen und zahlenmäßig überlegenen Gegners zu längst überwunden geglaubten Methoden des Antiterrorkampfes greifen würden.

Kritik am Asyl-Tsunami 2015

Willemsen staunte über die Eloquenz und das Wissen seines Kontrahenten - und blieb doch seiner Kritik am US-amerikanischen "Krieg gegen den Terror" treu. Heinsohns Auftritt wiederum beeindruckte die Fernsehzuschauer so stark, daß sein Jahre zuvor erschienen Buch "Söhne und Weltmacht" plötzlich auf der Bestsellerliste stand. Auch nach seiner Emeritierung im Jahr 2009 mischte sich der Bremer Soziologe immer wieder in laufende Debatten ein. Im Jahr 2015, als die Asylkrise sich auf ihrem Höhepunkt befand, sprach Heinsohn in der "Neuen Zürcher Zeitung" davon, daß sich "rund um das Mittelmeer" die "größte Migration der Geschichte" abspiele.

Der "Youth Bulge" im Afrika südlich der Sahara habe eine historisch einmalige quantitative Dimension. Bei einer demoskopisch ermittelten Auswanderungsbereitschaft von 38 Prozent der Schwarzafrikaner müsse man mit 370 Millionen potentiellen Zuwanderern aus diesem Kontinent nach Europa rechnen, dazu kämen nochmals 85 Millionen Personen aus dem arabischen Raum mit dem gleichen Ziel.

Wegen der explosiven Bevölkerungszunahme in Afrika würde diese Zahl bis zur Mitte des Jahrhunderts auf 950 Millionen Menschen steigen können. Das deutsche Asylrecht erweise sich in einer solchen Situation noch als Schleusenöffner, den die halbe Welt in Anspruch nehmen könne.

Bildet sich eine Mega-Schweiz?

Als wäre das noch nicht genug, gefällt sich die politische Klasse darin, die Kritiker ihres Handelns der Islamophobie und des Rassismus zu bezichtigen und so mundtot zu machen. Gunnar Heinsohn konnte sich zuletzt sogar vorstellen, daß die kommenden Jahrzehnte nochmals eine große Wandlung der europäischen Staatenwelt mit sich bringen. Immer wieder bezog sich der Bremer Soziologe in den Artikeln, die er in den letzten Jahren veröffentlichte, auf eine Umfrage des Instituts "Swiss Opinion", nach der in Baden-Württemberg, im französischen Sa-

voyen, im norditalienischen Como und im österreichischen Vorarlberg eine hohe Beitrittsbereitschaft zur Schweiz, insbesondere in den jüngeren Jahrgängen, besteht.

Offensichtlich schätze man an diesem Land die Aufrechterhaltung seiner Grenzhöhe und die dadurch gegebene Möglichkeit einer Auswahl der Zuwanderer, sie sei deshalb eine "funktionierende Zelle" im Alpenraum. Heinsohn zählte auch zu den wenigen uneingeschränkten deutschen Befürwortern des britischen EU-Austritts und sah in ihm das "Signal des Aufbruchs zu einer neuen Allianz", einer "Nord-Union", die sich "gegen die erstickende Bürokratie der EU und ihre ewigen Geldansprüche sträuben" würde. Auch im Wahlsieg Donald Trumps 2016 erblickte er eine Zäsur und stellte in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" fest:

"Am 8. November ging erstmals der weiße Teil der amerikanischen Arbeiterklasse als organisierte Bewegung zur Wahl."

Den weiteren Fortgang der Geschichte hält Heinsohn auf jeden Fall für offen, denn: "Was nicht geplant wird, kommt in der Panik sehr schnell."

Am 16. Februar dieses Jahres verstarb Heinsohn in Danzig. Insbesondere seine Thesen zur Kriegsdemographie werden die Wissenschaft weiter beschäftigen, auch wenn man diese nicht verabsolutieren sollte, wie der derzeitige Ukraine-Krieg zeigt, wo zwei alternde Gesellschaften gegeneinander kämpfen.<<

Das österreichische Online-Magazin "kath.net" berichtete am 14. März 2023 (x1.341/...):

>>Unfaßbar: Evangelischer Kirchentag schließt Lebensschützer aus

Der Deutsche Evangelische Kirchentag (Fulda) hat drei Lebensrechtsgruppen von der Teilnahme am Kirchentag in Nürnberg ausgeschlossen, darunter auch die Alfa

Der Deutsche Evangelische Kirchentag (Fulda) hat drei Lebensrechtsgruppen von der Teilnahme am Kirchentag in Nürnberg ausgeschlossen. Dies berichtet "idea". Die 3 Gruppe "Aktion Lebensrecht für Alle" (ALfA/Fulda), KALEB (Kooperative Arbeit Leben Ehrfürchtig Bewahren/Chemnitz) und "Hilfe zum Leben" (Pforzheim) dürfen bei dem Treffen im Juni nicht teilnehmen. Laut der Kirchenleitung wurde die Ablehnung mit "aufgrund ihres Verhaltens" bei vergangenen Kirchentagen begründet, Details dazu gab es nicht.

Das "Verbrechen" von Kaleb beim Kirchentag 2019 war offensichtlich, daß diese Gruppe dort kleine Plastik-Modelle eines ungeborenen Kindes verteilt hatten, die die Größe des Embryos in der zehnten Schwangerschaftswoche zeigten. Kein Verständnis für diese Entscheidung gibt es von der ALfA-Vorsitzende Cornelia Kaminski (Fulda). Der Schutz des menschlichen Lebens in allen Phasen seiner Existenz sei die Aufgabe aller Christen und des Staates. Es sei "höchst verwunderlich", daß die Leitung des evangelischen Kirchentags beschlossen habe, ausgerechnet die ehrenamtlichen Organisationen auszuschließen, die sich genau dieser Aufgabe verschrieben haben.

KALEB-Geschäftsführer Albrecht Weißbach erklärte gegenüber IDEA: "Die Wahrheit über die Würde des Menschen kann man nicht aufhalten, wer es versucht, gräbt sich selbst das Wasser ab." Ihm tue es weniger um die Einschränkung für KALEB leid, als vielmehr um die Kirche selbst, "die nun nach dem zweiten Glaubensartikel über den Erlöser Jesus Christus auch noch den ersten Glaubensartikel über den Schöpfer aufzugeben scheint".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18. März 2023: >>Immer mehr Messerattacken

Von *Sven Eggers*

Es wird immer schlimmer: Allein in Berlin gab es im Jahr 2022 registrierte 3.317 Messerangriffe. ...

3.317 Fälle von Messerangriffen, das sind neun solcher Taten am Tag allein in der deutschen Hauptstadt. Die Zahlen rückte der Berliner Senat gestern auf Anfrage der AfD im Abgeordnetenhaus heraus. Die Tendenz ist ansteigend. Im Jahr 2021 waren es 2.777 Messerattacken, 2020 weniger als 2.600.

Viele ausländische Tatverdächtige

Gegen 2.428 Tatverdächtige wurde ermittelt, etwa die Hälfte von ihnen (1.234) hatte keinen deutschen Paß. Oft geht es um Männergruppen aus einschlägigen Brennpunkt-Stadtteilen. Unsere Prognose: Deutlich mehr als die Hälfte trägt keinen deutschen Vornamen.

Polizeipräsidentin Barbara Slowik hatte vor einigen Wochen beklagt, daß immer häufiger auch Kinder und Jugendliche mit Messern aufgegriffen würden: "Sie gehen gemeinsam los, treffen auf andere Gruppen und dann gibt es Auseinandersetzungen, eben auch unter Einsatz von Messern."

"Nahezu sämtliche Probleme sind hausgemacht, allen voran die Messereinwanderung und die Überfremdung ganzer Straßenzüge, Viertel und Stadtteile. Parallelgesellschaften entwickeln sich zu Brutstätten der Kriminalität. Folgen sind Gewaltorgien wie zum Jahreswechsel, aber auch alltäglich präsenste organisierte Kriminalität und das Treiben der berüchtigten Clans."

Laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes hatten 2021 bereits 27,2 Prozent der Bürger in der Bundesrepublik einen Migrationshintergrund, das entspricht 22,3 Millionen. Ein Plus von zwei Prozent oder 1,4 Millionen gegenüber dem Vorjahr - das entspricht der Einwohnerzahl von München. Eine solche Entwicklung kann nur fatale Folgen nach sich ziehen.

Tabuthematik Ausländerkriminalität: Die Schweigespirale von Massenmedien muß durchbrochen werden! ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 19. März 2023: >>**Horrorzahlen: Mehr Gruppenvergewaltigungen**

Von *Sven Eggers*

Opfer von Vergewaltigungen durchleiden oft schwerwiegende Traumata. Allein in Berlin gab es seit 2020 fast 300 Gruppenvergewaltigungen. Wohin soll das führen? ...

Im Jahre 2018 waren in der deutschen Hauptstadt 38 Gruppenvergewaltigungen zu beklagen, 2020 waren es rund 300. Viele Opfer sind minderjährig, viele Täter sind Ausländer. Das geht aus einer Anfrage des AfD-Abgeordneten und Rechtsexperten Marc Vallendar an den Berliner Senat hervor.

Ausländische Tatverdächtige

Zu den gepeinigten Opfern der 299 Gruppenvergewaltigungen in Berlin zählen 94 Minderjährige. Etwa die Hälfte der Tatverdächtigen sind Nichtdeutsche, wobei hier nicht nach Vornamen, sondern nach Pässen kategorisiert wurde. Außerdem wies der Senat darauf hin, daß die Beteiligung von mehr als einem Täter nicht zwingend eine Gruppe darstelle.

Doch ob nun gruppenvergewaltigt oder von einzelnen sexuell mißbraucht, ob erstochen oder erwürgt, das ist letztlich nicht entscheidend. ...

"Wir vergessen nicht: Maria, 2016 in Freiburg von einem Afghanen vergewaltigt und dann in den Fluß geworfen. Sie ertrank. Gemessert wurde Ende 2017 die 15-jährige Mia aus Kandel, ihr Mörder kam als unbegleiteter Minderjähriger in die BRD: Oder Julia, 15 Jahre jung, 2018 attackiert in Viersen. Sie verblutete nach sechs Messerstichen. Mireille, 16, im März 2018 in Flensburg von einem Afghanen erstochen.

Ihr Mörder war aus Bulgarien in die BRD gekommen. Im Mai 2018 wurde die 14-jährige Susanna aus Mainz von einem Iraker vergewaltigt und erwürgt. Manuela, 16 Jahre, wurde 2019 in Wiener Neustadt von einem vorbestraften Syrer erdrosselt. Oder Leonie aus Wien, erst 13. Sie wurde im Juni 2021 von mehreren Afghanen unter Drogen gesetzt, gruppenvergewaltigt und ermordet."

Mainstreammedien berichteten über die neuen Horror-Zahlen zu Gruppenvergewaltigungen übrigens nicht. AfD-Fragesteller Vallendar: "Der stetig zu beobachtende Anstieg schwerer Sexualdelikte ist erschreckend."

Die Schweigespirale von Massenmedien muß durchbrochen werden! ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 24. März 2023: >>>**Mordfall Luise: Setzt die Strafmündigkeit runter!**

Von *Sven Reuth*

Neuer erschütternde Details zum Fall der von einem 12- sowie einem 13jährigen Mädchen getöteten Luise aus Freudenberg: Die Tat war offenbar von langer Hand geplant. Die Verrohung schreitet fort, auch Multi-Kulti hat daran seinen Anteil.

Es sind schockierende Nachrichten, die am Tag nach der Trauerfeier für die von zwei etwa gleichaltrigen Mädchen ermordete Luise kursieren. Demnach hat eine der beiden Täterinnen sich vor der Tat im Internet über das Thema Strafmündigkeit erkundigt. Daraus kann man folgern, daß die beiden Mädchen das fürchterliche Verbrechen erst dann realisierten, als sie wußten, daß die dafür straffrei ausgehen würden.

Strukturiertes Vorgehen

Ein weiteres erschütterndes Indiz mehr, das nun bekanntgeworden ist. Es zeigt einmal mehr, das der Mord an Luise auch tatsächlich anhand aller Kriterien, die sich dafür heranziehen lassen, ein Mord war.

Die Tat geschah nicht aus irgendeinem Affekt heraus, sondern wurde von langer Hand geplant. Auch nach der Tat gingen die Mädchen weiter erschreckend kaltblütig und strukturiert vor. Die Eltern der zu diesem Zeitpunkt schon toten Luise wurden mit einem Anruf, in dem behauptet wurde, Luise befinde sich auf dem Heimweg, in Sicherheit gewogen.

Das ist ein zumindest semiprofessionelles Vorgehen, das selbst viele erwachsene Straftäter nicht aufbringen. Gerade die Details dieser Tat zeigen, daß unbedingt eine Debatte über die Herabsetzung der Strafmündigkeit vonnöten ist. Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert beispielsweise schon seit Jahrzehnten eine Herabsetzung der Strafmündigkeit auf zwölf Jahre, da die Zahl schwerer Straftaten, die durch ganz junge Menschen begangen werden, steigt.

Savonarolas Kinderpolizisten

Das würde dann ja immer noch bedeuten, daß ganz junge Täter immer noch nach dem milden Jugendstrafrecht abgeurteilt würden. Jugendstrafen würden also - so wie nach bisheriger Rechtsprechung auch - nur in Ausnahmefällen und bei schweren Straftaten ausgesprochen werden. In diesem Bereich wäre ein solches Vorgehen dann aber auch nötig. Der Staat hat schließlich die Pflicht, die Sicherheit seiner Bürger zu garantieren. Die Erfahrungen der letzten Jahre sollten auch dem Letzten klargemacht haben, daß diese Sicherheit auch durch Kinder oder ganz junge Jugendliche bedroht werden kann.

Auch Kinder sind - im Guten wie im Schlechten - eben bloß Menschen. Im florentinischen Gottesstaat des Eiferers und Dominikanermönches Savonarola, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Italien für einige Jahre existierte, beschlagnahmten die Kinderpolizisten der "Fanciulli" Spiegel, Kosmetika, schöne Kleider und Möbel sowie Bücher, weil jedweder Luxus gegen die Gebote Gottes verstoße.

Die "Fanciulli" trieben die zum Tode Verurteilten sogar zu den Scheiterhaufen. Zur Zeit des Sowjetdiktators Stalin wurden Schulkinder in der Parteipresse als Helden gefeiert, wenn sie ihre Eltern als angebliche Abweichler denunzierten, was für diese oft das Todesurteil bedeutete.

Es muß sich etwas ändern

Auch Kinder können also unvorstellbar grausam sein, gerade weil ihnen die Lebenserfahrung fehlt. Ein Staat, der rechtzeitig klare Grenzen aufzeigt, kann vielleicht wenigstens noch so manche Fehlentwicklung korrigieren. Außerdem: Nach jetziger Gesetzeslage dürften die Personen, dürften die Personen, die bei TikTok im Mordfall Luise zur Selbstjustiz aufgerufen haben, wesentlich härter bestraft werden als die beiden Täterinnen selbst.

Das kann einfach nicht gerecht sein, insbesondere wenn man sich das Martyrium vor Augen führt, das das Opfer durchleiden mußte. Die Täterinnen versuchten erst, Luise mit einer Pla-

stiktüte zu ersticken. Als das mißlang, hielt ein Mädchen Luise fest, während das andere Mädchen mit 30 Messerstichen auf sie einstach. Das zu diesem Zeitpunkt noch lebende Opfer wurde dann eine Böschung heruntergestoßen, wo es verblutete.

Wenn immer jüngere Täter immer schwerere Straftaten begehen, muß der Staat eben einschreiten und die Strafmündigkeit herabsetzen!

Die Gesellschaft verrot. Daran hat auch Multi-Kulti seinen Anteil. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 13/23" berichtete am 24. März 2023 (x1.387/...): >>"Wir wurden auch schon angequatscht"

Islamismus: Die Gruppe "Muslim Interaktiv" gibt sich modern und gewaltlos - und zielt vor allem auf junge Leute

Hinrich Rohbohm

Sie treten in schwarzen Kapuzenpullovern auf, demonstrieren gegen Israel und fordern die Einheit des Islams in einem Gottesstaat. Vor allem junge Menschen versucht die Gruppierung "Muslim Interaktiv" über die sozialen Medien für ihren religiösen Fanatismus zu gewinnen.

Bisher hatte die islamistische Gruppe lediglich einige hundert Anhänger für Demonstrationen in deutschen Großstädten gewinnen können. Doch im vergangenen Monat brachte sie bei einer Kundgebung in Hamburg bereits über 3.000 religiöse Eiferer auf die Straße. Entsteht mit "Muslim Interaktiv" gerade eine neue islamistische Massenbewegung in Deutschland? Wer steckt hinter dieser Bewegung und was will die Gruppe mit ihren Aktionen erreichen?

Die Spur zu der Organisation führt nach Hamburg. Die Hansestadt gilt als zentrales Operationsfeld der Gruppe. Hier dreht sie die meisten ihrer auf Youtube hochgeladenen Videos. Auch für Kundgebungen und Demonstrationen ist die Elbmetropole ein Schwerpunkt. Hinzu kommen nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes Unterstützer und Organisatoren aus Hamburg.

Ihre Videos sind professionell gestaltet. Wie die meisten radikalen Gruppen versucht auch "Muslim Interaktiv" sich als Opfer darzustellen, das von der Gesellschaft diskriminiert werde. Die Mitglieder sprechen von einer "Dämonisierung" der Muslime in Deutschland. Davon, daß der Islam "diffamiert" werde und Muslime in Deutschland im Rahmen einer "Wertediktatur" der "Zwangsassimilation" ausgesetzt seien.

"Die scheinen mehr Einfluß auf Jüngere zu haben"

Ortstermin in Wilhelmsburg, einem Stadtteil im Süden Hamburgs mit hohem Migrantenteil, darunter viele, besonders junge Muslime. Für die Gruppe das ideale Revier, um weitere Mitstreiter zu rekrutieren. Und tatsächlich: Nach einigem Herumfragen folgt ein Treffer. "Wir wurden von denen auch mal angequatscht", schildert Selcuk eine Begegnung mit einem mutmaßlichen Aktivisten von "Muslim Interaktiv".

"Wir", das sind der 19 Jahre alte Gymnasiast und sein Klassenkamerad Isan, mit denen die JUNGE FREIHEIT in der Nähe eines Supermarktes in dem Hamburger Stadtteil ins Gespräch kommt. Beide sind in Wilhelmsburg aufgewachsen, kennen die Jugendlichen in der Gegend. Die jungen Männer von "Muslim Interaktiv" kannten sie jedoch nicht.

"Die reden dich immer mit 'Mein Bruder' an, erzählt der 19jährige. Er selbst sei für diese Art religiöser Eiferei jedoch nicht zu gewinnen. "Die haben immer von dem besonderen Erlebnis gesprochen und davon, daß ich meinen Glauben entdecken könnte und so etwas", erinnert sich Selcuks Freund Isan (18) der dabei war. Gläubiger Muslim sei er zwar schon. "Aber das war mir alles doch irgendwie zu kraß." Er glaube nicht, "daß die hier besonders viele Leute anwerben können." Selcuk ist sich da nicht so sicher. "Sie sprechen immer davon, daß alle Muslime zusammenhalten und die Gemeinschaft stärken müssen. Ich kann mir schon vorstellen, daß sich besonders Außenseiter mit wenig Freunden davon angezogen fühlen."

Neu sind diese Methoden muslimischer Seelenfängerei allerdings nicht. Schon einige Jahre zuvor machten Gruppen wie "Realität Islam" und "Generation Islam" mit ähnlichen Aktionen

auf sich aufmerksam. Auch gibt es personelle Verflechtungen zwischen den Gruppen. So wurde im Mai 2021 eine Kundgebung in Hamburg, die der Verfassungsschutz als antisemitisch einstufte, von einer Person mit Bezügen zu den Gruppen "Muslim Interaktiv" und "Realität Islam" angemeldet.

Sie sollen zudem eine Nähe zu der 1953 in Jerusalem gegründeten Organisation Hizb ut-Tahrir aufweisen, die in Deutschland seit 2003 einem Betätigungsverbot unterliegt. Bei Hizb ut-Tahrir handelt es sich um eine international agierende islamistische Organisation, die aus der ebenfalls religiös-radikalen Muslimbruderschaft hervorgegangen ist. In ihren Anfangsjahren lag ihr Ziel noch in der "Befreiung" Palästinas von der "Besetzung" Israels. Heute strebt sie die "Befreiung" aller Muslime von einer aus ihrer Sicht bestehenden Unterdrückung durch den Kapitalismus und westliche Werte an.

Ihr zentrales Anliegen ist die Vereinigung der Gemeinschaft der Muslime, verbunden mit der Errichtung eines weltweiten Kalifats, in dem die Scharia allumfassend eingeführt wird. Jede hiervon abweichende Staatsform wird von Hizb ut-Tahrir, deren Name übersetzt "Partei der Befreiung" bedeutet, abgelehnt. Nur ein von Allah legitimierter Staat unter der Führung eines Kalifen wird akzeptiert.

Bedingt durch das Betätigungsverbot versucht die Organisation offenbar über den Umweg von Gruppierungen wie "Realität Islam", "Generation Islam" oder jetzt "Muslim Interaktiv" Mitstreiter für ihre Ziele zu gewinnen, jedoch auf legalem Wege, ohne Anwendung von Gewalt. Mit dieser Taktik des sogenannten legalistischen Islamismus versucht die Organisation auf gesetzeskonformem Wege Einfluß auf Politik und Gesellschaft in Deutschland zu gewinnen. Auf subtile Art und Weise sollen so Formen ihres Islamverständnisses in Deutschland Fuß fassen, der demokratische Rechtsstaat langfristig ausgehöhlt werden.

Gleichzeitig sorgt sie mit ihren radikalen Thesen in den sozialen Medien und auf ihren Kundgebungen dafür, daß sich Teile ihrer Anhängerschaft extremeren Gruppierungen zuwenden, die schließlich auch die Ausübung von Gewalt billigen. Bisher führten diese Gruppierungen innerhalb der muslimischen Gemeinde in Deutschland eher ein Außenseiterdasein, standen im Schatten von Organisationen wie etwa der von der türkischen Erdogan-Regierung gesteuerten Milli Görüs-Bewegung.

"Das sind Spinner, die tauchen immer mal wieder in den Moscheen auf. Aber kaum einer mag sie und kaum einer will sie", berichten Muslime rund um die Ditib-Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld, eines der größten muslimischen Gotteshäuser in Deutschland. Hier halte sich der Einfluß von "Muslim Interaktiv" in Grenzen. "Das ist eine reine Splittergruppe, ich kenne die nur von Youtube", sagt etwa Hakan, ein Dönerverkäufer aus dem Stadtteil. Im Gespräch mit der JF räumt er jedoch ein: "Ich bin durch meinen Sohn auf die aufmerksam geworden. Auf die jüngere Generation scheinen die mehr Einfluß zu haben.

Tatsächlich scheint die Anhängerschaft von "Muslim Interaktiv" zumindest im Raum Hamburg zu wachsen. Waren es in den Jahren zuvor lediglich wenige hundert Mitstreiter, die die Gruppierung aktivieren konnte, so sind es inzwischen Tausende. Dabei fokussiert sich die Gruppe vor allem auf gebildete Glaubensbrüder. Besonders Schüler und Studenten zählen daher zu ihrer Zielgruppe. Auch die Unterwanderung muslimischer Moscheegemeinschaften steht auf der Agenda der Gruppen rund um Hizb ut-Tahrir.

Darüber, ob die Organisation auch in Hamburgs berühmter "Blauer Moschee" an der Alster (JF 30 - 31/21), deren Trägerverein Islamisches Zentrum Hamburg (IZH) als Außenposten des iranischen Regimes gilt, Fuß fassen konnte, liegen den Behörden in der Hansestadt derzeit keine Erkenntnisse vor. "Aber die werden bestimmt auch da versuchen, die Leute zu belabern", sind sich Isan und Selcuk aus Hamburg-Wilhelmsburg sicher.

Legalistischer Islamismus

Organisationen wie Millî Görüs, die Muslimbruderschaft oder Hizb ut-Tahrir werden als lega-

listische islamistische Gruppen bezeichnet. Sie lehnen es ab, Gewalt anzuwenden, und wollen ihre extremistischen Ziele - strenge Lesart des Koran, Scharia-Ordnung - mit politischen Mitteln innerhalb der bestehenden Rechtsordnung durchsetzen. Dazu betreiben sie Lobbyarbeit und geben sich ungeachtet ihrer totalitären Ideologie nach außen oft tolerant und dialogbereit.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 13/23" berichtete am 24. März 2023 (x1.387/...): >>Von Wölfen und Hunden

Ein deutsch-türkischer Klassiker zum molekularen Bürgerkrieg: Vor zehn Jahren erschien Akif Pirinccis provozierender Essay "Das Schlachten hat begonnen"

Thorsten Hinz

Die Meldungen kommen Schlag auf Schlag und Stich auf Stich: Im Januar wurde ein junges Paar, 17 und 19 Jahre alt, in einem Regionalzug von Kiel nach Hamburg erstochen. Der Täter ist ein 2014 nach Deutschland gekommener Palästinenser. Gleichfalls im Januar wurde in Ibbenbüren eine Lehrerin von einem Schüler erdolcht, dessen Name, Sinan, mit "eiserne Speerspitze" übersetzt wird. Besonders spektakulär war ein Verbrechen, das sich im Oktober 2022 in Ludwigshafen ereignete.

Ein Somalier, der 2015 nach Deutschland gekommen war, tötete zwei Handwerker, 20 und 35 Jahre alt, mit einer Machete. Dem einen wurde der Unterarm abgetrennt, den der Täter auf einen Balkon warf. Außerdem verletzte er einen 27jährigen schwer. Dem Sachverständigen offenbarte er, daß er aus Wut und Eifersucht bewußt deutsche Männer angegriffen habe.

Das ist ein kurzer Auszug aus der Liste von Bluttaten, die Monat für Monat länger wird. Sie bestätigt, was der Schriftsteller und Publizist Akif Pirinçci in dem Aufsatz "Das Schlachten hat begonnen" prognostizierte. Vor zehn Jahren, am 25. März 2013, wurde der Text auf der "Achse des Guten" veröffentlicht.

Unmittelbarer Auslöser war die Tötung des 25jährigen Lackierers Daniel S., der in der Nacht zum 10. März 2013 vor dem Bahnhof Kirchweyhe bei Bremen Opfer einer Prügelattacke geworden war und vier Tage danach an den Folgen starb. Bekannt wurde der Fall durch einen unverblühten Bericht der Bild-Zeitung: Demnach hatten junge Leute einen Bus gemietet, um in eine Diskothek zu fahren.

Da Plätze frei geblieben waren, luden sie eine Gruppe türkischer Jugendlicher zur Mitfahrt ein. Während der Fahrt kam es zum Streit, worauf einer der Mitfahrer mit dem Handy Verstärkung zum Zielbahnhof beorderte.

Ein Begleiter des Getöteten berichtete: "Dort wartete schon eine Horde Türken auf uns. Daniel wollte sie beruhigen. Als die Tür aufging, ging er als erster raus. Sie fielen sofort über ihn her, traten immer wieder auf seinen Kopf ein. Ein anderer Teil der Gruppe stürmte den Bus, schubste und riß uns raus, schlug draußen auf uns ein."

Die Anklage ging zunächst davon aus, daß der Haupttäter "mit menschenverachtendem Vernichtungswillen" vorgegangen war. Er habe "aus vollem Lauf heraus mit einer Sprungbewegung wie ein Kickboxer gegen den hinteren Oberkörper seines Opfers getreten", worauf dieser gegen den Bus prallte und besinnungslos zu Boden ging. Trotzdem soll der Täter noch weiter auf ihn eingetreten haben.

Die Nachricht raste durch das Internet. Die etablierten Medien mußten reagieren. In den Mittelpunkt stellten sie die Tragik eines "Streitschlichters" gemäß dem Muster: Zwei Parteien zanken sich, ein Einzelner will vermitteln, zieht damit eine aggressive Gruppendynamik auf sich, ein tödliches Verhängnis nimmt seinen Lauf. Eine norddeutsche West-Side-Story halt. Ein Presse-Zitat: "Vorangegangen war ein Streit unter einzelnen Businsassen, wie er immer mal passiert unter jungen Leuten." Das klang beinahe gemütlich. "Sind halt so, die jungen Leut!", heißt es zum Ende des "Rosenkavaliers".

Tatsächlich wurde die Anklage wegen Mord oder Totschlag fallengelassen, der Sprecher der

Staatsanwaltschaft klang jetzt anders: "Das Opfer hat dann beim Aussteigen, als diese Auseinandersetzung weiterging, versucht zu schlichten. Und während dieses Schlichtungsversuches - so ist die Ermittlungslage - ist er hinterrücks angegriffen worden und dabei eben zu Fall gekommen; mit den Verletzungen, die zum Tode geführt haben."

Der physische Angriff einer ethnisch definierten Gruppe auf eine andere, indigene Gruppe wurde vom politisch-medialen Komplex als "rechte" beziehungsweise "Nazi-Phantasmagorie" abqualifiziert. Auf einer rasch anberaumten Kundgebung vor Ort wurde "ein eindrucksvolles Zeichen gegen Gewalt und für Toleranz gesetzt: 'Weyhe ist bunt!' ... Dem rechten Spektrum ließen die Bürger keinen Raum - im Wortsinn", freute sich die Lokalpresse.

Ein "Runder Tisch gegen Rechts - für Integration" erließ den Aufruf "Haß und Fremdenfeindlichkeit haben in Weyhe keinen Platz: Gegen den Mißbrauch des Gedenkens an Daniel S. durch Rechtsextreme!" Der Leiter des Tisches, ein Pfarrer, erklärte: "Unsere Gesellschaft wird bereichert durch fremde Kulturen und Restaurants, durch die man den Urlaub ein Stück weit retten kann." Wer Probleme mit Ausländern behauptete, "der lügt, der betreibt geistige Brunnenvergiftung".

Für Pirinçci war das der zynische Versuch, "den rassistischen Hintergrund des Mordes aus dem Blickfeld" zu verbannen. Daniel S. sei das neueste von zahlreichen Opfern "eines veritablen Bürgerkrieges", geführt "zumeist von jungen Männern moslemischen Glaubens" gegen junge deutsche Männer, und zwar durch "in immer kürzeren Abständen erfolgende Bestialitäten". Vom Islam wüßten die Täter - "zum Glück" - nur wenig, aber das Wenige genüge, "um sich als 'Masters of Universe' zu fühlen".

Pirinçci präparierte das anthropologische Muster heraus: "Eine Gruppe oder die herbeitelefonierte Kumpelschar umstellt das Opfer nach der Jagdstrategie von Wölfen, wobei die Delta- und Betatiere stets außen herum laufen und für das einschüchternde Jagdgeheul sorgen und das Alphatier nach und nach von der Beute Stücke abzubeißen beginnt, bis am Ende alle über sie herfallen und hinrichten." Es handele sich um einen "beispielhaften evolutionären Vorgang, ... nämlich um den Genozid an einer bestimmten Gruppe".

Der "Genozid" war ein polemischer oder metaphorischer Überschuß, während der "Bürgerkrieg" im Sinne von Hans Magnus Enzensbergers "molekularem Bürgerkrieg" treffend war. Typischerweise behandelte der politisch-mediale Komplex den Text als einen Skandal, der die Tötung, auf die er sich bezog, an Furchtbarkeit weit überwog. Ein Redakteur von Radio Bremen, Jochen Grabler, nannte Pirinçci einen "neuen rassistischen Haßprediger", einen "Volksverhetzer, beseelt von Goebbelsscher Perfidie": Pawlowsche Reflexe, die den linksgrün konditionierten Medienschaffenden die Reflexion ersparen.

Die von Pirinçci erwähnte Evolution bezeichnet die stammesgeschichtliche Entwicklung und Ausdifferenzierung von Lebewesen, die sich auf die Biologie, die Psychologie, Soziologie, Ethnologie und auch Ideologie erstrecken. Es geht um die Anpassung an die Umweltbedingungen. Zu diesen gehört auch das gesellschaftspolitische Fluidum, das die Öffentlichkeit - Pirinçci sprach vom "Biotop" - transzendiert.

Die Individuen - so auch die "Masters of Universe" - nehmen es durch ihre "soziale Haut" (Elisabeth Noelle-Neumann) in sich auf. Den Haupttäter soll es am Tatabend zu der Ansage animiert haben: "Einer wird diese Nacht nicht überleben."

Dazu schreibt Pirinçci: "Zunächst einmal ist der sogenannte Migrant in den letzten dreißig Jahren durch eine beispiellose und pathologische Umkehrung der Werte im öffentlichen Diskurs das Objekt der Vergottung geworden, er ist ganz im gegenständlichen Sinne mehr wert als der Einheimische. Selbst seine archaischen und menschenverachtenden Sitten ... sind sakrosankt und blind zu akzeptieren."

Die dialektische Kehrseite ist "der Selbsthaß und die moralische Degeneration" der Deutschen. "Sie sind mittlerweile zu einem Haufen von Duckmäusern pervertiert, die unter der

linksgrünen Gesinnungsdiktatur in völliger Furcht um ihr gesellschaftliches Ansehen, inzwischen auch um ihre Existenz nichts mehr politisch Unkorrektes zu sagen wagen, schon gar nicht würden sie dafür demonstrieren", weil "das voll nazi ist".

Auch der Tote wurde im Internet posthum als Nazi attackiert. Bild veröffentlichte einige Facebook-Einträge von der Art: "Ein Bastard Nazi weniger in Weyhe das ist ja suppii", oder: "... es ist nur eure dreckige Art die uns zwingt mit euch so was zu machen ihr Nazis". Die Einträge stammten offensichtlich von Türken, doch sie hatten bloß kopiert und vergrößert, was bundesdeutsche Schulen, Medien, sogenannte Experten und Politiker ständig verbreiten. Auch Propagandisten und Nutznießer der "bunten" Gesellschaft sind nicht gänzlich frei von kognitiven Dissonanzen, wenn zertretene Hirnschalen und abgehackte Gliedmaßen als Kollateralschäden anfallen. Die Disharmonie bleibt ihnen erspart, wenn der Nachweis gelingt, daß es ein "Nazi" war, der so grob verabschiedet wurde.

In der Regel kollidiert der konkrete Fall mit der Nazi-Pauschalierung. So auch hier, weshalb der SPD-Bürgermeister sich auf der Kundgebung berechtigt fühlte klarzustellen: "Daniel S. war, nach allem was ich weiß, ein guter Junge. Und er war ganz sicher kein Nazi."

Die Abgründigkeit der Aussage ausgerechnet in diesem Kontext ging dem Redner gar nicht auf. Was hätte er wohl gesagt, wenn der Tote nach seinen Maßstäben kein "guter Junge" gewesen und eben doch ein "Nazi" gewesen wäre - was ja längst ein beliebiger Sammelbegriff für Oppositionelle, Kritiker, Quer- und Selberdenker aller Art ist? Müssen Bürger sich das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit durch Wohlverhalten und regierungskonforme Gesinnung erst verdienen?

In solchen kommunikativen Mißgriffen offenbaren sich die Abgründe der bundesdeutschen Staats-Ideologie, die Botho Strauß im "Anschwellenden Bocksgesang" - genau 20 Jahre vor Pirinçi - schon angedeutet hatte. Es zögen Konflikte herauf, "die sich ökonomisch nicht mehr befrieden lassen, bei denen es eine nachteilige Rolle spielen könnte, daß der reiche Westeuropäer sozusagen auch sittlich über seine Verhältnisse gelebt hat ..." Weil nämlich "die Geschichte nicht aufgehört hat, ihre tragischen Dispositionen zu treffen, kann niemand voraussehen, ob unsere Gewaltlosigkeit den Krieg nicht bloß auf unsere Kinder verschleppt". Als der Essay Anfang Februar 1993 im Spiegel erschien, war Daniel S. fünf Jahre alt.

Zu den bundesdeutschen Varianten sittlicher Hybris gehört die "Willkommenskultur". Denn ihr liegt ein Mißverständnis zugrunde, das Carl Schmitt in den Satz faßte: "Es wäre tölpelhaft zu glauben, ein wehrloses Volk habe nur noch Freunde, und eine krapulose Berechnung, der Feind könnte vielleicht durch Widerstandslosigkeit gerührt werden ..."

Diese wird vielfach als Zeichen der Schwäche wahrgenommen und als Chance begriffen, immer mehr zu fordern. In einem Punkt sind die Ereignisse über Pirinçi hinweggegangen. Er meinte, daß nach dem evolutionären Gesetz keine Frauen getötet würden und es bei den Vergewaltigungen bliebe.

Zu dem im öffentlichen Raum wabernden Fluidum zählen die Verlautbarungen von Parlamentsabgeordneten, Partei-, Verbands- und Stiftungsfunktionären, Bundesbeauftragten, Kulturpreisträgern und Journalisten, die kürzlich in dieser Zeitung unter der Überschrift "Ich hasse Weiße" zusammengetragen wurden (JF 11/23). Über religiöse, nationale und Geschlechtergrenzen hinweg waren Anetta, Aydan, Deniz, Ferda, Hengameh, Hasnain, Malik, Mohamed, Timon, Walid usw. sich einig im Hohn über "Kartoffeldeutsche", über die "deutsche Drecks-kultur", die "jenseits der Sprache nicht zu identifizieren" und höchstens eine "Halskrankheit" sei, weshalb "Bomber Harris" ein "Thanks" gebühre.

Weil nach 1989 trotzdem "ein Drittel des Staatsgebiets weiß blieb", gehöre es "aufgelöst" und sei der "Abgang der Deutschen ein Völkersterben von seiner schönsten Seite", wobei selbige - ein "Hundeclan" - "bei diesem leidvollen Prozeß lediglich Zaungäste" sein würden. Der Stimmenchor glich dem Heulen des Jagdrudels, das die waidwunde Beute umkreist. Daß An-

gehörige der "Kötterrasse" darin einstimmen, indem sie Zielvorgaben, Stichworte und Rechtfertigungen liefern, gehört zu den Besonderheiten in einem evolutionären Prozeß, der nicht mehr von primitiven zu komplexen, sondern von komplexen zu primitiven Formen führt.

Akif Pirinccis Text "Das Schlachten hat begonnen" steht für eine Gegentendenz: Ein "Deutsch-Türke" hatte den Mut, die Einsicht, die Empathie und Sprachkraft, diesen mehr denn je aktuellen, irgendwann vielleicht klassischen Text über den Zustand der altersmüden Bundesrepublik zu verfassen und zu veröffentlichen.

Akif Pirincci: Akif auf Achse. "Das Schlachten hat begonnen" und andere Texte. Verlag Antaios, Schnellroda 2016, ... 232 Seiten ...

Botho Strauß: Die Expedition zu den Wächtern und Sprengmeistern. Kritische Prosa. Hamburg 2020, ... 320 Seiten ...

Michael Wiesberg: Erinnerung als Dichterpflcht: 25 Jahre "Anschwellender Bocksgesang" von Botho Strauß . Erträge 6 der Schriftenreihe der Bibliothek des Konservatismus, Berlin 2018, ... 106 Seiten ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 13/23" berichtete am 24. März 2023 (x1.387/...): >>Trojanisches Pferd "antimuslimischer Rassismus"

Wachsender islamischer Einfluß

Den Zusammenhalt westeuropäischer Gesellschaften sieht die Ethnologin Susanne Schröter, die das Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam leitet, nicht durch das vielfältige, quantitativ aber kaum ins Gewicht fallende Spektrum von Muslimen bedroht, die sich als "Kulturmuslime", Atheisten, Liberale oder sogar als "Queere" verstehen.

Gefährlich seien vielmehr die durch Masseneinwanderung an Zulauf gewinnenden fundamental-islamistischen Milieus, die eine bewußte Opposition gegen die sie umgebende Mehrheitsgesellschaft kultivieren, den westlichen Säkularismus als gottlos strikt ablehnen, liberal oder spirituell eingestellte Glaubensgenossen als Häretiker verfolgen und in ihrem Haß auf den Westen Terroranschläge durchführen oder gutheißen.

Akteure dieses politischen Islam versuchen seit vielen Jahren, Programme innerhalb der EU zu lancieren, um ihre Gegner aus dem öffentlichen Diskurs zu eliminieren. So sei es vermutlich der Muslimbruderschaft angehörenden Akteuren einer Erdogan-nahen türkischen Stiftung gelungen, "Islamismuskritiker zusammen mit Rechtsradikalen" in den mit EU-Mitteln geförderten "European Islamophobia Report" aufnehmen zu lassen.

Ein noch größerer Erfolg, so Susanne Schröter, sei die feste Verankerung des demagogischen Begriffs "antimuslimischer Rassismus" im politischen und medialen Sprachgebrauch, wobei sich vor allem die Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen und Kirchen als fruchtbar erwiesen habe, die sich den Kampf gegen den vermeintlich omnipräsenten "Rassismus" auf ihre Fahne geschrieben haben (Zeitzeichen, 2/2023).<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 13/23" berichtete am 24. März 2023 (x1.387/...): >>Migration mit tödlicher Nebenwirkung

Der Soziologe Ruud Koopmans analysiert die in völlig falschen Bahnen verlaufende Asylpolitik seit 2015 und warnt, daß der deutsche Moralabsolutismus in dieser Frage maßgeblich zur weiteren Spaltung Europas beitragen wird

Michael Paulwitz

Ruud Koopmans hat es wieder getan. Mit "Die Asyl-Lotterie", seiner Bilanz des "todkranken" europäischen Asylregimes, landet der Autor von "Das verfallene Haus des Islam" einen weiteren Faustschlag in die Magenrube der etablierten Migrationsenthusiasten und Multikulturalisten.

Der Hieb ist um so schmerzhafter, als er von einem kommt, der eigentlich einer der "ihren" sein müßte: Der Niederländer Ruud Koopmans ist Soziologe, er ist mit einer Kurdin aus der Türkei verheiratet und war Mitglied der niederländischen Grünen, jedenfalls bis deren aus

Marokko stammender Fraktionschef 1994 für ein Verbot von Salman Rushdies "Satanischen Versen" plädierte; er ist Professor für Soziologie und Migrationsforschung am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität, Vorsitzender des Kuratoriums des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) in Berlin und forscht zur Integration und Assimilation von Migranten.

Koopmans weiß also, wovon er spricht, wenn er die Merkelsche "Wir schaffen das Willkommenspolitik" für gescheitert und die hierzulande und auf EU-Ebene betriebene Asylpolitik zur "tödlichsten der Welt" erklärt. Er meint das im Wortsinn. Todbringend nicht nur für Migranten - 70 Prozent aller Menschen, die weltweit während Wanderungsbewegungen sterben, kommen nach UN-Zahlen auf dem Weg nach Europa ums Leben, 25.000 seit 2015 auf dem Mittelmeer.

Tödlich aber auch für die einheimische Bevölkerung: 2.000 Opfer von Mord- und Totschlagsdelikten, davon 300 vollendete, und 3.000 Vergewaltigungen mit Flüchtlingen als Tatverdächtigen verzeichnet die Statistik in Deutschland allein für die Jahre 2017 bis 2020. Opfer, die vermeidbar gewesen wären, konstatiert Koopmans, hätten wir eine andere Flüchtlingspolitik gehabt.

Denn es ist das europäische Asylsystem, das Millionen Menschen dazu einlädt, gefährliche Migrationswege auf sich zu nehmen, weil sie wissen: Wer es einmal über die Grenzen der EU geschafft hat, der kann praktisch immer auch bleiben. 2,5 Millionen sind seit 2015 als Asylbewerber in die EU gekommen, die meisten nach Deutschland; jeder zweite wurde trotz großzügiger Auslegung nicht anerkannt und durfte trotzdem bleiben, vor allem im Hauptzielland Deutschland begünstigt es.

Dieses Asylsystem fordert nicht nur "mehr Menschenleben, als es rettet"; weil das entscheidende Kriterium das Überschreiten der EU-Außengrenze ist, bevorteilt es die Starken, Durchsetzungsfähigen, Begüterten, die sich teure Schlepper leisten und per Identitätsverschleierung Aufenthalt und Leistungen erschleichen können, während es den Schwächsten und am meisten Hilfebedürftigen keine Chance läßt.

Durch seine Passivität und den Verzicht auf aktive Steuerung und Auswahl liefert sich dieses System den Zwängen und Wechselfällen der geographischen und weltpolitischen Lage und der Erpressung durch die Machtspiele benachbarter Autokraten aus.

Knapp und anschaulich erinnert Koopmans an die Genese der Migrationskrise seit 2015: Umbruch und Chaos im Mittelmeerraum nach dem "Arabischen Frühling" und den gezielten Einsatz der Migrationswaffe durch den türkischen Präsidenten Erdogan und den weißrussischen Machthaber Lukaschenko.

Weil der hehre Anspruch dieses Asylrechts, jedem ein individuelles Asylverfahren zu gewähren, der an seine Türen klopft, in der Praxis nicht zu halten ist, delegiert das System das Problem an die Ränder, läßt zugleich aber die Staaten an den Außengrenzen damit weitgehend alleine. Gleichwohl überfordert die zufällige Zusammensetzung der Asilmigranten, deren Zustandekommen die Falschen begünstigt, die Aufnahmegesellschaften, die deutsche zumal, und verhindert erfolgreiche Integration, während Kriminalität und Terrorgefahr aus dem Ruder laufen.

Das führt unvermeidlich in die Spaltung Europas, maßgeblich vorangetrieben durch den doppelemoralischen deutschen Moralabsolutismus. Der Brexit, den auch Koopmans vorrangig auf das Asylchaos nach 2015 zurückführt, war nur der Anfang von den Verwerfungen im politischen System zu schweigen.

Koopmans untermauert diese Thesen mit harten Fakten. Seine Kapitel über Arbeitsmarktintegration, Terrorgefahr und Zuwandererkriminalität fassen die Lage sachlich, illusionslos und erschöpfend zusammen; die Graphiken und Tabellen, die er zu Beschäftigungs-, Sozialhilfe- und Kriminalitätsquoten erstellt hat, sollte sich jeder Innenpolitiker an den Schreibtisch hef-

ten.

Migration schafft nur dann demographische Entlastung, wenn Zuwanderer mehr zu den Sozialsystemen beitragen, als sie beanspruchen; die Asylzuwanderung bewirkt das katastrophale Gegenteil. Koopmans setzt den Anteil der Leistungsbezieher in Relation zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der jeweiligen Gruppe; die Quote ist bei Zuwanderern aus den acht wichtigsten Asylherkunftsländern zwanzigmal höher, bei sonstigen Ausländern immer noch achtmal höher als bei deutschen Staatsangehörigen.

Die bekannten Zahlen zum hohen Anteil von Asylzuwanderern und Flüchtlingen an Raub-, Sexual- und schweren Gewaltdelikten, der jeweils ein Vielfaches des Bevölkerungsanteils beträgt, ergänzt Koopmans um entsprechende Zahlen für Chemnitz und Sachsen, wo der Anteil aufgrund der Bevölkerungsstruktur sogar noch höher liegt. Dem unkooperativen Bundeskriminalamt verweigert er übrigens ausdrücklich die Danksagung.

Gängige Mythen, die die miserable Bilanz der Asylzuwanderung mit "Rassismus" oder fehlendem Arbeitsmarktzugang erklären wollen, widerlegt

Koopmans schlüssig anhand der Zahlen: Dafür gibt es schlicht keine Belege. Es liegt nicht an etwaiger falscher "Integrationspolitik", wenn Zuwanderer in Arbeitsmarkt und Gesellschaft nicht integrierbar sind, sondern an Struktur und Zusammensetzung der Zuwanderung. Das zeige sich nicht zuletzt an der besseren Aufnahme und Eingliederung ukrainischer Kriegsflüchtlinge, die seit dem Angriff Rußlands in die Staaten der EU strömen.

Konsequent plädiert Koopmans für eine steuernde Auswahl sowohl von Flüchtlingen als auch von Arbeitsmigranten. Er favorisiert das "australische Modell": Vollständige Unterbindung illegaler Migration bei gleichzeitiger Gewährung großzügiger Kontingente und Verlagerung der Auswahlprozesse in Herkunfts- oder Drittländer. Ansätze hierzu sieht er zum Beispiel in Dänemark und Großbritannien. Bei Fluchtbewegungen vor der eigenen Haustür wie aktuell aus der Ukraine solle die Kontingentaufnahme aus außereuropäischen Ländern ganz ausgesetzt werden.

Ein Patentrezept hat Koopmans nicht. Einige Denkansätze spart er ganz aus, etwa die Frage, wie durch Remigrationsprogramme der Anteil nicht integrationswilliger und -fähiger Migranten reduziert werden könnte. Daß "Rücknahmeabkommen", die im Gegenzug zu Aufnahmekontingenten für legale Arbeitsmigration durchgesetzt werden könnten, nur begrenzte Wirkung haben, räumt er selbst ein.

Dennoch zeigt Koopmans mögliche Auswege aus den von Ideologie und Moralismus vergifteten Denkblockaden der Migrationspolitik. Vor allem aber hat er mit seiner nüchtern argumentierenden und mit allen wichtigen Zahlen und Fakten untermauerten Bilanz eine Grundlage geschaffen, an der die überfällige Debatte um eine Reform der Migrations- und Flüchtlingspolitik nicht vorbeigehen kann. In anderen europäischen Ländern ist diese Debatte längst in vollem Gange. Deutschland hat einiges an Verspätung aufzuholen; Koopmans' Bilanz hilft dabei auf die Sprünge.

Ruud Koopmans: Die Asyl-Lotterie. Eine Bilanz der Flüchtlingspolitik von 2015 bis zum Ukrainekrieg. Verlag C.H. Beck, München 2023, ... 269 Seiten ... <<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 13/23" berichtete am 24. März 2023 (x1.387/...): >>>**Kalifat oder panarabischer Nationalismus**

Hamed Abdel-Samad hat eine kritische Geschichte des Islam vorgelegt: Daß goldene Zeiten reicher Kultur und Toleranz zurückkehren, dürfte durch das Gewicht orthodoxer Islamisten unwahrscheinlich sein

Erik Steinberg

Etwa sechs Millionen Muslime leben mittlerweile in Deutschland. Durch einen weiteren Zustrom von Einwanderern aus dem muslimischen Kulturraum zwischen Hindukusch und dem Maghreb überqueren monatlich Tausende die deutsche Staatsgrenze.

Welche Auswirkungen das für Deutschland und den europäischen Kontinent haben könnte, zeigt die Geschichte des Islams. Und diese ist gespalten: In seinem Buch präsentiert Hamed Abdel-Samad so zum einen die Hochzeit des Islams, in der Friede und Toleranz das Zusammenleben der Religionen bestimmte, als auch die Zeit grausamer Kalifen, in der Andersgläubige unterjocht oder getötet wurden.

Dabei ist der Islam schon seit seiner frühen Zeit durch andere Religionen und Kulturen geprägt. Wie der Glaube im arabischen und europäischen Raum dabei zutage trat, hing jedoch schon immer mit den politischen und gesellschaftlichen Umständen zusammen. Das machte es bereits dem Propheten Mohammed schwer. Als dieser zu Beginn seiner religiösen Karriere versuchte, die neuartigen Glaubenslehren im damals noch polytheistisch geprägten Mekka zu verbreiten, fand er kaum Gehör.

Als einer unter vielen Predigern zurückgewiesen, verstand er laut Abdel-Samad schnell, daß politische Macht der Schlüssel seines Erfolges sein würde. Nach dem Auszug von Mekka nach Medina im Jahre 622 baute er daher nicht nur die Zahl seiner Anhängerschaft aus. Aus den Lehren des Propheten entstand durch unzählige Regelungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens im Koran auch ein eigenes Staatssystem. Das arabische Reich, das daraus erwuchs, bekam durch den Islam nicht nur eine Legitimation, sondern gleichzeitig auch einen Gründungsmythos.

Während der Anfangstage des Islam wurden jedoch vordergründig die politischen Machtverhältnisse anstelle religiöser Lehren in die mit dem Schwert eroberten Gebiete importiert. Vorbilder fand das noch kleine Araberreich in den Großreichen Persien und Byzanz, die man nicht nur bekämpfte, sondern auch kopierte. Erst später, als sich aus den losen Lehren eine eigene Religion formierte, rückte diese stärker in den Mittelpunkt der Kalifenherrschaft, so Abdel-Samad.

Fortan zeigten sich vor allem zwei Ausprägungen des Islams: tolerant und florierend sowie abgeschottet und dogmatisch. Immer dann, wenn orthodoxe Kräfte an der Spitze des Reiches walteten, bedeutete das Einschränkungen für Christen und Juden, die Abkehr von "nichtislamischem Denken". Gemeint war damit etwa die Förderung von Philosophie, Musik und Tanz, aber auch Wirtschaft und Wissenschaft. Einzig während der Blütezeit des Islam, während der Regentschaft der Abbasiden zwischen 750 und 1250, konnte sich das Zusammenleben frei entfalten - und beeinflusste durch Rückbesinnung auf griechische Gelehrte sogar die europäische Aufklärung.

In den muslimischen Staaten selbst fand diese jedoch nie statt. Noch heute wettern radikale Prediger gegen den aufgeklärten Westen. Auf die moderne Welt habe der Islam laut Abdel-Samad bisher nur zwei Antworten parat: Zum einen die Rückkehr zum Ursprung und damit die Wiederherstellung des Kalifats sowie die Hinwendung zur Ideologie eines panarabischen Nationalismus.

Die Romantisierung dessen führe nach Abdel-Samad nicht nur zum Islamischen Staat und extremistischen Dschihad-Kämpfern, sondern auch zu totalitären Regenten wie Erdogan. Ein säkularer Staat hat sich im arabischen Raum bis heute nicht formiert. Nach 1918 verpaßte man es, moderne Nationalstaaten zu gründen.

Der gebürtige Ägypter umreißt, was das für Deutschland bedeutet. So richten sich auch heutige Salafisten noch nach den strengen Dogmen vergangener Kalifatzeiten. Indem sie Flüchtlingshilfe leisten oder predigen, verteilen sie altes Gedankengut in den Köpfen anderer Muslime. Einen noch viel stärkeren Einfluß hat der politische Islam in Form von Organisationen wie Dittib, die vor allem konservativ-orthodoxe Prediger in die Moscheen entsenden.

Ein echtes Geheimrezept, was in den nächsten Jahren passieren muß, um das Zusammenleben zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen zu verbessern, hat der Religionskritiker nicht. Allerdings betont er, daß der Islam seine Hochzeit in Zeiten von Toleranz und Frieden fand,

nicht jedoch in Abgrenzung und Verteufelung alles Fremden. Daß sich die Religion in diese Richtung liberalisieren könnte, scheint jedoch aufgrund orthodox geprägter arabischer Staaten aktuell eher unwahrscheinlich.

Hamed Abdel-Samad: Islam. Eine kritische Geschichte. dtv Verlagsgesellschaft, München 2023, ... 320 Seiten ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 27. März 2023: >>**Ausländische Tatverdächtige: Kriminalität explodiert**

Von *Sven Eggers*

Eine große Mehrheit der Deutschen fordert, die Zuwanderung zu begrenzen. Die Politik ignoriert das. Dabei explodiert die Kriminalität. ...

Eine aktuelle Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Allensbach bringt es an den Tag: 86 Prozent der Bundesbürger sprechen sich für Regeln und Kontrollen bei der Migration aus, etwa durch ein Zuwanderungsgesetz. Eine Mehrheit von 59 Prozent, im Osten der Republik bis zu 70 Prozent, hält es für unmöglich, weitere Fremde bei uns aufzunehmen.

Ausländerkriminalität steigt stark

Die Sorgen der Menschen sind mehr als berechtigt. Soeben hat das Innenministerium die neue Polizeiliche Kriminalstatistik für 2022 vorgelegt. Danach hat die Zahl der Straftaten in der BRD deutlich zugelegt. 5,623 Millionen Straftaten wurden im vergangenen Jahr registriert, 11,5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Von etwa zwei Millionen Tatverdächtigen besaßen 783.876 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Das ist eine Zunahme von 22,6 Prozent gegenüber 2021. Die Zahlen fielen noch krasser aus, beachtete man die Vornamen der Tatverdächtigen und nicht allein den Paß.

Als Tatverdächtige werden in der Statistik ferner auch 310.062 Zuwanderer aufgeführt (plus 35 Prozent). Das sind Personen mit dem Aufenthaltsstatus "Asylbewerber", "Schutzberechtigter", "unerlaubt aufhältig" und "geduldet".

Manuel Ostermann, stellvertretender Vorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft, äußerte sich gegenüber Reportern der Bild: "Auch im Zusammenhang mit der Migrationskrise wird das Problem steigender Gewalttaten deutlich. Die Statistik spricht da eine erschreckende aber deutliche Sprache."

Ohne Zuwanderungsbeschränkung ist keine Besserung zu erwarten. Wie dramatisch die Lage ist, verdeutlichen die nüchternen Zahlen: Zum Zeitpunkt der bundesdeutschen Wiedervereinigung im Jahre 1990 lebten hierzulande 5,6 Millionen Ausländer (vor allem im Westen). Heute haben wir es mit dem Vierfachen zu tun - wobei man zur Vertuschung amtlicherseits nicht mehr von Ausländern, sondern eben von Menschen mit Migrationshintergrund spricht. Etwa die Hälfte davon hat bereits deutsche Pässe bekommen.

Es werden immer mehr

Und ein Ende der verheerenden Entwicklung ist nicht abzusehen. 57 Prozent der BRD-Bürger sorgen sich laut aktueller Allensbach-Umfrage, daß die Zahl der Migranten weiter ansteigen könnte und sind entsprechend beunruhigt. Mehr als 50 Prozent haben Probleme bei der Unterbringung von Ausländern mittlerweile selbst erlebt, also mit eigenen Augen gesehen.

Laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes hatten 2021 bereits 27,2 Prozent der Bürger in der Bundesrepublik einen Migrationshintergrund, das entspricht 22,3 Millionen. Ein Plus von zwei Prozent oder 1,4 Millionen gegenüber dem Vorjahr - das entspricht der Einwohnerzahl von München.

Es brennt an allen Ecken und Enden: Osdorfer Born und Steilshoop in Hamburg, das Bahnhofsviertel in Frankfurt am Main, Dortmunder Nordstadt, Düsseldorf-Garath, Duisburg-Marxloh, Essen-Altendorf, Bremen-Huchting, München-Neuperlach: Wir werden zu Fremden im eigenen Land. Die Frage nach Integration stellt sich dort schon gar nicht mehr.

Oder die Sonnenallee, eine verrufene, arabisch geprägte Meile in Berlin-Neukölln. Auch hier

trugen sich zuletzt Gewaltexzesse zu. Die Neue Zürcher Zeitung: "Die Sonnenallee ist eine Welt für sich. Fast alle Frauen tragen Kopftuch, es sind viele Männer auf der Straße, sie gehen Geschäften nach, Bargeldbündel werden übergeben. Zur bürgerlichen deutschen Gesellschaft scheint es keine Schnittstelle zu geben."

Das Märchen der Herrschenden, ein ungebremsster Zuzug von Menschen aus teils fremden Kulturkreisen mildere den Fachkräftemangel, glaubt denn auch eine Mehrheit der Deutschen nicht mehr. Zwei Drittel der von Allensbach Befragten gehen vielmehr davon aus, daß weniger gut qualifizierte Menschen zuwandern. Ganze 10 Prozent nehmen übrigens an, daß die regierende SPD in Sachen Zuwanderung gute Lösungen finden werde.

Kein Gegensteuern der Politik

Viele Deutsche registrieren diese Zustände mit Fassungslosigkeit und fragen sich, warum die Regierenden das Desaster nicht erkennen, nicht gegensteuern, sondern es immer weiter verschlimmern. Wie ist es möglich, daß die Folgen einer verfehlten Migrationspolitik verschwiegen oder tabuisiert werden, wenn sie doch so offensichtlich sind? Eigentlich kann es darauf nur eine Antwort geben: Das Chaos ist gewollt.

Und was macht Innenministerin Faeser? Sie treibt Einbürgerungserleichterungen voran. So sollen Kinder von ausländischen Staatsangehörigen automatisch den deutschen Paß erhalten, sofern zumindest ein Elternteil sich länger als fünf Jahre in Deutschland aufhält. Erwachsenen will Faeser die deutsche Staatsbürgerschaft nach fünf, unter bestimmten Umständen gar nach drei Jahren zuschanzen, bislang ist dies nach acht Jahren möglich. Auch der Weg zur Doppelstaatsangehörigkeit wird für Ausländer immer unkomplizierter.

Als am 4. September 2015 die Grenzen geöffnet wurden, gab es kein Halten mehr. Die Bundeskanzlerin hatte mit ihrer einsamen Entscheidung dafür gesorgt, daß eine wahre Asyl-Flut über uns hereinbrach und auch ganz Europa in den Sog gezogen wurde.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 14/23" berichtete am 31. März 2023 (x1.387/...): >>>Bedroht und verspottet

In den Schulen zeigt sich die dramatische Kehrseite der Multikulti-Gesellschaft

Thorsten Hinz

Die multikulturelle Gesellschaft ist hart, schnell, grausam und wenig solidarisch, sie ist von beträchtlichen sozialen Ungleichgewichten geprägt und kennt Wanderungsgewinner ebenso wie Modernisierungsverlierer; sie hat die Tendenz, in eine Vielfalt von Gruppen und Gemeinschaften auseinanderzustreben und ihren Zusammenhalt sowie die Verbindlichkeit ihrer Werte einzubüßen."

Dieser Satz, hart wie ein Hammerschlag, findet sich im Aufsatz "Wenn der Westen unwiderstehlich wird", erschienen 1991 in der Zeit. Die Verfasser, die Alt-68er Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid, waren damals im Dezernat für "Multikulturelle Angelegenheiten" in Frankfurt am Main tätig. Sie romantisierten den Multikulturalismus nicht, im Gegenteil, nur hielten sie ihn als Folge der Einwanderung für unabwendbar. Zugleich fanden sie es unstatthaft und sinnlos, der Massenmobilität aus armen Ländern Steine in den Weg zu legen.

Eine kluge Politik würde vielmehr die materielle Attraktion, die der Westen ausübt, auf sein Wertgefüge übertragen und auch dieses unwiderstehlich machen. So entstünde trotz kultureller Verschiedenheit eine neue gesellschaftliche Stabilität, die den "ethischen Normen unserer Zivilisation" und "der republikanischen Tradition der europäischen Moderne verpflichtet" bliebe.

30 Jahre später ist die Anziehungskraft westlicher Wohlstandszonen ungebrochen; zusätzlich ist die deutsche Saugpumpe im Dauerbetrieb. Die ethnisch-kulturelle Zusammensetzung der Gesellschaft verändert sich unerbittlich. Das neue Regelwerk, das sich etabliert, hat mit zivilisatorischen Verbindlichkeiten und republikanischen Normen jedoch wenig zu tun. Hier wird nichts diskursiv ausgehandelt, sondern es gilt das Recht des Stärkeren.

Der messer- und machetenschwingende "Mann" wird zur Signatur einer neuen Wirklichkeit. Das Totschlagen und Verletzen vieler Einzelner kann nicht mehr als die Abfolge zufälliger Exzesse abgetan werden. Sie werden als molekulare Machtdemonstrationen wahrgenommen, die durch ihre Massierung zur Demoralisierung, Desintegration und Asozialisierung der Gesellschaft führen.

Das hat auch Rückwirkungen auf die staatlichen Institutionen. Die Sehschärfe, mit der Ordnungs-, Sozial- und Finanzämter, die Polizei und Justiz indigenen Deutschen auf die Finger schauen, wird bei einschlägigen Migrationshintergründern oft bis zur Blindheit herabgedimmt. Selbst überführte Vergewaltiger haben den Gerichtssaal schon in Siegerpose verlassen. Gewiß spielt die Furcht der Amtsträger, die archaische Härte und Grausamkeit des fortschreitenden Multikulturalismus könnte auch sie ereilen, dabei eine Rolle.

So werden Polizisten, die gegen Straftäter aus dem Migrantenmilieu vorgehen, häufig in Windeseile von einer aggressiven Meute umringt. Am intensivsten sind die Schäden dort, wo der demographische Hammer der alternden Gesellschaft am härtesten zuschlägt: bei deutschen Schülern, die in vielen Gegenden schon zur Minderheit geworden sind. Aus Kleinfamilien stammend, haben sie gegen die Alterskohorten aus muslimischen Großfamilien keine Chance. Ihr Leiden an den körperlichen und verbalen Attacken spielt sich im Verborgenen ab.

Der Brandbrief, den Lehrer der Berliner Rütli-Schule 2006 veröffentlichten, oder der Artikel "Deutschenfeindlichkeit an Schulen", den die Zeitung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) vor 14 Jahren veröffentlichte, sind Ausnahmen und ohne durchgreifende Folgen geblieben.

In der GEW-Zeitung war damals zu lesen, daß von deutschen Schülern "vor allem der Aufenthalt auf dem Schulhof zuweilen als ein Spießrutenlaufen mit diversen Beschimpfungen erlebt wird". Sie würden bedroht, gemobbt, verspottet. Es sei ein "Machtspiel, bei dem die eigentlich privilegierte Gruppe diese Privilegien durch die Mehrheitsverhältnisse verloren hat". Die Täter seien grundsätzlich feindlich gegenüber Leistungsbereiten und Regelkonformen eingestellt. Im Klartext: Es hat sich dort eine ethnische Hierarchie aufgebaut, in der die "Schweinedeutschen", "Schweinechristen", "deutschen Kartoffeln" unten rangieren und eine soziale und intellektuelle Negativauslese oben steht.

Nichts hat sich seitdem gebessert. Der Begriff "Mobbing" verfehlt die ethnische und religiöse Qualität, die Quantität und Intensität des Vorgangs. Gerade wurde im schleswig-holsteinischen Heide eine 13jährige Deutsche über Stunden von anderen Mädchen gepeinigt. Die Beteiligung deutscher Kinder und Jugendlicher an derartigen Übergriffen ist die evolutionäre Anpassung an das Mehrheitsrudel.

Die 2010 durch Suizid geendete Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig berichtete im Buch "Das Ende der Geduld", daß auch Lehrer sich vor aggressiven Schülern aus dem Einwanderermilieu fürchten. Die Väter stellen die "Ehre" der Familie über alles, auch über das Gesetz; sie pochen auf eine deutsche Bringschuld und haben den Rassismus-Vorwurf stets parat - eine Wunderwaffe, die ihnen die autoaggressive Staatspropaganda frei Haus liefert.

Spätestens wenn eine türkischstämmige Aktivistin, die verächtlich von "Kartoffeln" redet, zur Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung ernannt wird, steht die Frage im Raum, ob die Diskriminierung der Deutschen amtlich gemacht werden soll. Doch statt über die Symbolkraft dieser Personalie echauffiert man sich über die angeblich diskriminierende Wirkung des an sich bereits verharmlosenden Begriffs "kleine Paschas".

Aktionen wie "Schulen gegen Rassismus" halten deutsche Schüler in Duldungsstarre und moralischer Schuldnechtschaft. Die einen sind zu identitärer Farbenblindheit verurteilt, die anderen lassen ihr identitäres Selbstverständnis desto greller erstrahlen. Während die Berichterstattung über den Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen in kirchlichen Einrichtungen forciert wird, mißbraucht der Staat die dünn gesäten deutschen Schülerkohorten für eine realitäts-

fremde Ideologie. Multikulturalismus bedeutet Archaik (antike Epoche) inmitten der europäischen Moderne. Um sich darin zu behaupten, reicht die Berufung auf zivilisatorische Normen und republikanische Traditionen nicht aus.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. April 2023: >>**Multi-kulti und Kapitalismus: Klartext von Elsässer**

Von *Valentina Schacht*

Der heutige COMPACT-Chefredakteur erkannte schon als Linker den Zusammenhang zwischen ungezügelter Massenzuwanderung und Kapitalinteressen. Davon zeugt sein Buch "Nationalstaat und Globalisierung", das nun endlich wieder erhältlich ist. Ein zeitgeschichtliches Dokument.

Um Jürgen Elsässer zu diffamieren, wird oft in die unterste Schublade gegriffen. Daß er mit seinem Werk "Nationalstaat und Globalisierung" der Eisbrecher zwischen Links und Rechts war, paßt vielen nicht.

Wer heute etwas von Elsässer liest, wird begeistert sein. Die ehemalige Edelfeder der Linken, wie die FAZ einst urteilte, schreibt nicht nur brillant, mit seinen Artikeln in COMPACT-Magazin erreicht er heute auch einen sehr großen und breit gefächerten Leserkreis. Daß er früher ein Linker war, daraus macht Elsässer kein Geheimnis - das besagt ja schon der Untertitel seiner Autobiographie "Ich bin Deutscher. Wie ein Linker zum Patrioten wurde".

Als Linker bei den Konservativen

Als sich der heutige COMPACT-Chefredakteur 2008 aufmachte, dem Ruf von Volker Tschapke zu folgen und einen Vortrag vor der Preußischen Gesellschaft in Berlin zu halten, konnte er noch nicht ahnen, daß es danach zum Bruch mit der Linken kommen würde. Sein Gastgeber galt als konservativ, also rechts. Elsässer schrieb damals für das Neue Deutschland, das Leib- und Magenblatt der Linken.

Elsässer, auch damals schon Freigeist, ahnte den Wandel der Zeiten voraus. Die Grenzen würden zukünftig nicht mehr zwischen Links und Rechts verlaufen, sondern zwischen jenen, die den Nationalstaat retten, und denen, die dem Globalismus alles opfern wollen.

Heute hat die Globalisierung eine neue Stufe erreicht, den Great Reset. Die Anfänge wurden bereits damals gelegt - und das spürte auch Elsässer. Sein Vortrag erschien wenig später als Buch unter dem Titel "Nationalstaat und Globalisierung" - und wurde innerhalb der Linken zum Skandal.

Als das Buch im April 2009 in den Handel kam, schrieb Elsässer in weiser Voraussicht: "Kaum sagt man ein kluges Wort, und schon ist man ein Nationalist? Das linke Establishment wird dieses Buch attackieren, weil es sich dem Neusprech und den Lügen des Globalismus verweigert." ...

Die Bosse und die Flüchtlinge

Doch warum sorgte "Nationalstaat und Globalisierung" innerhalb der Linken für Aufruhr? Schon allein die Überschrift eines Abschnittes, nämlich "Die Multikulti-Strategie des Kapitals", dürfte diese Frage beantworten. Elsässer schlachtete damit nicht weniger als eine heilige Kuh der Linken - und verwies auf den Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Kapitalinteressen.

So schreibt Elsässer in seinem Buch "Nationalstaat und Globalisierung":

"Im globalisierten Kapitalismus sind die Flüchtlinge tatsächlich nicht nur Opfer, sondern können auch eine Waffe der Veränderung sein - allerdings nicht im Interesse der Emanzipation, sondern für die Zwecke des Kapitals. Nachdem die multinationalen Konzerne mit Hilfe des Freihandels die Subsistenzwirtschaften (Bedarfwirtschaften) und Nationalökonomien in der Dritten Welt zerstört haben, instrumentalisieren sie im zweiten Schritt diejenigen, die aus diesen Elendszonen fliehen, zum Angriff auf das Lohnniveau und den Sozialstaat in den Metropolen."

Und weiter:

"Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang die Position der Arbeitgeber zum Zuwanderungsgesetz, das nach jahrelangen Auseinandersetzungen zum 1. Januar 2005 in Kraft trat. Während der teils erbitterten Debatten bekannte der stellvertretende Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, daß er sich 'bei der Menschenrechtsfrage, bei humanitären Aspekten ... heute auf jeden Fall am ehesten bei den Grünen' wiederfinde."

Wir erinnern uns: Besagter Hans-Olaf Henkel wurde wenige Jahre später einer der bekanntesten AfD-Köpfe, war von März 2014 bis April 2015 sogar stellvertretender Bundessprecher der Partei und zeitweise deren Europaabgeordneter. Schon 2015 ging der frühere IBM-Manager wieder von der Fahne - seitdem ist es ruhig um den ehemaligen "Boß der Bosse" geworden.

Jürgen Elsässer hingegen tritt weiter für den Erhalt des Nationalstaates ein - und kämpft gegen den Globalismus, insbesondere in seiner Ausprägung des Great Reset. Das ist letztendlich auch keine Frage von rechts oder links - sondern eine Frage der Verbundenheit gegenüber dem eigenen Volk. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 12. April 2023: >>Asyl-Flut immer krasser: Die neuen Zahlen

Von *Sven Eggers*

Neueste Zahlen zeigen auf: Asylzustrom auf Rekordhöhe! Politiker schauen zu, die Folgen sind dramatisch. ...

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vermeldet, was wohl jeder spüren kann: Deutschland verändert sich zunehmend. Allein von Januar bis März dieses Jahres haben 87.000 Personen einen Asylantrag in der Bundesrepublik gestellt. Das ist ein Anstieg um sage und schreibe 80 Prozent gegenüber dem Vorjahres-Quartal.

Syrer, Afghanen, Türken

Die meisten Asylantragsteller kommen übrigens aus Syrien, gefolgt von Afghanen und Türken. Ukrainer müssen das reguläre Asylverfahren nicht durchlaufen. Von ihnen ist bereits mehr als eine Million im Land. Tendenz steigend.

Alexander Throm, CDU-Bundestagsabgeordneter, kritisiert den gegenwärtigen Zustand und sieht Deutschland in der "schwersten Migrationskrise seit Jahren". Er hält fest: "Die Ampel-Regierung macht nicht die geringsten Anstalten, um diese Krise endlich in den Griff zu bekommen."

Natürlich erwähnt er nicht die verheerende Rolle seiner eigenen Partei. Es war vor allen Dingen die vormalige Kanzlerin Angela Merkel, die Deutschland mit ihrer "Wir schaffen das Politik" ins Unglück gestürzt hat.

Dennoch ist CDU-Mann Throm natürlich im Recht mit seiner Kritik, die sich insbesondere gegen Bundesinnenministerin Faeser und Finanzminister Lindner richtet, die nämlich keinen Spielraum für weitere Bundesmittel an die Kommunen für die Aufnahme und Betreuung von Migranten sehen. Dies zeuge "von einem erheblichen Realitätsverlust in der gesamten Regierung", der die Akzeptanz in der Bevölkerung "bereits erheblich geschmälert" habe.

Volksaustausch läuft

Die schon vielfach gescheiterte Politik der offenen Grenzen hat fatale Folgen.

Laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes hatten 2021 bereits 27,2 Prozent der Bürger in der Bundesrepublik einen Migrationshintergrund, das entspricht 22,3 Millionen. Ein Plus von zwei Prozent oder 1,4 Millionen gegenüber dem Vorjahr - das entspricht der Einwohnerzahl von München.

Weil gemäß amtlichen Zahlen 2021 parallel eine Million Leute auswanderten beziehungsweise zu einem erheblichen Teil vor dem Corona-Regime flüchteten, fallen die Einge-

wanderten besonders ins Gewicht. Wer wollte es Besorgten verdenken, von einem galopierenden Volksaustausch zu sprechen?!

Zum Zeitpunkt der bundesdeutschen Wiedervereinigung im Jahre 1990 lebten hierzulande 5,6 Millionen Ausländer (vor allem im Westen). Heute haben wir es also mit dem Vierfachen zu tun - wobei man zur Vertuschung amtlicherseits nicht mehr von Ausländern, sondern eben von Menschen mit Migrationshintergrund spricht. Etwa die Hälfte davon hat bereits deutsche Pässe bekommen. Auch Illegale strömen in Rekordzahl in die Republik, die Zahlen übertreffen sogar die von 2015.

Abschiebungen? Fehlanzeige!

Unglaublich außerdem: In der BRD halten sich 302.000 Personen auf, die laut Gerichtsurteil abgeschoben werden müßten. Das berichtete die Neue Zürcher Zeitung kurz vor Weihnachten unter Berufung auf einen Lagebericht von Bund und Ländern. Dabei handelt es sich in erster Linie um Iraker und Afghanen.

Faeser und Lindner hatten zuletzt Vertreter von Ländern und Kommunalverbänden abgewimmelt, die mehr Geldmittel verlangten, um die irrwitzige Asylpolitik der Herrschenden umzusetzen zu können und die sich nunmehr entsprechend alleingelassen fühlen.

Ausnahmestand in Italien

Unterdessen spitzt sich auch in Italien die Lage zu. Mehr und mehr Bootsmigranten erreichen die Insel Lampedusa, allein am Osterwochenende kamen ungefähr 2.000 Menschen dort an. Seit Januar registrierten italienische Behörden bereits 31.000 solche Leute.

Die Regierung in Rom hat nun reagiert und für sechs Monate einen Ausnahmestand beschlossen. Als Folge dieses Schrittes können betroffene Regionen im Süden unbürokratisch unterstützt werden. Zudem sollen neue Aufnahmezentren entstehen. Eine Fünf-Millionen-Soforthilfe wurde bereitgestellt.

Die neuen Zahlen zeigen: Der Asyl-Wahn nimmt kein Ende. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 16/23" berichtete am 14. April 2023 (x1.387/...): >>Opfer von Sexualdelikten

Zahlen sprechen klare Sprache

Zita Tipold

Genau 156 Frauen könnten noch am Leben sein. Tausende weitere nicht mißbraucht, verprügelt oder zwangsprostituiert. Das ist die traurige Bilanz, die allein im vergangenen Jahr aus unkontrollierter Masseneinwanderung nach Deutschland zu ziehen ist. Aufs Ganze gesehen, läßt sich die gigantische Anzahl der bedauernswerten "Einzelfälle" längst nicht mehr überblicken.

Vielleicht bleibt gerade deshalb der Aufschrei aus. Getragen wird der migrationspolitische Kurs ausgerechnet von einer breiten Zustimmung unter Frauen. In der Mehrheit wählen sie gegen die eigene Sicherheit. Mit Ausflüchten wie "Deutsche vergewaltigen ja auch" über: "Es sind ja nicht alle so" reden sich einige Gutherzige eine bedingungslose Willkommenskultur auch jetzt noch schön. Doch die Zahlen sprechen eine klare Sprache.

Allein 2022 wurden mehr als 3.500 deutsche Frauen Opfer von Sexualdelikten durch Zuwanderer wie Asylbewerber oder Illegale. Nimmt man alle Ausländer in den Blick, sind es fast 11.000 Opfer. In der umgekehrten Konstellation stehen ihnen 3.500 migrantische Geschädigte gegenüber, bei denen deutsche Staatsbürger der Tat verdächtigt wurden. Menschen mit Migrationshintergrund sind dabei noch nicht einmal hinausgerechnet.

Das Gefälle ist um so erschreckender, wenn man bedenkt, daß Ausländer in Deutschland mit einem Verhältnis von 8:1 bislang noch in der Minderheit sind. Zahlen lügen nicht, und sie verfolgen keine politische Agenda. Wer vor ihnen die Augen verschließt, will es eben einfach nicht einsehen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 16/23" berichtete am 14. April 2023 (x1.387/...): >>>Statistik und Vorurteil

Straftaten: Zahlen und Daten zum Täter-Opfer-Verhältnis von Deutschen und Zuwanderern liefern erstaunliche Ergebnisse

Zita Tipold

Das Bundeskriminalamt (BKA) hat im vergangenen Jahr Hunderttausende Straftaten von Ausländern registriert. Bei bestimmten Taten werden besonders häufig Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit zum Opfer, wie aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Stephan Brandner hervorgeht, die der JUNGEN FREIHEIT exklusiv vorliegt.

Die Zahlen geben nur aufgeklärte Fälle wieder. Bei etlichen weiteren Taten konnte kein Verdächtiger ermittelt werden. Mit Blick auf die Beschuldigten ohne deutschen Paß unterscheidet das Ministerium in "Nichtdeutsche" und "Zuwanderer". In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) werden als "Zuwanderer" jene Personen zusammengefaßt, die mit dem Status als "Asylbewerber", "Schutz- und Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge", mit einer Duldung oder mit einem "unerlaubten Aufenthalt" erfaßt wurden.

Die Zahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, bei denen das Opfer den deutschen und mindestens ein Verdächtiger einen ausländischen Paß hatte, bezifferte das Bundesinnenministerium auf 11.100 allein im Jahr 2022. Darunter fallen etwa Vergewaltigungen und sexueller Mißbrauch.

Da es teilweise mehr als einen Geschädigten gab, registrierten die Behörden insgesamt 12.223 Opfer. Mit einem Anteil von knapp 11.000 war die überwiegende Mehrheit von ihnen weiblich. Rund 1.300 Opfer waren männlich. Dafür zog die Polizei fast 10.000 Ausländer zur Verantwortung, darunter mehr als 3.000 Zuwanderer.

Häufiger Männer als Frauen Opfer von Körperverletzung

Zum Vergleich: Die Zahl an Sexualdelikten, bei denen Deutsche für Übergriffe an Migranten verantwortlich gemacht wurden, lag bei 3.349. Dabei registrierten die Beamten rund 3.500 Opfer. Auf seiten der Tatverdächtigen wurden 3.159 Menschen mit deutschem Paß erfaßt. Ein möglicher Migrationshintergrund wird in der Antwort des Bundesinnenministeriums nicht aufgeführt.

Bei "Straftaten gegen das Leben" wie Mord oder Totschlag waren - anders als bei den Sexualdelikten - männliche Opfer in der Überzahl. Die Behörden verzeichneten im vergangenen Jahr 401 aufgeklärte Fälle, bei denen Deutsche mutmaßlich durch Ausländer zu Tode kamen. Unter den fast 500 Opfern waren 342 Männer und 156 Frauen. Verdächtigt wurden 465 Nichtdeutsche, darunter mehr als 100 Zuwanderer.

Bei der umgekehrten Konstellation gab es 273 aufgeklärte Fälle mit 390 ausländischen Opfern. Der Taten bezichtigt wurden 416 Deutsche. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß der Ausländeranteil in Deutschland bei rund 13 Prozent liegt. Sie sind damit bei schweren Verbrechen wie Mord und Totschlag deutlich überrepräsentiert (JF 9/23). Das gilt auch für die Gruppe der in der Statistik als Zuwanderer bezeichneten Personen, die einen Anteil von ungefähr 1,9 Prozent an der Bevölkerung in Deutschland ausmachen.

Körperverletzungen richteten sich häufiger gegen Männer als gegen Frauen. Mehr als 76.700 Fälle von Gewaltkriminalität mit nichtdeutschen Verdächtigen und knapp 86.600 deutschen Opfern konnten die Behörden feststellen. Darunter waren mehr als 54.300 Männer und über 32.200 Frauen. Mutmaßlich für die Taten verantwortlich waren fast 70.500 Migranten, darunter fast 16.000 Zuwanderer. Die Fälle, bei denen Deutsche verdächtigt wurden, auf Ausländer eingepreßelt zu haben, bezifferte das Bundesinnenministerium auf rund 56.000.

Die Zahl der Opfer habe dabei bei knapp unter 60.000 gelegen. Verdächtigt wurden fast 58.000 Staatsbürger der Bundesrepublik. Zuletzt gab das von Nancy Faeser (SPD) geführte

Ressort einen Überblick über die sogenannten Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Darunter fallen unter anderem Menschenhandel, Ausbeutung und Zwangsprostitution. Die Behörden erfaßten im vergangenen Jahr rund 37.000 aufgeklärte Fälle mit deutschen Opfern auf der einen und ausländischen Verdächtigen auf der anderen Seite.

Fast 43.000 Opfer, darunter etwa 24.000 Männer und fast 19.000 Frauen wurden registriert. Für die Taten mutmaßlich verantwortlich waren rund 30.000 Ausländer, darunter knapp 7.000 Zuwanderer. In der umgekehrten Konstellation erfaßten die Behörden nur rund 18.800 Fälle mit etwa 20.600 Opfern, die aus einem anderen Land stammten. Auf der Seite der Verdächtigen ermittelten die Beamten fast 15.500 Deutsche.

Für AfD-Vize Stephan Brandner sprechen die Zahlen eine klare Sprache: "Allein im Jahr 2022 wurden 3.503 deutsche Frauen Opfer von Zuwandern, die eine Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung der Frau begingen. 30 Frauen mußten gar sterben. Wenn die Bundesregierung tatsächlich etwas zum Schutz und zur Förderung der Frauen tun wollte, wäre die wirkungsvolle Kontrolle der Grenzen der erste wichtige Schritt." Ein konsequentes Vorgehen gegen ungesteuerte Zuwanderung würde viele Leben retten, ist der Bundestagsabgeordnete überzeugt.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 14/23" berichtete am 14. April 2023 (x1.387/...): >>**Bitte mal rechts ran**

Studie: Aus politischen Gründen darf nicht sein, daß die Polizei kein Rassismus-Problem hat
Peter Möller

Das Selbstverständnis der Polizei als "Freund und Helfer" der Bürger wird von der politischen Linken in Deutschland spätestens seit Ende der sechziger Jahre durch eine äußerst kritische Sicht auf die staatlichen Sicherheitsbehörden abgelöst. Die Polizei - und damit jeder einzelne Beamte - erscheint aus dieser Perspektive als Bedrohung für die Freiheit und körperliche Unversehrtheit der Bürger.

Angesichts der zunehmenden Einwanderung der vergangenen Jahre fokussieren sich die Vorwürfe gegen die Polizei in jüngster Zeit immer stärker auf die Behauptung des offenen oder zumindest angeblich latent vorhandenen Rassismus in den Reihen der Polizei, verbunden mit der Forderung, diese Tendenzen "unabhängig" zu untersuchen.

Im Zuge der weltweiten Diskussionen über Rassismus nach dem Tod des schwarzen Amerikaners George Floyd bei einem Polizeieinsatz im Mai 2020 wuchs in Deutschland die Forderung nach einer solchen Polizeistudie, um dem tatsächlichen oder vermeintlichen Rassismus auf die Spur zu kommen.

Das lautstark von der Linkspartei bis in die SPD hinein mit breiter medialer Unterstützung vorgetragene Ansinnen stieß indes beim damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) auf Ablehnung: "Es wird keine Studie geben, die sich mit Unterstellungen und Vorwürfen gegen die Polizei richtet", sagte er im Oktober 2020. Denn die überwältigende Mehrheit von über 99 Prozent der Polizisten stünde auf dem Boden unseres Grundgesetzes. "Sie sind der Grund für die Stabilität unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates.

Die Polizei kann sich darauf verlassen, daß wir als Politik hinter ihr stehen", versicherte er, mußte aber angesichts des öffentlichen Drucks ein Zugeständnis machen. Zwar blieb er bei seinem Nein zu einer nur auf die Polizei bezogenen Rassismus-Studie, allerdings kündigte er eine Untersuchung durch die Deutsche Hochschule der Polizei mit dem Ziel an, "den Polizeialltag, das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft und die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen genauer zu analysieren"; inklusive von Gewalt und Haß gegen Polizeibeamte.

Für seine Entscheidung ertete Seehofer Kritik von linken Aktivisten sowie aus den Reihen von Linkspartei, Grünen und SPD, die weiter eine "echte" Rassismus-Studie forderten.

Diese Konfliktlinie wurde auch noch einmal in der vergangenen Woche deutlich, als Seeho-

fers Amtsnachfolgerin, Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), erste Zwischenergebnisse der Untersuchung präsentierte. "Für mich ist klar: Es gibt null Toleranz gegenüber Rechts extremismus, Rassismus und anderen Formen von Menschenfeindlichkeit.

Jeder derartige Vorfall muß deutliche Konsequenzen haben", lautete ihr Fazit. Damit setzte Faeser bei der Auswertung einen deutlich anderen Fokus als Seehofer. "Wir wollen eine transparente Fehlerkultur stärken und der Entstehung und Verfestigung von Vorurteilen und Diskriminierungen konsequenter entgegenzutreten", versicherte sie.

Unterstützung bekam Faeser von der Projektleiterin von der Deutschen Hochschule der Polizei, Anja Schiemann: Zwar habe die Untersuchung mit über 50.000 auswertbaren Fragebögen, die damit die größte Stichprobe der empirischen Polizeiforschung in Deutschland sei, unter den Polizisten nur eine sehr kleine Gruppe identifiziert, die durchgängig problematische Einstellungen zeige.

"Es gibt aber eine große Anzahl derjenigen, die sich ambivalent verhält, also stereotypen, menschenfeindlichen Aussagen nicht eindeutig ablehnend gegenüberzutreten", fügte Schiemann hinzu. "Insofern findet man zwar wenige Hinweise auf radikale Positionen, aber einige Eindrücke, die auf Verunsicherungen und uneindeutige Positionen schließen lassen. Hier werden sich im weiteren Projektverlauf Analysen anschließen."

Fast drei Viertel der Beamten werden im Dienst beleidigt

Zusammenfassend heißt es hierzu in den Zwischenergebnissen der Studie: "Menschenfeindliche Positionen lassen sich wie in der Gesamtbevölkerung auch in der Polizei feststellen". Allerdings seien bei fast 30 Prozent der Befragten Tendenzen sichtbar, Asylsuchende abzuwerten. Das tue etwa, wer sich der Aussage anschließt, die meisten Asylbewerber würden "in den Heimatländern nicht verfolgt".

Knapp zehn Prozent ließen in Antworten Muslimfeindlichkeit erkennen. Fast jeder fünfte unterstütze chauvinistische Einstellungen oder äußerte sich beim Ausfüllen der Online-Fragebögen nicht eindeutig ablehnend. Wobei bemerkenswert ist, welche Maßstäbe die Studienautoren anlegen. So steht schon unter Rassismusverdacht, wer dem Satz zustimmt: "Wer anders als die Mehrheit der Bevölkerung aussieht, wird in Deutschland überhaupt nicht benachteiligt".

Bei jüngeren Polizisten mit weniger Dienstjahren seien die Diskriminierungstendenzen laut dem Zwischenbericht geringer als bei Älteren. Ob hier das Lebensalter oder die Erfahrungen im Berufsalltag ausschlaggebend sind, muß nach Einschätzung der Forscher noch genauer untersucht werden. Bei einem anderen wichtigen Themenkomplex, der die ursprüngliche Intention Seehofers widerspiegelt, stehen alltägliche Belastungen im Mittelpunkt. Hierzu zählen insbesondere auch Gewalterfahrungen im Dienst.

Demnach haben fast 70 Prozent der Antwortgeber mindestens einmal im vergangenen Jahr Beschimpfungen und Provokationen erlebt. "Bei körperlicher Gewalt mit geringerem Verletzungsrisiko sind es ungefähr 46 Prozent mit mindestens einer Opfererfahrung und bei körperlicher Gewalt mit höherem Verletzungsrisiko circa 25 Prozent", heißt es in der Studie. Die Autoren weisen darauf hin, daß die erhobenen Werte nicht direkt mit denen zu vergleichen sind, die das Bundeskriminalamt in seinen Lagebildern zu Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte veröffentlicht, da dort nicht die Opfer, sondern die registrierten Taten Ausgangspunkt der Zählung sind, also keine Opferanteile berichtet werden.

Deutliche Kritik an dem gesamten Unterfangen kommt aus den Reihen der AfD. Für den Bundestagsabgeordneten Martin Hess, der Mitglied im Innenausschuß ist, hat die Studie "von vornherein nur ein erklärtes Ziel: unter dem Deckmantel der Wissenschaft der Polizei strukturellen Rassismus zu unterstellen".

Weil die Beamten in Wirklichkeit "jeden Tag die desaströsen Folgen einer völlig verfehlten Sicherheits- und Migrationspolitik ausbaden müssen und dafür ihre Gesundheit und ihr Leben

für unsere Sicherheit riskieren", hätte sich Innenministerin Faeser besser "schützend vor unsere Polizisten stellen" sollen, sagte der Politiker, der selbst zuvor Polizist und Polizeiausbilder in Baden-Württemberg war, der JUNGEN FREIHEIT. Die Polizei hierzulande habe kein Rassismus-Problem, sondern "ein massives Personal- und Sachmittelproblem". Es sei völlig unstrittig, daß die Beamten Mängel in nahezu allen Bereichen kritisieren, so Hess.

Für den weiteren Projektverlauf wird nach Angaben der Deutschen Hochschule der Polizei neben zusätzlichen Auswertungen derzeit eine Wiederholung der Online-Befragung im letzten Quartal 2023 geplant. Als ein Manko hinsichtlich der Aussagekraft wird der verhältnismäßig geringe Rücklauf der Fragebögen von 16 Prozent bewertet. Der schon jetzt von der ursprünglichen Intention der Studie hin zum Thema Rassismus verschobene Schwerpunkt dürfte im dann zu erwartenden Abschlußbericht der Untersuchung noch einmal besonders deutlich werden.

Umstrittene Studie

Noch unter Ägide von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) wurde die "Studie zur Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten" (Megavo) bei der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster in Auftrag gegeben - als Kompromiß zur unter anderem vom Koalitionspartner SPD geforderten Studie über angeblich "strukturellen Rassismus" in der Polizei. Mit den Erhebungen haben die Forscher im November 2021 begonnen.

Die Polizeien in Baden-Württemberg und Hamburg haben sich nicht beteiligt, nachdem die Personalräte unter anderem rechtliche Bedenken an der Studie geäußert hatten. Indes hatte auch der im Mai 2022 veröffentlichte offizielle "Lagebericht" über Rechtsextremisten in den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder einen politisch motivierten Generalverdacht widerlegt (JF 21/22).

So gab es etwa bei 19 Bediensteten der Bundespolizei einen Prüffall mit Bezug zum Rechtsextremismus. Zum Vergleich: In der Behörde sind etwa 45.000 Polizeivollzugsbeamte tätig. Bei den Polizeien der Länder, in denen insgesamt über 280.000 Beamte ihren Dienst tun, wurden 382 Sachverhalte mit Rechtsextremismus-Bezug geprüft. (vo)<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 19. April 2023: >>Das "beste Deutschland"? Nur für Vergewaltiger und Messerstecher

Wie lange mußte das schreckliche Martyrium gedauert haben, bevor die Polizei zufällig vorbeikam? Eine 28-jährige Frau ist in der Nacht zum Sonntag in München von einem Nigerianer vergewaltigt und gequält worden - auf einer Bank, in einem verlassenem Biergarten. Eine Streife wurde auf die Tat aufmerksam, der Vergewaltiger suchte daraufhin das Weite. Mit einem Großaufgebot konnte er aber kurz darauf dingfest gemacht werden.

Es handelt sich um einen 27-jährigen Mann, der nun in Untersuchungshaft sitzt. Zumindest noch. Denn wie oft werden Vergewaltiger gleich wieder auf freien Fuß gesetzt, wenn sie sich nur glaubwürdig genug selbst zum Opfer der Umstände stilisieren? Man denke nur an den Afghanen, der vor knapp einem Jahr in Neustrelitz eine Elfjährige vergewaltigte und trotz Verurteilung nicht in Haft mußte.

Im "besten im besten Deutschland, das es jemals gegeben hat" - wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier es gern nennt - sind Übergriffe auf Frauen längst Normalität geworden. Wer allein im Dunkeln draußen unterwegs ist, wird für bestimmte Männer schlichtweg zu Freiwild. Allein in München gab es laut Statistik im vergangenen Jahr nahezu täglich eine Vergewaltigung. Und auch bundesweit explodieren die Zahlen: Von fast 30.000 sexuellen Nötigungen und Vergewaltigungen in 2021 auf 37.000 im vergangenen Jahr.

Wie zynisch ist es da, daß Steinmeier gerade Ex-Kanzlerin Merkel die höchste Auszeichnung für ihre vermeintlichen Verdienste um unser Land ans Revers geheftet hat? Sie war es, die

2015 die Schleusen für Scharen von jungen Männern geöffnet hat, deren größtenteils archaisches Rollenverständnis und primitives Frauenbild hier nicht einmal ansatzweise her paßt.

Und dieser Zustrom hält an. Es wird freilich schwieriger, den Deutschen diese Männer noch als Bereicherung zu verkaufen. Wir von der AfD fordern deshalb nicht nur die sofortige Abschiebung von straffällig gewordenen Migranten, sondern auch den sofortigen Stopp weiterer Zuwanderung. Und bis dahin werden wir das Ausmaß von sexualisierter oder Messergewalt öffentlich machen.

[<<www.einzelfallticker.de](http://www.einzelfallticker.de)

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 20. April 2023: >>Willkommen in der MRD (Messer-Republik Deutschland): Warum sich kaum noch jemand über das Blutbad von Duisburg aufregt!

Auch zwei Tage nach dem Messer-Blutbad in einem Duisburger Fitneß-Studio mit vier Schwerverletzten war der mutmaßliche Täter (Vollbart, "südländisches Erscheinungsbild") noch auf der Flucht. Das Erschreckende an der Tat ist: Man hat sich hierzulande offenbar daran gewöhnt, die Aufregung hält sich jedenfalls in Grenzen. Willkommen in der MRD, der Messer-Republik Deutschland!

Messer-Attacken werden überhaupt erst seit 2020 statistisch erfaßt. Laut der jüngst veröffentlichten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS gab es im vergangenen Jahr 8.160 Messerangriffe. Experten gehen von einer hohen Dunkelziffer aus. Im Netz kursiert - bezogen auf das Jahr 2020 - die Zahl von 20.000 Messer-Vorfällen mit fast 100 Todesopfern.

Angriffe mit Hieb- und Stichwaffen gehen heute weitgehend im Lokalteil regionaler Zeitungen unter. Oder sie werden erst gar nicht veröffentlicht - weil sie in etwa den Neuigkeitswert haben von "Hund beißt Postbote". Im Klartext: Man hat sich im Zuge der illegalen Masseneinwanderung offenbar an das Alltägliche hierzulande gewöhnt!

Nachfolgend, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, eine kleine Auslese aus jüngster Zeit:

- 9. April; NRW: Ebenfalls in der Altstadt von Duisburg wird in der Nacht zum Ostersonntag ein 35-Jähriger niedergestochen. Er stirbt kurze Zeit später in einem Krankenhaus. Der Täter flüchtet. Ob ein Zusammenhang zum Blutbad im Fitneß-Club "John Reed" besteht, ist Teil der aktuellen Ermittlungen.

- 19. März, NRW: Auf dem Münsteraner "Send", einem Volksfest in der westfälischen Stadt, wird ein Familienvater (31) mit einem Messer erstochen. Der mutmaßliche Täter, ein 21 Jahre alter Kasache, stellt sich wenig später unter dem öffentlichen Fahndungsdruck.

- 17. März, Rheinland-Pfalz: In Worms bedroht ein nicht näher beschriebener 40 Jahre alter "Mann" einen Taxifahrer mit dem Messer, weil ihm der Fahrpreis zu hoch ist.

- 15. März, NRW: In der Zentralen Unterbringungseinrichtung im westfälischen Soest sticht ein 28-Jähriger auf einen 24-Jährigen Mitbewohner ein.

- 13. März NRW: Drei Unbekannte rauben einen 45 Jahre alten Mann im Regionalexpreß von Mönchengladbach nach Jüchen aus. Unter Drohung mit einem Messer erzwingt das Trio vom Opfer die Herausgabe des Handys, eines dreistelligen Bargeldbetrags und von Medikamenten. Zwei der geflüchteten Täter sollen ein "südosteuropäisches Erscheinungsbild" haben.

- 12. März, Bayern: Raubüberfall auf eine Tankstelle an der A66 bei Weilbach (Odenwald): Der Räuber geht mit einem Messer auf den Mitarbeiter an der Kasse zu und verlangt Geld. Dem Kassierer, einem Iraner, fällt laut Polizei auf, daß der Räuber mit "marokkanischem Akzent" spricht.

Die Aufzählung, die wir endlos fortsetzen könnten, beenden wir an dieser Stelle. Merken Sie was? Es ist so spannend wie "Hund beißt Postmann". Und das ist das wirklich Schlimme daran!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 24. April 2023: >>**Horror-Zahlen aus NRW: Acht Vergewaltigungen pro Tag!**

Eine parlamentarische Anfrage der AfD-Fraktion in Nordrhein-Westfalen zeigt die Folgen der Massenmigration schonungslos auf: 2949 Vergewaltigungen sind im vergangenen Jahr allein in Nordrhein-Westfalen angezeigt worden, erklärt das Innenministerium in seiner Antwort auf die AfD-Anfrage.

Rechnerisch sind das mehr als acht Vergewaltigungen pro Tag. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl massiv um fast 600 Fälle angestiegen. Den Tausenden von Frauen, die dank der offenen Grenzen Unbeschreibliches erleben mußten, half keine "Armlänge Abstand", die einst von einer realitätsfernen Kölner Oberbürgermeisterin empfohlen wurde.

Auch die Zahl der Gruppenvergewaltigungen (Vergewaltigungen mit mehr als einem Täter) ist faktisch explodiert - von 172 im Jahr 2021 auf 246 im Jahr 2022 (plus 43 Prozent). Das CDU-geführte Innenministerium unter der Leitung von Herbert Reul will es nur nicht so nennen, weil der Begriff "Gruppenvergewaltigung" rechtlich nicht verankert ist.

Aus der Kriminalstatistik gehe schließlich nicht hervor, ob es zwei, drei oder mehrere Täter waren - sondern nur, ob es mehrere waren. Unabhängig von der CDU-Bezeichnungspraxis weiß aber jeder Mensch, der mit offenen Augen auf die Situation in Deutschland blickt, was hier für eine Entwicklung im Gange ist.

Und zwar auch und insbesondere dank der CDU, die ihrer heuchlerischen Kritik an den Zuständen der Einwanderungs- und Sicherheitspolitik seit Jahrzehnten keine konsequenten Taten folgen läßt. In Nordrhein-Westfalen stellt die CDU nicht nur den Innenminister, sondern auch den Ministerpräsidenten. Sie hätte also alle Möglichkeiten, um endlich konsequente Abschiebungen umzusetzen und Kriminalität wirksam zu bekämpfen.

Doch in Nordrhein-Westfalen gilt das Gleiche wie in allen anderen CDU-regierten Bundesländern: In Wahlkampfzeiten spielt sich die Partei zwar als Garant der Inneren Sicherheit auf, doch in ihrem tatsächlichen politischen Handeln unterwirft sie sich stets den Grünen und der SPD.

Mit furchtbaren Folgen für unzählige Frauen, deren Schicksal im Zuge eines zynischen CDU-Machtkalküls in Kauf genommen wird.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 25. April 2023: >>**Für die "Gäste" in Hamburg nur das Beste: 14,2 Millionen für Hotelrechnungen in nur einem Monat!**

Die Unterbringung von "Flüchtlingen" kommt die Hamburger Steuerzahler immer teurer zu stehen. Alleine im März gab der Senat 14,2 Millionen Euro für entsprechende Hotelrechnungen aus. Das geht aus der Antwort auf eine kleine Anfrage der AfD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft (Landesparlament) hervor.

Die 14,2 Millionen Euro wurden demnach für insgesamt rund 6.500 Unterkünfte fällig. "In den Kosten sind die Unterbringungs- und Verpflegungskosten sowie die Zimmerreinigung, Ausstattung mit Bettwäsche und Handtüchern, deren Reinigung, Internetversorgung und die Müllentsorgung enthalten", heißt es in der Antwort des Senats.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 26. April 2023: >>**Horror-Land NRW: Acht Vergewaltigungen pro Tag**

Opfer von Vergewaltigungen durchleiden oft schwerwiegende Traumata.

Eine parlamentarische Anfrage der AfD-Fraktion in Nordrhein-Westfalen zeigt die Folgen der Massenmigration schonungslos auf: 2.949 Vergewaltigungen sind im vergangenen Jahr allein in Nordrhein-Westfalen angezeigt worden. ...

Dies erklärte das Innenministerium in seiner Antwort auf die AfD-Anfrage. Rechnerisch sind das mehr als acht Vergewaltigungen pro Tag. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl massiv um fast 600 Fälle angestiegen. Den Tausenden von Frauen, die dank der offenen Grenzen Unbe-

schreibliches erleben mußten, half keine "Armlänge Abstand", die einst von der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker empfohlen wurde.

Herbert Reuls Begriffskosmetik

Auch die Zahl der Gruppenvergewaltigungen (Vergewaltigungen mit mehr als einem Täter) ist faktisch explodiert - von 172 im Jahr 2021 auf 246 im Jahr 2022 (plus 43 Prozent). Das CDU-geführte NRW-Innenministerium unter der Leitung von Herbert Reul will es nur nicht so nennen, weil der Begriff "Gruppenvergewaltigung" rechtlich nicht verankert ist.

Aus der Kriminalstatistik gehe schließlich nicht hervor, ob es zwei, drei oder mehrere Täter waren - sondern nur, ob es mehrere waren. Unabhängig von der CDU-Bezeichnungspraxis weiß aber jeder Mensch, der mit offenen Augen auf die Situation in Deutschland blickt, was hier für eine Entwicklung im Gange ist.

CDU-Heuchler an Rhein und Ruhr

Und zwar auch und insbesondere dank der CDU, die ihrer heuchlerischen Kritik an den Zuständen der Einwanderungs- und Sicherheitspolitik seit Jahrzehnten keine konsequenten Taten folgen läßt. In Nordrhein-Westfalen stellt die CDU nicht nur den Innenminister, sondern auch den Ministerpräsidenten. Sie hätte also alle Möglichkeiten, um endlich konsequente Abschiebungen umzusetzen und Kriminalität wirksam zu bekämpfen.

Doch in Nordrhein-Westfalen gilt das Gleiche wie in allen anderen CDU-regierten Bundesländern: In Wahlkampfzeiten spielt sich die CDU zwar als Garant der Inneren Sicherheit auf, doch in ihrem tatsächlichen politischen Handeln unterwirft sie sich stets den Grünen und der SPD. Mit furchtbaren Folgen für unzählige Frauen, deren Schicksal im Zuge eines zynischen CDU-Machtkalküls in Kauf genommen wird.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. ... <<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 27. April 2023: >>**Irrenhaus Deutschland: Polizei soll bei Migranten-Kontrollen Quittungen ausstellen**

Geht's noch: Wenn Bundespolizisten Migranten überprüfen, um illegale Einreisen zu verhindern, müssen sie künftig "Kontrollquittungen" ausstellen. Das sieht eine von der "Ampel" geplante Änderung des Bundespolizeigesetzes vor.

Kontrollierte Personen sollen laut der Gesetzesvorlage "auf Verlangen unverzüglich eine Bescheinigung über die Maßnahme und ihren Grund" erhalten. Die kontrollierten Personen seien "über dieses Recht zu belehren". Mit anderen Worten: Die Beamten müssen diese Quittung sogar ausdrücklich anbieten!

Die Bundespolizeigewerkschaft ist entsetzt. Ihr Vorsitzender Heiko Teggatz: "Ein Präventivgesetz, welches Gefahren für die in Deutschland lebenden Menschen abwehren soll, verkommt zu einem gesetzlich manifestierten Generalverdacht gegen diejenigen, die uns alle schützen sollen. Also unsere Bundespolizisten."

Teggatz bringt es auf den Punkt: "Hier zeigt die Ampelregierung in einer der größten Migrationskrisen, was sie tatsächlich für die Innere Sicherheit übrig hat: Null Komma Nichts!" <<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 4. Mai 2023: >>**Schon über 400 "Einzelfälle": Unser Land muß wieder sicher werden!**

Es passiert jeden Tag, es passiert am helllichten Tage und häufig völlig unvermittelt: Massenschlägereien, Messerstechereien, sexuelle Belästigungen und Vergewaltigungen, die als sogenannte "Einzelfälle" verharmlost werden, bestimmen inzwischen den Alltag in Deutschland.

Insbesondere eine seit Jahren stattfindende Politik der Massenzuwanderung hat das Problem verschärft. Die AfD listet diese angeblichen "Einzelfälle" auf einer Internetseite auf und dokumentiert das Ausmaß der Alltagskriminalität (<https://www.afd.de/einzelfallticker>).

Seit der Erstellung der Internetseite sind bereits mehr als 400 sogenannte "Einzelfälle" erfaßt

worden. Dabei kann die Dokumentation freilich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben - die Dunkelziffer dürfte noch viel höher sein.

Doch schon allein die auf der Internetseite aufgeführten Fälle und nicht zuletzt die Polizeiliche Kriminalstatistik mahnen zum Handeln: Schützt die Grenzen und schiebt endlich die illegalen und kriminellen Einwanderer konsequent ab! Denn der Schutz der eigenen Bürger muß für jeden deutschen Politiker absoluten Vorrang haben - alles andere wäre auch eine Verletzung des Amtseids.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 5. Mai 2023: >>**AfD-Anfrage bringt es an den Tag: Ein Drittel und mehr Migranten-Anteil an hessischen Schulen!**

In Hessen hat bereits an 986 von 1.800 öffentlichen Schulen jeder dritte Schüler einen sogenannten Migrationshintergrund. Allein in Frankfurt betrifft das (Stand: November 2022) 175 Einrichtungen. Das geht aus der Antwort des Kultusministeriums in Wiesbaden auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion hervor. An zahlreichen Schulen liege der Migranten-Anteil bei 35 Prozent - so etwa in Darmstadt, Gießen, Kassel, Marburg und Offenbach.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 6. Mai 2023: >>**Folgen der Migration: Rentner raus aus ihren Wohnungen, "junge Familien" rein?**

Der sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer, ist empört: Angesichts des sich dramatisch verschärfenden Wohnraummangels in Deutschland haben "Forscher" der Universität Regensburg allen Ernstes vorgeschlagen, den Mieterschutz zu lockern, um langjährige Mieter wie Rentner aus ihren Wohnungen zu drängen. Sie sollen Platz machen für "jüngere Familien". Ein Schelm, der denkt: Sie sollen Platz machen vor allem für kinderreiche Migranten-Familien!

Der sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer, erklärte dazu: "Der Vorschlag der 'Forscher' der Universität Regensburg sollte als Alarmzeichen verstanden werden. Die gesamte wohnungs- und sozialpolitische Debatte in Deutschland entfernt sich in immer radikaleren Zügen von der tatsächlichen Ursache des Problems - nämlich der andauernden Migration."

Fakt ist: Die Wohnungsnot in deutschen Ballungszentren wird immer schlimmer. Um den akuten Mangel zu lindern, schlagen "Forscher" des Immobilieninstituts der Universität Regensburg jetzt vor, die Mietpreise bei alten, günstigen Verträgen deutlich zu erhöhen. Damit würde man diejenigen, die in "zu großen" Wohnungen leben, aber wegen der günstigen Miete nicht in eine kleinere Wohnung ziehen wollen, quasi dazu zwingen, auszuziehen.

Den "Immobilienwissenschaftlern" schwebt im Kern also eine riesige Umverteilung qua Mieter-Mobbing vor. Der 70-Jährige, der alleine in seiner Vierzimmer-Wohnung lebt, soll entweder wesentlich mehr bezahlen oder durch eine Mieterhöhung von 15 oder 20 Prozent keine andere Möglichkeit mehr sehen, als in eine für ihn "angemessenere" Wohnung zu ziehen. In seine Wohnung könnte dann eine "junge Familie", z.B. Migranten-Familie, ziehen.

Der Clou: Hat diese Familie Anspruch auf "Bürgergeld" bzw. Wohngeld, kommt der Steuerzahler für die erhöhte Miete erst einmal ganz bzw. teilweise auf!

AfD-Sozialexperte Springer bringt das auf die Palme: "Zwangweise entstehen nun Debatten, die sich mit der faktischen Vertreibung der Bürger aus ihrem Wohnraum und einer Umverteilung von Immobilien befassen.

Und angesichts der Tatsache, daß es sich beim Wohnungsmangel in erster Linie um eine Folgekrise der ungezügelter Migrationspolitik handelt, würden bei diesem Ansatz letztendlich einheimische Mieter, vor allem Rentner durch Migranten verdrängt werden. Die inländerfeindliche Dimension dieser katastrophalen Sozialpolitik kann nicht genug betont werden!"

Dabei liegt die Lösung Springer zufolge auf der Hand: Die AfD-Fraktion fordere einen unmittelbaren Migrations-Stop und die konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger Ausländer. "Anders läßt sich das Mißverhältnis zwischen Bevölkerungszuwachs und Wohnraum nicht

beseitigen. Nur so kann sich der Wohnungsmarkt wieder entspannen und die Pforte für irrsinnige Enteignungsphantasien wieder geschlossen werden", konstatiert der AfD-Politiker.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 7. Mai 2023: >>"Zirkuläre Wanderungsmuster": Fast jeder zehnte Ausreisepflichtige ist Mehrfach-Migrant

Etwa neun Prozent der rund 300.000 Ausreisepflichtigen sind mehrmals nach Deutschland zugewandert. Das geht aus einer Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hervor.

Wie "Welt am Sonntag" unter Berufung darauf berichtet, weisen vor allem Migranten aus Balkanstaaten "zirkuläre Wanderungsmuster" auf. So ist laut der Untersuchung fast jeder zweite ausreisepflichtige Serbe (47 Prozent) mindestens zweimal eingereist, bei Bosniern sind es 46 Prozent und bei Nordmazedoniern 42 Prozent.

Aktuell halten sich rund 300.000 Ausreisepflichtige in Deutschland auf. Laut BAMF reisten allein im Jahr 2022 rund 1.200 Ausländer wieder nach Deutschland ein, die in den Jahren zuvor Fördermitteln aus dem Bund-Länder-Programm kassiert hatten und "freiwillig" ausgereist waren. Das entspricht rund 15 Prozent aller vom Steuerzahler "geförderten" Ausreisen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 16. Mai 2023: >>Fachkräfte-Schwindel: "Wes Brot ich eß, des Migrations-Lied ich sing ..."

Die "Boston Consulting Group" lebt nicht schlecht vom Brot der Vereinten Nationen (UN). Deren Lied sang das internationale Beratungsunternehmen zuletzt vor einem halben Jahr mit der gewagten Behauptung, Migration sei eine Billionen-Euro-Chance.

Jetzt legen die Amerikaner mit einer neuen Auftragsarbeit nach. Das überraschende Ergebnis: Deutschland gewinne an Attraktivität als Zielland für Erwerbsmigration und liege im weltweiten Vergleich auf Platz zwei.

Im Widerspruch steht, daß Deutschland in einer OECD-Studie diesbezüglich abgeschlagen auf Platz 15 landet. Man könnte also glatt auf den Gedanken kommen, daß bestellte Studien der letzte Strohalm politischer Traumtänzer sind, um eine auf ganzer Linie gescheiterte Migrationspolitik zu rechtfertigen und um den Fachkräfte-Schwindel mit Blick auf die illegale und völlig aus dem Ruder laufende Masseneinwanderung aufrecht zu erhalten.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 16. Mai 2023: >>Jeder vierte Viertklässler kann nicht richtig lesen: Bildungsoffensive für echte Fachkräfte!

Eine aktuelle Studie belegt das katastrophale Scheitern der Migrations- und Bildungspolitik in Bund und Ländern: Laut der am Dienstag vorgestellten internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (Iglu) erreichen 25 Prozent der Viertklässler in Deutschland nicht das notwendige Mindestniveau beim Textverständnis, das für die Anforderungen der weiteren Schullaufbahn notwendig wäre.

Gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 2017 (19 Prozent) ist dieser Anteil noch einmal deutlich angestiegen. Diese Fakten verheißen für unser Land eine düstere Zukunft - und dies gilt um so mehr, wenn man betrachtet, wie gleichgültig die etablierten Parteien darauf reagieren.

Daß diese Entwicklung auch mit der unkontrollierten Masseneinwanderung und mit dem völligen Fehlen eines Anpassungsdrucks an die deutsche Gesellschaft zusammenhängt, liegt auf der Hand. Medienberichte formulieren diesen Aspekt nur mit verschwurbelten Andeutungen, um ihn dann gleich wieder zu relativieren:

"Die Entwicklung sei nicht nur auf eine Veränderung der Zusammensetzung der Schülerschaft zurückzuführen." Solange das Problem noch nicht einmal beim Namen genannt wird, braucht man sich nicht zu wundern, daß es nicht gelöst wird.

Doch auch die Schüler ohne sogenannten "Migrationshintergrund" befinden sich aufgrund der fortlaufenden Absenkung von Leistungsstandards und Disziplin auf dem Weg nach unten. Auch die völlig nutzlosen Schulschließungen, die wir Panikmachern wie Lauterbach zu ver-

danken haben, tragen ihren Teil dazu bei.

Und welchen Stellenwert sollen Leistung und Anstrengung bei Schülern schon noch haben, wenn Politiker und Medien das systematische Schulschwänzen goutieren, nur um schwachsinnige Klima-Demonstrationen zu fördern? Der Zustand unseres Schul- und Bildungswesens zeigt wie ein Fieberthermometer das Ausmaß der gesellschaftlichen und politischen Dekadenz an. Nur die AfD stellt sich gegen diese Dekadenz und setzt sich für eine Rückkehr zur Leistungs- und Anstrengungsgesellschaft ein.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 22. Mai 2023 (x1.314/...):
>>**Der Gottesstaat im Islam und die voraussehbare muslimische Mehrheit in Deutschland**

Von *H. W. Ludwig*

Der ungebremszte Zustrom arabisch geprägter Muslime nach Deutschland führt zu einem ständigen Wachstum der islamischen Gläubigen im Lande. Über die damit verbundenen Gefahren für die freiheitliche Ordnung wird offiziell nicht gesprochen.

Wie stark die Vorherrschaft der islamischen Gemeinschaft vor der Autonomie des Einzelnen den arabisch-muslimischen Menschen prägt, hat Dr. Burkhard Hofmann aus den Erfahrungen in seiner psychotherapeutischen Praxis eindrücklich beschrieben, worüber der vorige Artikel berichtet. Und der feste Glaube daran, daß die Gesetze Allahs das gesamte Gemeinschaftsleben von oben bestimmen müssen, bedeutet die Einheit von Staat und Religion, das Streben nach dem totalen Gottesstaat. Was kommt in der Zukunft da herauf?

Was entsteht, wenn der Islam einmal Mehrheitskonsens ist in Germany und sich die Strukturen in Richtung Gottesstaat verändern werden? Dr. Hofmann stellt diese Frage gegen Ende seines Buches. Bei dieser Bevölkerungs-Entwicklung scheint das in wenigen Generationen absehbar. Das Grundgesetz mit seinen "unveräußerlichen Grundrechten", so ist zu befürchten, wird dann genauso wenig eine Barriere sein, wie es das für die deutsche Parteienkaste in der totalitären Corona-Politik gewesen ist.

Die Glaubensgewißheit

"In all den Jahren meiner Tätigkeit am Golf mußte ich lernen zu verstehen", schreibt Dr. Hofmann, "daß ich trotz meiner religiösen Prägung nicht religiös bin. Jedenfalls nicht im Sinne eines Muslims. Für ihn ist der Glaube das Zentrum des Lebens. Alles dreht sich darum. Alles wird danach bemessen. ... Meine arabischen Patienten am Golf haben nicht nur einen Glauben, sie sind dieser Glaube. Der Glaube ist im Kern nicht relativierbar, so wie das für uns der Fall ist."

Omar habe einmal treffend formuliert, er könne es nicht abwarten, vor seinem Schöpfer zu stehen und diesem endlich zu begegnen, so wie jeder andere Muslim auch. Nur auf diesen Moment komme es an. Alles andere davor sei Vorbereitung, also unwichtig für alle Belange, die nicht mit Allah zu tun haben.

Auch ein irakischer Flüchtling in Hamburg bleibe in dieser Art des Denkens gefangen. Er wolle auf diesen zentralen "Edelstein in der Krone" seiner Existenz nicht verzichten. Dieser junge Mann sei hochintelligent, IT-Spezialist und ansonsten zu schwierigen Abstraktionsmanövern geistig in der Lage. Der Glaube bleibe dennoch unantastbar. Es finde keine Reflexion des kulturell-religiösen Erbes statt. Er sei mit einer Afghanin verlobt, schwärme von der Güte ihrer Seele und berichte, wie sehr er sie verehere. Nichtsdestotrotz feiere er jeden Tag ohne ihr Wissen ein ausgelassenes, säkulares Leben mit allen Freiheiten.

Im Westen werde oft eingewandt, daß der Islam kein einheitliches Glaubenssystem sei und es sehr verschiedene Auslegungen gebe. Das sei richtig, doch der arabische Islam habe größte Bedeutung, da er den Besitz der eigentlichen Sprache der göttlichen Offenbarung beanspruchen könne und in Arabien die heiligen Städte Mekka und Medina liegen. Zu behaupten, der arabische Islam habe keine normative Kraft auf alle Muslime, wäre genauso absurd, als wenn

man behauptete, der römische Katholizismus wäre nicht prägend für den Rest der katholischen Kirche.

Trennung von 600 Jahren Entwicklung

Dr. Hofmann weist auf einen ganz entscheidenden Unterschied zwischen der islamischen Glaubenswelt und dem Westen hin: die bisherige historische Entwicklung des Westens seit dem 15. Jahrhundert, dem Beginn der Neuzeit, in der ein naturwissenschaftliches Weltbild entstand und aus der Kraft des eigenen Denkens die Emanzipation der erwachenden Individualität von allen weltlichen und insbesondere auch religiös-kirchlichen Autoritäten vor sich ging und geht. Diese Entwicklung hat die islamische Welt nicht mitgemacht, sondern ist in einer gewissen religiös-dogmatischen Erstarrung stehen geblieben.

Aus dem Überlegenheitsgefühl beider Seiten, so Dr. Hofmann, nähre sich die Unlösbarkeit der kulturellen Konflikte. In den Augen des islamischen Gläubigen sei der Westen auf einer philosophisch minderwertigen Position, also unterlegen. Und ganz ähnlich sei es andersherum.

Eine kollektive Kränkung für die islamischen Gläubigen sei die sogenannte kopernikanische Wende: Die Erde sei keine Scheibe und Rom beziehungsweise Mekka auch nur ein beliebiger Ort auf diesem Planeten. So gebe es nicht die eine Wahrheit, sondern viele Wahrheiten. Was man glaube oder nicht glaube, hänge entscheidend von dem Ort ab, an dem man geboren wurde und der einen fortan kulturell präge. Was man einem Kind ab seiner Geburt mitgebe, werde es erst einmal als das selbstverständlich Gegebene erachten.

Erst mit der Lösung vom Elternhaus finde auch eine Auseinandersetzung mit den vermittelten Glaubensinhalten statt. Fehle diese Lösung wegen des Verbots des individuellen Selbständig-Werdens, bleibe diese Durcharbeitung dürftig oder falle ganz aus. Es brauche starke, unabhängige Persönlichkeiten, um der Mannigfaltigkeit der menschlichen Überzeugungen und Erscheinungsformen auf dieser Erde offen begegnen zu können.

"In vielen Gesprächen erschienen mir meine Patienten wie in einer Dreiecksbeziehung. Neben mir und meinem Gegenüber war ein Dritter bzw. ein Drittes anwesend. ... Wie bei einem Ehepaar, bei dem ein Partner eine Geliebte oder Geliebten hat. ... Ständig wurde offen oder implizit auf dieses Dritte, die Religion verwiesen, so daß es manchmal unmöglich wurde, an den Patienten heranzukommen. Auf emotionaler Ebene war der andere immer bei seinem Dritten, nicht bei mir und unserer therapeutischen Beziehung."

Die traurige Entwicklung der Ehesituation seines Freundes Hussein beschreibe diese Dreiecksbeziehung sinnfällig. Als Reaktion auf den Verlust ihres erstgeborenen Sohnes habe seine Frau Dalal begonnen, sich immer tiefer in ihre Religiosität hineinzubewegen, um dort Trost zu finden. Sei es für sie ein Gewinn an Frieden und Sinn gewesen, so für ihn der Verlust seiner Frau. Kaum eine Begegnung mehr, in der sie ihm nicht den Islam als Ausweg direkt oder indirekt ans Herz gelegt habe. Sie habe seitdem das Kopftuch mit Stolz und Überzeugung getragen. Für sie sei das Leben rund gewesen. Er habe nur seine alte Dalal zurück haben wollen, ohne ständig an ihrem "Lover", der innig empfundenen Religion, gemessen zu werden.

Der eine allmächtige, menschenferne Gott

Dr. Hofmann, fragt sich, ob die Unfähigkeit zu kritischer Selbstreflexion auch an der Struktur des Gottesbildes im Islam liege. Der Gott des Islam sei das große Eine, das Mysterium, ungeteilt, abstrakt und menschenfern, die unfassbare Großartigkeit. Die Auseinandersetzung mit diesem Gott sei von vornherein streng reglementiert - und Regelüberschreitungen würden im schlimmsten Fall mit der Höchststrafe, der Vertreibung in die Hölle, beantwortet.

Gleichzeitig werde das christliche Gottesbild, insbesondere die Trinität, mit einer Mischung aus Verachtung und Überlegenheit abgetan. Von der Vorstellung eines Gottes, der in verschiedene Repräsentanten gliedert sei, gelte es sich mit aller Gewalt zu distanzieren.

Vielleicht sei dies ja genau das Problem. Auch wenn die Trinität nur verschiedene Aspekte

des Göttlichen beschreiben solle, sei sie doch ein Bild dafür, daß Gott zu sich selbst auf Distanz gehen könne. Aus Gottvater, Christus und dem Heiligen Geist könnten leichter das Ich, die Instanz, die alles integriere, das Selbst und das Dritte, der von außen betrachtende Geist, werden, als wenn der Mensch einem letztlich gestaltlosen Gott gegenüberstehe, und das Ich keine Chance habe, sich von ihm zu emanzipieren.

So werde aus dem Heiligen Geist die Instanz, die in der europäischen Tradition die Freiheit, das Denken, die Selbstdistanz und Selbstreflexion symbolisiere. ...

Man kann noch hinzufügen: In der christlichen Trinität steht der Sohn dem Vater als Selbstständiger, als ein eigenes freies Wesen gegenüber. "Indem Mohammed dem Gotte den Sohn abspricht, sperrt er ihn in seine absolute Transzendenz gleichsam ein. Das hat Folgen auch für das menschliche Selbstverständnis."

So heißt es in der Sure 19 des Koran: "Keiner in den Himmeln und auf Erden darf sich dem Erbarmer anders nahen denn als Sklave." Und von den wahren Gläubigen wird gesagt: "Du siehst sie sich verneigen und niederwerfen, Huld begehrend von Allah und Wohlgefallen. Ihre Merkzeichen auf ihren Angesichtern sind die Spur der Niederwerfung" (Sure 48). Mit den "Merkzeichen des Gläubigen" ist der Staub auf seiner Stirn gemeint.

"Allah, dem gegenüber es nur im Staub liegende Sklaven gibt - das läßt an einen orientalischen Despoten denken, an einen allgewaltigen Sultan, wie ihn gerade die Welt des Islam manchmal mit einer gewissen Großartigkeit hervorgebracht hat. Der einsam Thronende blickt nur herab auf die Rücken der im Staub Liegenden - er hat kein Du, kein Angesicht gegenüber."

Ihm gegenüber gibt es nur gehorsame Kreaturen.

In einer Sitzung, berichtet Dr. Hofmann, sei es einmal um Schuld und Strafe bei Ehebruch gegangen. Die Patientin habe befürchtet, wenn sie ihren Wünschen nachginge, hätte sie vor Allah und den Menschen die Steinigung verdient. Sie habe sich kaum von dieser Angst lösen können.

Christus lehre dagegen im Neuen Testament: "Wer ohne Fehl ist, werfe den ersten Stein." Das sei eine allgemeine moralische Anweisung, sich nicht über den (vermeintlichen) Sünder zu erheben. Da niemand ohne Fehl sei, verbiete der Satz de facto die Steinigung und rate zur Zurückhaltung bei Strafen.

Im islamischen Glauben finde eine ganz andere Akzentuierung statt. Die Übersetzung des Steinigungsverses, der, obwohl nicht-koranisch, fester Bestandteil der Überlieferung für die Strenggläubigen sei, laute: "Wenn ein bejahrter Mann und eine bejahrte Frau Unzucht treiben, so steinigt sie auf jeden Fall als Strafe Gottes. Und Gott ist gütig und weise."

"Von der Koranlehrerin Hala", so Dr. Hofmann, "selbst Schwester eines berühmten Imams, mußte ich lernen, welche Gnade und Feinheit im Islam erkennbar sei, da er über die Scharia selbst die Steinigungsgröße für die Steinigung festlege, nicht zu groß, damit es nicht zu schnell gehe und die Seele im Fegefeuer der Schmerzen Gelegenheit zur Reinigung für das Paradies habe, nicht zu klein, damit es nicht zu lang dauere und die Menschlichkeit gewahrt bleibe. So schafft die Klarheit der Anweisung zur Strafe zum einen Sicherheit und Rechtsverbindlichkeit."

Sicherlich gebe es sehr viele Muslime bei uns wie auch in den Ländern des Persischen Golfes, die diese Interpretation strikt ablehnten. Die Menge derer, für die solche Glaubensinhalte aber schlicht verbindlich seien, habe ihn oft erschauern lassen. Sei einmal der Primat der Religion etabliert, gebe es kaum einen Weg zurück in eine gemäßigte Interpretation und individuelle Auslegung der Schriften.

Einheit von Religion und Staat

Zum Glauben gehöre die Scharia, die Gesamtheit der islamischen Gesetze, die ihre Quellen im Koran und in der Sunna, der herrschenden Praxis, findet und wegen seines göttlichen Ur-

sprungs als unveränderlich gilt. Die Scharia sei zwar auch kein einheitliches Rechtssystem und unterliege unterschiedlichen Deutungen und historisch bedingten Auslegungen verschiedener Rechtsschulen.

Allen gemeinsam bleibe aber die Unterwerfung des Gläubigen unter das Gesetz Allahs, auch und gerade im Hinblick auf die Gesetzgebung des Staates. Diese müsse im Einklang mit den religiösen Schriften und Überlieferungen stehen, könne also nicht Ergebnis einer demokratisch gefundenen Vereinbarung sein.

Die Vorstellung, daß bei uns das Grundgesetz maßgebend sei und nicht das überlieferte Wort Gottes, könne bei einem streng gläubigen Muslim nur Kopfschütteln hervorrufen. Er dürfe diese Säkularisierung des Denkens gar nicht vollziehen, denn dann wäre das ganz Glaubenssystem gefährdet. So sei die Vorstellung eines Euro-Islam für seine arabischen Patienten lächerlich oder bestenfalls abwegig.

Bei ihnen sei das Ich als autonome, sich selbst bestimmende Individualität also noch nicht vom großen Ganzen emanzipiert. Eine Distanz vom Göttlichen sei daher eine Unmöglichkeit. Es sei daher wenig erstaunlich, wie selbstverständlich die Neigung im Politischen daherkomme, sich starken Autoritäten zu unterwerfen. Die Hoffnung, daß eine große Kraft es schon richten werde, sei nur folgerichtig. Demokratie, Diskursfähigkeit, sich argumentativ in allem verletzlich machen dürfen, bleibe ungeübt.

"Unvermeidbar ist, daß, wenn der Islam einmal Mehrheitskonsens ist, sich die Strukturen in Richtung Gottesstaat verändern werden. Einen Weg zurück gibt es dann nur noch unter Mühen. Es ist Aufgabe jedes gläubigen Muslims, diesem Wertesystem zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu zählt auch, die Scharia als Weg 'den Himmel auf Erden' zu errichten.

Uns hier fehlt, daß wir diese Menschen in ihrem Glauben wirklich ernst nehmen. Das Gefühl für eine derartige religiöse Inbrunst ist uns abhandengekommen. Das Einlassen darauf sollte uns aber nicht abhalten, die richtigen Schlüsse für unser eigenes Gemeinwesen zu ziehen."

Dies stelle die Frage nach dem Umgang mit dem eigenen muslimischen Bevölkerungsanteil und damit auch den Flüchtlingen. Wie sollten wir mit dem explizit Fremden umgehen? Toleranz stoße dort auf Schwierigkeiten, wo sie auf das Überlegenheitsgefühl des Gastes, des Flüchtlings, treffe. Dieses Überlegenheitsgefühl sei unverzichtbarer Bestandteil des Islams bei aller Freundlichkeit, die uns im Einzelnen entgegengebracht werde.

So sprächen die meisten seiner gläubigen Patienten intern nicht von einem Dialog der Religionen, sondern von "Einladung", was bedeute, daß sie ihr andersgläubiges Gegenüber nicht auf Augenhöhe empfänden, sondern als jemand, der bestenfalls missioniert werden müsse.

Die Religion sei für viele, besonders die traumatisierten Flüchtlinge, das Letzte, woran sie sich festhalten könnten. Von der Welt verlassen, wollten sie nicht auch noch gottverlassen sein. Es sei ihr letzter seelischer Widerstandspunkt, der letzte Widerstand gegen eine Welt, die sie durch ihre gescheiterten Gesellschaften als Gescheiterte ausgestoßen habe.

Die Relativierung ihrer eigenen Religion würde den Heimatlosen noch die existentielle Heimatlosigkeit abverlangen. Das sei zu viel. Sei der mit so viel Stolz gelebte Islam doch die letzte unversieglige Quelle von Selbstwert.

Das sei das Dilemma des Gastlandes. Wir könnten ihnen diese letzte Quelle des Stolzes nicht nehmen. Zu herzlos sei es, wenn wir behaupteten, daß der Islam neben vielem anderen auch eine Quelle des Scheiterns sei, weil er die Anpassung an die Moderne erschwere. So brächten die Flüchtlinge eine Religiosität mit zu uns, die die Trennung von Kirche und Staat verbiete, worüber wir uns aber auch keiner Illusion über die Machbarkeit von Integration hingeben dürften.

Der Glaube bleibe für den strenggläubigen Muslim auch in weltlichen Fragen letzte Autorität. Und unsere Vorstellung der Trennung von Kirche, Glauben und Staat werde als defizitäre Position angesehen. Aus dieser Perspektive betrachtet, gehöre der Islam eben nicht zu Deutsch-

land. Das Verleugnen des Trennenden helfe nicht bei der Wirklichkeitsbewältigung. Die Spannung zwischen religiösen Überlegenheitswünschen und hilfsbedürftiger Unterlegenheit sei für jeden Flüchtling schwer auszuhalten. Die Betonung der Überlegenheit der Religion führe fast zwangsläufig zu einer Verhärtung der inneren religiösen Verfaßtheit, gerade weil sie so viel seelischen Ballast zur narzißtischen Kompensation schleppen müsse.

Wie also solle man dieser behaupteten Überlegenheit und dem dadurch ausgelösten Gefühl in uns selbst begegnen? In vielen Sitzungen sei dies eine Herausforderung für Dr. Hofmann gewesen. Die Hilfsbedürftigkeit auf der einen, der stolze Blick nach unten auf ihn herab auf der anderen Seite: Die strukturelle Ähnlichkeit zu den kulturellen Problemen der Immigration und der Flüchtlingssituation in Europa und besonders Deutschland dränge sich auf. So schlicht es klinge, der Patient wolle ja etwas von ihm und nicht umgekehrt. Auf diese Ungleichheit müsse sich der Patient bei allem gegenseitigen Respekt einlassen.

So verhalte es sich auch in unserer Gesellschaft. Die Migranten und Flüchtlinge wollten ja etwas von uns. Wenn aber unserer Grundlage des Zusammenlebens, das ihnen unsere Hilfe ermögliche,

"der Respekt versagt bleibe, sollten wir aufhören, uns gegenseitig zu überfordern. Nicht alles ist überbrückbar, nicht jede Eigenart ist mit der anderen so kompatibel, daß ein gedeihliches Zusammenleben eine Chance hat. Und manchmal ist das Getrenntleben nicht nur für Paare die bessere Lösung."

Die Zukunft in Deutschland

Doch die in Deutschland herrschende Parteienclique denkt gar nicht an eine Trennung. Es gibt weder Forderungen nach einer wirklichen Integration in unsere Kultur, noch nennenswerte Abschiebungen. Im Gegenteil werden Migranten unentwegt durch sofortige hohe Sozialleistungen und sperrangelweit offene Grenzen in Massen geradezu systematisch ins Land gelockt - unter permanenter Verletzung des Grundgesetzes und einschlägiger Gesetze. Im Haß auf das eigene Volk sind die Machthaber in Deutschland die eifrigsten Vollstrecker einer globalen Agenda, die Homogenität der Volkskulturen aufzulösen.

Bei den sinkenden Geburten in der deutschen Bevölkerung, dem größeren Kinderreichtum der Zugewanderten und dem weiteren ungebremsten Zustrom vor allem von Menschen islamischen Glaubens ist eine Mehrheit absehbar.

In den deutschen Kindergärten machte der Anteil der Migrantenkinder im März 2022 im Schnitt bereits 31,2 %, in Brennpunkten bis zu 70 bis 80 % aus, zumeist ohne Deutschkenntnisse und mit stolzem, aggressivem Auftreten der Kinder und Eltern, wie es für islamische Kreise vielfach typisch ist. Die Prognose, daß bereits in ein bis zwei Generationen in Deutschland eine Mehrheit von Muslimen entstanden sein kann, mit allen oben angedeuteten gesellschaftlichen Folgen, ist nicht von der Hand zu weisen.

Es sind gezielt inszenierte und mit unbändiger Energie betriebene Entwicklungen, deren katastrophale kulturelle und politische Ergebnisse schon jetzt unumkehrbar scheinen und für die es menschengeschichtlich noch keine kriminellen Kategorien gibt.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 27. Mai 2023: >>>**Auf Steuerzahlerkosten: Anti-Deutschland-Ampel ließ mehr als 52.500 "Flüchtlinge" einfliegen**

Abseits des regulären Asyl-Systems sind seit Januar 2022 bis Ende März 2023 mehr als 52.500 "Flüchtlinge" nach Deutschland gelangt, und zwar per "Baerbock-Airlines" auf Kosten der deutschen Steuerzahler! Die größte Gruppe waren mit Abstand Afghanen, ungeachtet der jüngst bekannt gewordenen Warnungen der deutschen Botschaft in Islamabad vor immer mehr Paßfälschungen. Es folgten Syrer, die der Türkei gemäß einer EU-Absprache aus 2016 abgenommen wurden.

Wie aus Angaben der Regierung gegenüber dem Deutschen Bundestag hervorgeht, lag die Zahl allein dieser Migranten mit quasi Sonderstatus von Januar bis Dezember 2022 im Schnitt

bei monatlich zwischen ca. 3.100 und rund 4.700 Personen - zusätzlich zu allen anderen Asylbewerbern!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 31. Mai 2023: >>**Zahl der Einbürgerungen auf 20-Jahres-Hoch!**

Von *Daniell Pföhringer*

In Deutschland sind im vergangenen Jahr etwa 168.500 Ausländer eingebürgert worden. Laut Statistischem Bundesamt waren dies 28 Prozent mehr als im Vorjahr - und so viel wie zuletzt vor 20 Jahren!

Zahl der Einbürgerungen auf 20-Jahres-Hoch!

- In Deutschland sind im vergangenen Jahr etwa 168.500 Ausländer eingebürgert worden. Laut Statistischem Bundesamt waren dies 28 Prozent mehr als im Vorjahr - und so viel wie zuletzt vor 20 Jahren!

- Die größte Gruppe der Eingebürgerten machten Syrer mit einem Anteil von 29 Prozent aus. 2022 wurden insgesamt 48.300 syrische Staatsangehörige eingebürgert. Das waren mehr als doppelt so viele wie 2021 (19.100). Sie waren im Schnitt 24,8 Jahre alt und zu zwei Dritteln männlich.

- Bei Syrern gab es auch den mit Abstand deutlichsten Anstieg bei Einbürgerungen (plus 29.200), gefolgt von Ukrainern (plus 3700), Irakern (plus 2400) und Türken (plus 2000). Eingebürgert wurden laut Bundesamt Menschen mit 171 unterschiedlichen Staatsangehörigkeiten.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 31. Mai 2023: >>**Für die Gäste nur das Beste: Luxushotel für "Flüchtlinge" - 600.000 Euro Miete pro Monat!**

Ein extravagantes Vier-Sterne-Hotel an der Autobahn im nördlichen Ruhrgebiet soll zu einer sogenannten Flüchtlingsunterkunft umgebaut werden. "Verkehrsgünstig, aber dennoch ruhig gelegen" sei das Haus, wirbt der Hotelbetreiber auf seiner Webseite. Mit der Ruhe dürfte es in der Ruhrgebietsstadt Gladbeck bald vorbei sein:

In dem Vier-Sterne-Hotel sollen "Flüchtlinge" aus aller Herren Länder unterkommen. 620 Plätze seien geplant, heißt es laut Medienberichten. Denn: Die Luxus-Herberge soll künftig als Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) des Regierungsbezirkes Münster fungieren - für mehr als 600.000 Euro Kosten monatlich!

Wie die "Bild-Zeitung" berichtet, setzt sich dieser Betrag wie folgt zusammen: 320.000 Euro Kaltmiete; 40.000 Euro für Einrichtung und Möbel; 245.000 Euro für nicht näher beschriebene Zusatzdienstleistungen. Auch Umbaukosten werden dem Bericht zufolge von den Steuerzahlern übernommen. Die garantierte Vertragslaufzeit soll zehn Jahre betragen. Im Klartext: In Nordrhein-Westfalen stellt man sich auf eine quasi dauerhafte Masseneinwanderung ein!

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 1. Juni 2023: >>**Frankfurt: Deutscher Fußballer (15) totgeprügelt**

Von *Sven Eggers*

Unglaublich: Der 15-jährige Paul überlebt ein Fußballturnier nicht, weil er von einem Moslem totgeschlagen wurde. Was ist bloß los in diesem Land? ...

Ein Fußball-Pfingstturnier für Jugendliche in Frankfurt am Main endete für einen jungen Deutschen tödlich. Nach Abpfiff der Partie seiner Berliner Mannschaft gegen den FC Metz aus Frankreich schlug ein gegnerischer Spieler den erst 15-jährigen Paul zu Boden. Das Opfer erhielt von hinten einen heftigen Schlag gegen den Kopf. Der Deutsche sackte zusammen - und kam nicht wieder zu sich.

Er wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen schließlich ins Krankenhaus eingeliefert. Doch jede Hilfe kam letztlich zu spät. Einen Tag später erlag Paul den Folgen des brutalen Angriffs. Der Täter, ein 16-jähriger Moslem mit französischem Paß, wurde festgenommen. Gefährliche Körperverletzung mit Todesfolge lautet der Vorwurf. Die Polizei sucht weitere Zeugen der

Untat.

Entsetzen in Berlin

Der junge Paul hatte das Fußballspielen beim BFC Dynamo Berlin erlernt. Der Traditionsklub verbreitete umgehend eine mitfühlende Stellungnahme. Dort heißt es:

"Unser langjähriger und ehemaliger Jugendspieler Paul wurde viel zu früh aus dem Leben gerissen. Diese unerwartete Tragödie hat die komplette BFC-Gemeinde fassungslos gemacht und uns tief in unseren Herzen berührt."

Sein aktueller Verein, der Jugendfußballklub Berlin, wollte sich "mit Rücksicht auf das offene Verfahren" zunächst nicht äußern.

Das Fußballturnier zählte zum sogenannten Germany-Cup für Jugendliche zwischen 9 und 19 Jahren. Es wurde an zwölf verschiedenen Orten in der Bundesrepublik ausgetragen, so auch in Frankfurt am Main. Fair Play spielt in der Eigenwerbung der Veranstalter eine große Rolle. Ein "internationales Jugendturnier mit hohem Erlebnisfaktor" versprach der einstmalige Bundesligaprofi Erik Meijer in einer Video-Werbebotschaft im Vorfeld.

Aggressives Auftreten

Nach dem Spiel des JFC Berlin gegen den FC Metz sei es zu einer heftigeren Rangelei zwischen den Mannschaften gekommen, so Augenzeugen. Berlin hatte 1:0 gewonnen. Die Metz-Spieler seien sehr aggressiv aufgetreten, heißt es. Dann schlug der Täter zu. Er soll zuvor schon einem weiteren Spieler ins Gesicht geschlagen haben, ehe er auf den jungen Paul losging, der keine Chance hatte, weil der tödliche Schlag "hinterrücks" erfolgt sei. Noch am Platz waren Ärzte und Feuerwehrleute vergeblich darum bemüht, Paul wiederzubeleben.

Trauerbekundungen gibt es derzeit zahlreiche, darunter auch der Deutsche Fußball-Bund oder die Berliner SPD-Innensenatorin Iris Spranger, die verlautbaren läßt: "Daß nach einem Fußballspiel in Frankfurt am Main ein junger Spieler aus dem Leben gerissen wurde, macht mich fassungslos, läßt mich sprachlos zurück. Ich wünsche den Angehörigen, den Freundinnen und Freunden, dem Team unendlich viel Kraft in dieser dunkelsten Stunde."

Geständiger Täter

Der Täter bedauere seine Tat, so die Frankfurter Kriminalpolizei. Er gibt an, daß er Muslim sei und für den Berliner Spieler von ganzem Herzen bete. Sein Anwalt argumentiert offenbar damit, daß die zunächst Provokationen von Berliner Spielern ausgegangen sei. Er selbst war allerdings gar nicht vor Ort.

Daß der FC Metz als ein von ethnischen Gruppen dominierter Verein wahrgenommen wird, ist in Fußballkreisen bekannt. Im Jugendbereich liegt die Migrantenquote bei 90 Prozent. Im Jahrgang 2006, also eben bei den 16- und 17-Jährigen, finden sich quasi ausschließlich dunkelhäutige Kicker.

An Themen wie Entwurzelung von Jugendlichen aus aller Herren Länder, vollständig gescheiterter Integrationspropaganda oder Folgen einer Politik gegen die Interessen der Menschen hat sich bislang noch kein etabliertes Medium oder politisch Verantwortlicher getraut.

Wie lange wollen sich die Deutschen solche Zustände noch gefallen lassen? ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 1. Juni 2023: >>**Pöbeln und Grapschen: Es ist Sommer in der BRD**

Von *Sven Eggers*

Die bundesdeutschen Freibäder öffnen erst in diesen Tagen nach und nach - und schon werden Grapsch-Fälle gemeldet. Das passiert, wenn gegen den Willen der Deutschen Politik gemacht wird. Protest ist notwendig! ...

Im vergangenen Sommer gab es in deutschen Freibädern massive Probleme mit migrantischen Männerhorden. Da wurde wiederholt gegrapscht und geprügelt. Vielfach mußte die Polizei in großer Stärke anrücken. Am Eingang patrouillierende Sicherheitsleute zählen teilweise schon zum Alltagsbild bundesdeutscher Freibäder.

Neue Attacken

Jeder, wirklich jeder, weiß um die Ursachen: Offene Grenzen, unkontrollierte Zuwanderung, Duldung selbst krimineller Ausländer, politisches Versagen. In diesen Tagen ist es nun wieder soweit: Die Freibad-Saison beginnt. Mit dem heutigen Tag haben so ziemlich alle Bäder wieder geöffnet haben. Und schon werden aus Kaiserslautern und Stuttgart die ersten Grapsch-Attacken gemeldet:

- In einem Freibad in Stuttgart-Untertürkheim hat am Pfingstsonntag ein 23-jähriger Syrer ein zwölfjähriges Mädchen bedrängt und massiv sexuell belästigt. Der Täter konnte festgenommen werden. Es erging zwischenzeitlich Haftbefehl.

- Kurz zuvor hatten am gleichen Tatort junge Männer wiederholt zwei 18-jährige Frauen attackiert. Die Angreifer schwammen mehrfach junge Damen an, belästigten und betatschten sie. Einer der Grapscher konnte gestellt werden. Er ist erst 13 Jahre alt.

- Nur einen Tag später begripschten abermals in Stuttgart-Untertürkheim vier Männer im Alter von 20 bis 30 Jahren mehrere Mädchen, 13, 14 und 15 Jahre alt. Die Polizei nahm einen 29-Jährigen fest. Mittlerweile ist er wieder auf freiem Fuß.

- In Kaiserslautern haben am Pfingstmontag mehrere Jugendliche eine junge Mutter nach einem Freibad-Besuch überfallen und niedergeschlagen. Die Frau hatte sich zuvor über das Verhalten der Bande beschwert. Ein Polizeisprecher: "Als die Frau in Begleitung ihrer kleinen Kinder das Schwimmbad verließ, folgten ihr die Jugendlichen.

Ein bislang unbekannter Täter aus der Gruppe schlug ihr mit der Faust ins Gesicht." Ihr Ehemann habe die Gruppe dann letztlich zurückdrängen können, Zeugen verständigten derweil die Polizei. Obwohl die Täter flüchtig sind, verzichten Ermittler und Medien auf genaue Fahndungsangaben, etwa zur mutmaßlichen Herkunft der Beteiligten.

Gescheiterte Integrationspolitik

Es handelt sich um Verhaltensweisen entwurzelter Heranwachsender, quasi Produkte einer desaströs gescheiterten Integrationspolitik. Sie sind stolz auf ihre ursprüngliche Herkunft und haben vor, den Deutschen zu demonstrieren, wer in den Städten das Sagen hat und daß man stärker ist als staatliche Stellen, als Bademeister oder Ordnungsdienste. Eine von der Politik im Stich gelassene Polizei ist voll und ganz überfordert, die Gesellschaft ist es schon lange.

Es geht so nicht mehr weiter. Seit Jahren agieren Politiker gegen den Willen des Volkes. ...<< Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. Juni 2023: >>**Mieter raus, Migranten rein: "Schöner Wohnen" jetzt auch in Bodensee-Nähe**

Wir schaffen Platz: 18 Mietern wurde im baden-württembergischen Neukirch (Bodenseekreis) gekündigt. Laut Medienberichten will der neue Eigentümer, die Stadt Rottweil, das Wohnhaus an das Landratsamt vermieten, das bis zu 40 Migranten in dem Gebäude einquartieren möchte.

Damit setzt sich ein Trend fort, der vor allem im "grün-schwarz" regierten Baden-Württemberg auf dem Vormarsch ist: Öffentliche Wohnungsgeber versuchen alteingesessene Mieter loszuwerden, um Platz für Zuwanderer zu schaffen. Im Februar erst hatte die Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Lörrach bundesweit für Aufsehen gesorgt, als sie 40 Mietern lapidar mitteilte, daß ihre Wohnungen für ukrainische Migranten gebraucht würden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 3. Juni 2023: >>**Illerkirchberg-Prozeß: Der Messer-Killer aus Eritrea stach zu, weil er heiraten wollte**

Ein halbes Jahr nach der Bluttat von Illerkirchberg (Baden-Württemberg): Das Medien-Interesse und die Sicherheits-Vorkehrungen beim Prozeßauftakt am Freitag (2. Juni) waren groß. Weil ein Prozeßbeteiligter verhindert war, wurde vor dem Landgericht Ulm zunächst nur die Anklageschrift gegen Okba B. (27) aus Eritrea verlesen. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm Mord und versuchten Mord in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung vor.

Laut Anklage war ein Reisepaß für seine geplante Eheschließung in Äthiopien das Motiv des

Messer-Killers, wie die Staatsanwältin zum Prozeßbeginn erklärte. Laut Anklage wollte der Afrikaner am 5. Dezember 2022 mit dem Messer beim Landratsamt die notwendigen Ausweispapiere erzwingen, als ihm die beiden Mädchen beim Verlassen des Hauses zufällig über den Weg gelaufen seien. Er ging demnach davon aus, daß die Schülerinnen das Messer bei ihm gesehen hätten und habe deshalb zugestochen. Die 14 Jahre alte Schülerin Ece S. starb an ihren Verletzungen im Krankenhaus, ihre 13 Jahre alte Freundin überlebte schwer verletzt. << Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 6. Juni 2023: >>**Islam & Klima: Die gefährliche Doppel-Unterwanderung der CDU**

Es ist ein nicht mehr nur schleichender Prozeß: Klima-Sektierer und Islam-Funktionäre unterwandern systematisch die Merz-CDU und gewinnen zunehmend Einfluß auf deren Programmatik. Sie kommen als Trojanisches Pferd in Gestalt einer "KlimaUnion e.V." daher und als Fünfte Kolonne von Islam-Verbänden, deren Vertreter sich als "Muslime in der CDU" organisiert haben. Die gefährliche Doppel-Unterwanderung macht die nach links gerückte Union für freiheitlich-konservative Wähler noch unwählbarer als ohnehin schon!

Es war eine Meldung, die in den linksgrünen Redaktionsstuben der Mainstream-Medien vergangene Woche regelrecht für Entzücken sorgte: Der vor zwei Jahren gegründete sogenannte Verein "KlimaUnion" hat einen neuen Vorstand. Neuer und alter Vorsitzender ist der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Heilmann. Seine Stellvertreterin ist die Juristin Wiebke Winter, die auch im Bundesvorstand der CDU sitzt und Chefin der "Jungen Union" (JU) in Bremen ist.

Der ehemalige Berliner Justizsenator Heilmann ist ein hartgesottener Klima-Ideologe, der auch gut zu den "Grünen" passen würde. Gemeinsam mit anderen Unions-Abgeordneten formulierte er die "Grüne Null". Bis spätestens 2040 soll Deutschland demnach bei klarer Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels "klimaneutral" wirtschaften. Neben einem höheren CO2-Preis fordert die CDU-Klimasekte die Vervielfachung von Erneuerbaren Energien, hier insbesondere die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Windrad-Monster und Solar-Parks.

Ziele wie "Letzte Generation"

Zu den sieben Gründungsmitgliedern des obskuren Vereins gehört Heinrich Strößenreuther, seinerseits Gründer der sogenannten Klimaschutzorganisation "GermanZero" und Initiator der Berliner Initiative "Volksentscheid Fahrrad". "Wir sind angetreten, weil wir denken, es geht besser und es muß auch leider besser gehen", sagt die hessische Start-Up Unternehmerin Bianca Praetorius, die zum Finanzvorstand der "KlimaUnion" gewählt wurde. Heilmanns Stellvertreterin Wiebke Winter, gern gesehener Gast in den Talkrunden von ARD und ZDF, spricht es ganz offen aus: "Ich verfolge dasselbe Ziel wie die 'Letzte Generation'."

Merken Sie etwas? Das "grüne" Trojanische Pferd ist nicht nur ante portas - es ist schon mitdendrin in der Union! Sie nennen sich "Muslime in der CDU" und machen vehement Front gegen Kopftuch-Verbote. Mit dem "C" im Parteinamen der CDU seien Werte und eine Haltung verbunden, die auch Muslime teilen könnten.

Diese unverfrorene Meinung vertrat die türkischstämmige "Islamwissenschaftlerin" Cemile Giousouf gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur "idea". Sie war von 2013 bis 2017 die erste muslimische Abgeordnete der CDU im Deutschen Bundestag. Nicht von ungefähr stammte sie aus Nordrhein-Westfalen, wo die CDU unter dem früheren Ministerpräsidenten Armin Laschet ("Türken-Armin") zur "Christlichen Döner Union" mutierte, wie Kritiker ätzen.

Fakt ist: Die Unterwanderung der deutschen Parteienlandschaft, namentlich vor allem der CDU, durch den Politischen Islam ist nirgendwo weiter fortgeschritten als an Rhein und Ruhr im bevölkerungsreichsten Bundesland. Islam-Funktionäre arbeiten auf allen Ebenen in Gesellschaft und Politik daran, ihrer auf weltliche Machtübernahme angelegten Ideologie zum Ziel zu verhelfen - das da lautet: Deutschland in ein islamisches Land umzuwandeln, in dem isla-

mische Rechtsnormen gemäß der "Scharia" herrschen.

"Die Gefahr trägt nicht immer Kaftan und Vollbart"

Islam-Kritiker Michael Stürzenberger warnt: "Nicht nur Kaftan und Vollbart tragende Salafisten stellen eine große Bedrohung für unsere freiheitliche demokratische Gesellschaft dar. Ebenso arbeiten viele äußerlich vermeintlich gut integrierte, aber innerlich radikale Moslems möglichst unauffällig in berühmt-berüchtigter Salomitaktik daran, das totalitäre Glaubens-, Rechts- und Politiksystem des Politischen Islams auf der Grundlage der Scharia in Deutschland Stück für Stück durchzusetzen."

Der frühere CDU-Politiker Zafer Topak schaffte es, 16 Jahre lang in der NRW-CDU Politik aktiv mitzugestalten, bevor ans Licht kam, daß er ein türkisch-islamistischer Rechtsextremist der vom Verfassungsschutz beobachteten "Graue Wölfe" war. 2017 wurde Topak aus der CDU ausgeschlossen. Dessen ungeachtet hielt die Duisburger CDU an ihrem Rats Herrn Sevet Avci fest, obwohl auch ihm eine Nähe zu türkisch-islamistischen Rechtsextremisten nachgesagt wurde.

Die mit den Wölfen tanzen

Auch nach mehreren anderen bekannt gewordenen Fällen von Anhängern der türkischen rechtsextremen Vereinigung "Graue Wölfe", die in der CDU von Nordrhein-Westfalen aktiv waren, kann sich die Partei immer noch nicht dazu durchringen, einen eindeutigen Beschluß der Unvereinbarkeit zu treffen. Nicht nur das zeigt, wie groß inzwischen der innerparteiliche Einfluß des Politischen Islam in der Partei mit dem hohen "C" ist! Der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) entblödete sich nicht, dem Islam zu bescheinigen, dieser sei "ein Teil Deutschlands".

So wundert nicht, daß in der NRW-CDU auch Personalien wie diese für Schlagzeilen sorgten: Tansel Ciftci, bis zuletzt auf CDU-Ticket kommunaler Funktionsträger, ist Vorsitzender des Moscheevereins der Yunus-Emre-Moschee Neuss. Diese Moschee ist eine DITIB-Moschee. DITIB wiederum ist die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB = Diyanet Isleri Türk Islam Birliği) und untersteht der Leitung und Kontrolle des staatlich-türkischen Präsidiums für religiöse Angelegenheiten (Diyanet Isleri Başkanlığı), das wiederum direkt dem türkischen Präsidenten unterstellt ist.

Ende April 2022, kurz vor der NRW-Landtagswahl, kursierten Bilder des Neusser CDU-Landtagsabgeordneten Jörg Geerlings, der sich zum "Fastenbrechen" in den Räumen der "Grauen Wölfe" aufgehalten hatte. Geerlings ist CDU-Stadtverordneter in Neuss, mit Unterbrechungen seit 2010 NRW-Landtagsabgeordneter, aktuell Justitiar des CDU-Fraktionsvorstandes sowie Mitglied im Innen- und im Rechtsauschuß des NRW-Landtages.

Muslimischer CSU-Bürgermeister

Übrigens: Auch in der CSU, die das "C" im Parteinamen gerne noch höher hängt als die CDU, kann man als Muslim politische Karriere machen - so wie der Türkischstämmige Ozan Iyibas als Bürgermeister im oberbayerischen Neufahrn.

Ins Bild paßt abschließend: Die Berliner CDU war bei der Abgeordnetenhauswahl im Februar auch unter muslimischen Wählern die stärkste Partei, wie Daten aus der Nachwahlbefragung der "Forschungsgruppe Wahlen" zeigen. Demnach holten die Christdemokraten bei Muslimen 27,7 Prozent - fast drei Prozentpunkte mehr als die SPD und mehr als dreimal so viel Stimmen wie die "Grünen"!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 6. Juni 2023: >>**Schluß mit der grünen "Sexismus-Hysterie"!**

Das politisch-mediale Schmierentheater um angeblichen "Sexismus" auf Konzerten geht in die nächste Runde. Nun schaltet sich allen Ernstes auch noch die grüne Bundesfamilienministerin Lisa Paus ein und fordert Schutzbereiche für Frauen bei Konzerten, den Einsatz von "Awareness-Teams" und ein "Bündnis gegen Sexismus".

Wenn solche Schlagworte von Grünen-Politikern ins Spiel gebracht werden, dann kann man sicher sein, daß es längst nicht mehr um den Schutz von Frauen vor Übergriffen geht - sondern um "Woke-Ideologie" und generalisierende Panikmache und Verdächtigungen.

Dabei ist die ganze Diskussion vor allem eines: Scheinheilig und verlogen. Paus und die Grünen verschließen wie keine andere Partei die Augen, wenn muslimische Zuwanderer deutsche Frauen vergewaltigen oder sexuell belästigen.

Wo sind denn Paus und all die selbsternannten Frauenschützer und Gender-Musterschüler aus dem linksliberalen Bereich, wenn Mädchen in Schwimmbädern betatscht werden? Wo bleibt ihr Aufschrei, wenn Frauen sich nicht mehr trauen, abends in einer Großstadt die Straßen zu betreten? Darum sollte Paus sich kümmern - anstatt sich einmal mehr an eine billige Zeitgeist-Kampagne zu hängen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 6. Juni 2023: >>**Hilfe vor Ort statt Massenmigration!**

Einmal mehr versuchen die Ampel-Parteien, sich mit heuchlerischer Emotionalisierung als bessere Menschen darzustellen: Schwangere Frauen und Kinder sollen nach dem Willen von SPD-Innenministerin Faeser vom EU-Grenzverfahren ausgenommen werden, so daß sie problemlos nach Deutschland einreisen können.

Doch der verlogene Druck auf die Tränendüse lenkt vom eigentlichen Problem ab: Mit Asyl- und Schutzzentren in den betroffenen Ländern vor Ort würde den wirklichen Flüchtlingen mit viel weniger Geld geholfen werden, so daß am Ende beide Seiten profitieren würden! Faesers Vorschlag hingegen bedeutet nur einen weiteren Anreiz zur Massenmigration in die Sozialsysteme - auf Kosten unserer Sicherheit und unseres Wohlstands.

Es ist eben nicht human, mit ständig neuen Anreizen die Migranten dazu zu animieren, sich beispielsweise auf den gefährlichen Weg übers Mittelmeer zu begeben. Es ist auch nicht human, massenhaft Menschen aufzunehmen, die angesichts ihrer fehlenden beruflichen Qualifikation bis hin zum Analphabetismus keinerlei Chance haben, auf dem Arbeitsmarkt des Aufnahmelandes Fuß zu fassen.

Die AfD fordert daher seit Langem, Sozialleistungen für Asylbewerber und Ausreisepflichtige ausschließlich als Sachleistungen zu erbringen und der Hilfe vor Ort absolute Priorität einzuräumen. Zugleich braucht es eine massive Abschiebe-Offensive, um ausreisepflichtige Ausländer konsequent in ihre Heimat zurückzuführen!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 7. Juni 2023: >>**Ampel fliegt nach CDU-Beschlüssen massenhaft Migranten ein!**

Die Büchse der Pandora wurde von CDU und CSU geöffnet: Auf Grundlage von bereits 2011 erfolgten "Resettlement-Beschlüssen" ordnet SPD-Innenminister Faeser die Aufnahme von 6.500 "Flüchtlingen" an, die direkt aus ihren Heimatländern eingeflogen werden.

Bei diesen Heimatländern handelt es sich laut Innenministerium vor allem um Afghanistan, Syrien, Irak, Sudan, Somalia, Jemen und Eritrea. Doch obwohl die Union heute ihre Hände in Unschuld wäscht und sich als vermeintlicher Gegner der Massenzuwanderung inszeniert, hat sie bereits 2011 die Teilnahme am "Resettlement-Programm" der UNO ermöglicht und den "Migrationspakt" im Bundestag abgesehnet.

Mit diesem "Migrationspakt" wurde die Axt an Deutschlands Souveränität gelegt und die illegale Einwanderung legalisiert, was von den Ampel-Parteien mit dem verharmlosenden Begriff "Spurwechsel" bezeichnet wird. Es waren CDU-Politiker, die jegliche Bedenken gegen den Migrationspakt lächerlich gemacht haben. Es waren unter anderem die Unions-Innenminister der Länder und der damalige CSU-Bundesinnenminister Friedrich, die 2011 bei der Innenministerkonferenz den Beschluß zur Teilnahme am "Resettlement-Programm" der UNO faßten. 2018 wurde dieser Kurs unter der Ägide des damaligen Bundesinnenministers Seehofer (eben-

falls CSU) bestätigt: Die Bundesregierung sagte damals im Zusammenhang mit den UNO-Plänen die Aufnahme von 10.200 "Umsiedlungsflüchtlingen" zu, wie es in einem Bericht der Wochenzeitung "Die Zeit" heißt.

Das "Pilotprojekt" des Resettlement-Programms wird seit 2015 "unbefristet fortgeführt", schreibt Faesers Innenministerium auf der hauseigenen Webseite. Angesichts der schon jetzt dramatischen Sicherheits- und Wohnungslage ist diese Politik von CDU, CSU und Ampel-Regierung vollkommen unverantwortlich. Anstatt die Massenzuwanderung planmäßig anzuheizen, müssen die Migrationsanreize beendet und unsere Grenzen geschützt werden!<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 8. Juni 2023: >>Während die EU endlos redet: Syrischer "Flüchtling" sticht auf vier Kinder ein!

Es sind zwei Ereignisse, die am selben Tag stattfinden: Während die EU-Innenminister in Luxemburg wieder einmal mit erwartbarer Folgenlosigkeit über die Asylpolitik diskutieren, sticht im benachbarten Frankreich ein syrischer Asylbewerber auf Kleinkinder im Kinderwagen ein. Vier Kinder und zwei Erwachsene attackierte der 32-jährige Abdalmasih H. mitten auf einem Spielplatz in der Kleinstadt Annecy mit einem Messer. Zwei Kleinkinder und ein Mann schwebten in Lebensgefahr, die Kinder sollen zwischen 22 Monaten und drei Jahren alt sein.

Man möchte eigentlich keine Worte zu solchen Zeitungsmeldungen mehr finden - aber man muß es, weil die Entwicklung nicht vom Himmel gefallen ist, sondern politische Ursachen hat. Es muß endlich aufhören, daß die EU sich krampfhaft an die Illusion der offenen Grenzen klammert. Die Masseneinwanderung muß gestoppt und die Grenzen geschützt werden, anstatt ständige Ausweichdiskussionen zu führen. Wir wollen nicht in einem Kontinent leben, in dem unvorstellbare Verbrechen wie die von Annecy zum Alltag gehören!

Unsere Gedanken sind bei allen Verletzten, denen wir eine schnelle Genesung wünschen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 14. Juni 2023: >>Dresden: Asyl-Irrsinn führt in den Bankrott

Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) hat vor den hohen Kosten gewarnt, die durch die Aufnahme von Asylbewerbern entstehen. Die Herrschenden machen seit vielen Jahren Politik gegen das Volk. ...

Die Ausgaben für Asylbewerber haben zu einem erheblichen Defizit im aktuellen Haushalt geführt, mit Mehrkosten, die bereits 200 Millionen Euro übersteigen. Trotz der finanziellen Unterstützung des Bundes bleibt eine erhebliche Finanzierungslücke. Die steigenden Betriebskosten in Schulen und Kitas sowie Investitionen in Neubauten und der Kauf von Sozialwohnungen verschärfen das Problem zusätzlich.

Tropfen auf den heißen Stein

Es ist ziemlich deutlich, daß die aktuelle Situation in Dresden ein trauriges Beispiel dafür ist, wie eine überlastete und schlecht verwaltete Migrationspolitik ganze Städte an den Rand des finanziellen Ruins bringen kann. Oberbürgermeister Hilberts Warnung ist ein Weckruf, der auf ernsthafte strukturelle und systemische Mängel in der aktuellen Asylpolitik hinweist.

Die Tatsache, daß die Bundesregierung nicht genug finanzielle Unterstützung leistet, um den Städten und Gemeinden, die mit den direkten Konsequenzen ihrer Migrationspolitik umgehen müssen, unter die Arme zu greifen, ist ein weiterer Beweis dafür, daß die derzeitige Politik unhaltbar ist. Wenn sogar die geplanten Milliardenhilfen des Bundes für die Länder nur einen "Tropfen auf den heißen Stein" darstellen, muß man sich fragen, ob die zugrundeliegende Politik nachhaltig ist.

Politik-Neustart ist dringend erforderlich

Es ist traurig, daß Städte wie Dresden, die bereits mit wachsenden Kosten für Schulen, Kitas und Sozialwohnungen zu kämpfen haben, nun auch noch mit den zusätzlichen Kosten für die

Unterbringung von Migranten belastet sind.

Dies führt zu einer Situation, in der sie in ihren eigenen Haushalten massive Kürzungen vornehmen müssen, was unweigerlich zu einem Abbau öffentlicher Dienstleistungen führt und die Lebensqualität ihrer Bürger beeinträchtigt. Die aktuelle Situation in Dresden ist ein klarer Beweis dafür, daß eine Überprüfung und mögliche Neugestaltung der Asyl- und Migrationspolitik dringend notwendig sind.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Das Mitglieder Magazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 14. Juni 2023: >>**Baerbocks Schleuser-Affäre: Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Rechtsbeugung!**

Auch nach den Enthüllungen um den Vetternwirtschafts-Sumpf im Habeck-Ministerium ändert sich nichts daran: Das Regierungspersonal der Grünen versinkt immer tiefer in Skandalen. Während neue Vorwürfe gegen einen weiteren Staatssekretär in Habecks Wirtschaftsministerium laut werden, ermittelt die Berliner Staatsanwaltschaft gegen Baerbocks Außenministerium wegen Rechtsbeugung (Aktenzeichen 235 UJs 848/23).

Es geht um einen brisanten Fall: Hochrangige Beamte des Ministeriums erteilten der deutschen Botschaft in Pakistan die Weisung, dem Afghanen Mohammed G. trotz gefälschtem Paß und ungeklärter Identität die legale Visa-Einreise nach Deutschland zu ermöglichen!

Ein ehemaliger Mitarbeiter des Bundesinnenministeriums hatte nach Bekanntwerden des Falls Strafanzeige gegen die Verantwortlichen gestellt. Die Aufnahme von Personen aus Krisengebieten mit ungeklärter Identität und Staatsangehörigkeit sei schließlich "eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Bundesrepublik Deutschland", argumentierte er darin. Für das Auswärtige Amt schienen jedoch "nicht einmal gefälschte Pässe und erfundene Verwandtschaftsverhältnisse ein Problem zu sein."

Nun stellt sich selbstverständlich die Frage, ob die Ministerialbeamten auf Weisung beziehungsweise Druck ihrer Dienstherrin handelten. Aber unabhängig von dieser Frage trägt Baerbock so oder so die politische Verantwortung für skandalöse Zustände in ihrem Haus. Die Vorgänge müssen rückhaltlos aufgeklärt werden - zumal es hier nicht nur um die Person Baerbock oder um Einzelskandale geht, sondern um die systematische Mißachtung des Rechtsstaats in der Migrationspolitik und um das Verhältnis der Grünen zum Rechtsstaat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 14. Juni 2023: >>**Altbach: Iraner schmeißt Handgranate auf Trauergemeinde**

Von *Sven Reuth*

Deutschland wird im Zuge der ungebremsten Massenzuwanderung zur geschlossenen Bürgerkriegszone. Das macht nun auch eine neue Meldung aus Baden-Württemberg deutlich. ...

Schwere Auseinandersetzungen mit Kriegswaffen am helllichten Tag - wer diese Nachricht liest, denkt vermutlich, diese müßte aus der Ukraine oder Syrien stammen. Doch tatsächlich stammt die Meldung aus Altbach im Landkreis Esslingen (Baden-Württemberg).

Selbst die Stuttgarter Nachrichten titeln in einem heute veröffentlichten Artikel:

"Altbach entging offenbar nur knapp einem Blutbad"

Iraner gegen Kenianer

Doch um was geht es überhaupt? Nach tagelanger Verzögerung berichten viele Medien jetzt erst über einen Fall, der sich am Freitagmittag in der Gemeinde Altbach zutrug. Ein 23jähriger Iraner schleuderte eine Handgranate jugoslawischen Bautyps auf die bis zu 500 Besucher einer Beerdigung.

Die Handgranate vom Typ M 75 prallte vom Ast eines großen Baumes ab und entfaltete dadurch nur einen Bruchteil der ihr eigentlich zugeordneten zerstörerischen Wirkung. Dennoch wurden zehn Menschen verletzt, einer davon schwer. Beerdigt wurde in Altbach ein Mann

"mit kenianischen Wurzeln", wie die Stuttgarter Nachrichten weiter zu berichten wissen.
"Hätte ein Blutbad angerichtet"

Weiter heißt es in dem Artikel:

"Ermittler gehen davon aus, daß die Explosion der Granate in Altbach ein Blutbad angerichtet hätte, wenn sie nicht durch einen Ast abgefangen worden wäre. ... Die Handgranate wird vor allem von Mitgliedern verfeindeter Banden und Clans bei Auseinandersetzungen eingesetzt, die von Ermittlern der organisierten Kriminalität zugerechnet werden."

Die Ermittler schließen nicht aus, daß die Tat im Zusammenhang mit unzähligen anderen Gewaltverbrechen steht, die derzeit im Großraum Stuttgart verübt werden. Wie das Landeskriminalamt Baden-Württemberg mitteilte, könnte der Handgranaten-Angriff mit "Auseinandersetzungen zweier rivalisierender gewaltbereiter Gruppierungen" in Verbindung stehen.

Neben dem Angreifer wurden laut Medienberichten bislang vier weitere Männer festgenommen. Solche unglaublichen Ereignisse und Szenen sind in Deutschland zur erschreckenden Normalität geworden. Im Raum Stuttgart wiederum scheint ein Bandenkrieg zu toben, wie man ihn in Europa bislang nur aus schwedischen Großstädten wie Malmö oder Göteborg kannte. Während Schweden aber eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik vollzieht, forciert Deutschland seine selbstmörderische Politik der offenen Grenzen. Die Nachricht aus Altbach dürfte nicht die letzte dieser Art gewesen sein. ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 19. Juni 2023: >>**Clan-Ausschreitungen im Ruhrgebiet: Schiebt sie endlich ab!**

Es sind Zustände, die zum unerträglichen Alltag geworden sind: Mit Dachlatten, Knüppeln und Macheten sind am Donnerstag syrische und libanesische Großfamilien in Essen aufeinander losgegangen. Weit über 500 Männer sollen sich gegenübergestanden haben. Bei den Auseinandersetzungen würden "auch billigend Tote in Kauf genommen", sagt der Vize-Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Manuel Ostermann.

Daß laut Ostermann in Deutschland "kein Platz für Gewalteskalation" sei, ist aber nur eine hohle Phrase aus dem Satzbaukasten der Massenmigrations-Unterstützer. Denn schon die Reaktionen auf die neuerlichen "Einzelfälle" in Essen zeigen, wie viel Platz in Deutschland für Gewalteskalation geboten wird - indem schon die Benennung des Problems von den politischen Verantwortlichen vermieden wird.

NRW-Innenminister Reul (CDU!) spricht beispielsweise von "Männerhorden" - als ob das Geschlecht das Problem wäre. Auch Ostermann spricht von "immer mehr gewaltbereiten Männern" und verhöhnt damit die Bürger, die ganz genau wissen, um was für "Männer" es hier geht.

Die Bürger wissen auch genau, daß all die Phrasen und Scheindiskussionen das Problem nicht lösen, sondern daß es nur eine Antwort auf solche Gewaltexzesse geben kann: Abschieben - und zwar sofort! Der in Nordrhein-Westfalen regierende CDU-Innenminister Reul hätte dazu seit Jahren die Chance gehabt - doch statt dessen hat er der Kapitulation des Rechtsstaats untätig zugesehen und versucht nun, sich mit billigen Phrasen aus der Affäre zu ziehen. Nur die AfD sorgt dafür, daß Clans dorthin verbracht werden, wo sie hingehören: In den Abschiebeflieger!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 23. Juni 2023: >>**Deutschland, deine Schlimmbäder: Massenschlägereien und Übergriffe nach vier Wochen Freibad-Saison eskalieren!**

Unsere Freibäder sind der Swimming-Pool des Volkes - eine Erholungs-Oase für Familien, die an heißen Sommertagen Abkühlung und Badespaß suchen. Für das Sicherheitsgefühl von Menschen, die sich keinen eigenen Pool hinter hohen Hecken und Zäunen leisten können, sind Freibäder so wichtig wie die Sicherheit auf unseren Straßen. Doch schon die ersten vier Wo-

chen der diesjährigen Freibad-Saison übertreffen die schlimmsten Befürchtungen: Massenschlägereien und Übergriffe am laufenden Band! Der Bundesverband Deutscher Schwimmmeister beklagt eine zunehmende Aggression und Respektlosigkeit, fordert mehr Polizei-Präsenz.

Kaum ein Tag vergeht ohne neue Horror-Meldungen über Massenschlägereien, Übergriffe auf Mütter und Kinder, Pöbeleien, Jagdszenen zwischen Migranten und Polizei. "Deutschland, deine SCHLIMMBäder!", titelt die "Bild-Zeitung" und fragt besorgt: "Können wir nicht mal mehr in Ruhe ins Freibad?"

Kinder planschen im Wasser, Städter sonnen sich auf der Wiese. Es gibt Eis, Pommes und Sonne satt - dem Wetter sei Dank! Doch die Sorglosigkeit früherer Jahre ist seit Beginn der Masseneinwanderung dahin. Die Angst schwimmt in Deutschlands rund 3.000 Freibädern jedes Jahr mit. Und es wird immer schlimmer!

Beispiele aus den vergangenen Tagen und Wochen - ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

- Mannheim (Baden-Württemberg): Im Herzogenriedbad drücken zwei "Männer" einen Jungen (12) unter Wasser. Das Kind holt seine Brüder, kurz darauf kommen weitere Verwandte und Freunde dazu. Die Situation eskaliert in einer Massenschlägerei mit rund 40 Beteiligten! Augenzeuge Timo B.: "Ich lag hinter der Hecke, als es plötzlich losging. Plötzlich spürte ich ein Knie am Kopf, dann noch eines und noch eines. Immer auf die Schläfe." B. kam mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus.

- Berlin: Zwei Jugendliche (14, ungeklärte Staatsangehörigkeit und 16, Libanese) werden von den Schwimmmeistern im Freibad Am Schloßpark (Bezirk Pankow) zur Ordnung gerufen, weil sie ihre Straßenschuhe im Beckenbereich trugen. Es kommt zu einem heftigen Streit. Als vier Security-Mitarbeiter eingreifen, rotten sich sofort etwa 30 Jugendliche zusammen und das Ganze artet zu einer Schlägerei aus.

- Saarland: Ein Video aus dem Steinrausch-Freibad in Saarlouis zeigt, wie aggressive "junge Männer" um mehrere Badmitarbeiter herumtänzeln. Ein Sicherheitsmann hält einen der Männer fest, wird von einem Angreifer zu Boden geschlagen - der sucht das Weite. Eine Frau läuft schreiend davon. Dann wird ein Security-Mann von zwei Jugendlichen attackiert. Ein dritter Täter schlägt einen Badmitarbeiter brutal von hinten gegen den Kopf, so daß dieser fast ins Wasser fällt.

- Stuttgart (Baden-Württemberg): Weil sie vier jugendliche Mädchen in einem Stuttgarter Freibad sexuell belästigt haben sollen, wurden zwei "Männer" im Alter von 20 und 25 Jahren vorläufig festgenommen. Nach Angaben der Polizei war es im Familienbecken zu den Übergriffen gekommen. Ende Mai hatte es in dem Freibad schon ähnliche Vorfälle gegeben. Bei dem Zwischenfall jetzt hatte sich laut Polizei eine Gruppe von zehn Männern den vier Mädchen im Alter von 14 und 15 Jahren genähert. Einige Männer aus der Gruppe sollen die Mädchen dann "unsittlich berührt" haben.

"Freibäder sind ein Pulverfaß"

Deutschlands oberster Schwimmmeister Peter Harzheim sieht die Gewalt-Exzesse in Deutschlands Freibädern mit Sorge. Der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Schwimmmeister (BDS) warnt: "Diese Entwicklung darf so nicht weitergehen. Auch Frauen, die mittlerweile 50 Prozent unseres Berufsstands ausmachen, muß mehr Wertschätzung entgegengebracht werden. Wir beobachten diese Entwicklung mit großer Sorge.

Gerade in den Städten und großen Ballungszentren, in denen sich Clans angesiedelt haben, erleben wir immer häufiger Gewaltausschreitungen in den Freibädern. In diesen Städten sind die Freibäder wie ein Pulverfaß!"

PS: Auch der österreichische Online-TV-Sender AUF1 thematisiert die zunehmenden Gewalt-Exzesse in deutschen Freibädern und nennt, anders als die Mainstream-Medien, die "jungen Männer" beim Namen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 24. Juni 2023: >>**Boß der Asyl-Mafia packt aus: 30 weitere Überfahrten schon ausverkauft**

Eine hierarchisch streng gegliederte nordafrikanische Asyl-Mafia wickelt den lukrativen Schlepperhandel über das Mittelmeer nach Europa ab. Man könne sich der Nachfrage kaum erwehren, sagt einer ihrer Bosse. Deshalb bestehe untereinander auch kaum Konkurrenz.

Einer der mächtigsten Menschenschmuggler in der tunesischen Küstenstadt Sfax gab dieser Tage Einblick in sein Geschäft, wie die "Welt" berichtet: "Für August habe ich 30 Überfahrten komplett und abreisefertig."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 24. Juni 2023: >>**"Freibad-Wild": So gefährdet sind Frauen, Teenager und Kinder wirklich**

Die Gewalt-Exzesse in deutschen Freibädern schockieren auch im Ausland. Der österreichische Online-TV-Sender AUF1 hat das brisante Thema aufgegriffen und nennt, anders als Mainstream-Medien hierzulande, die "jungen Männer" beim Namen bzw. ihrer Herkunft.

Nach einigen zum Teil unwetterartigen Gewittern (Achtung: "Klima-Alarm!") lacht vielerorts in Deutschland wieder die Sonne. Es ist das Thema an diesem Wochenende: Bundesweit werden immer mehr Schlägereien und Übergriffe in Freibädern gemeldet. "Wir können keine Hundertschaften abstellen, die Polizei hat auch noch andere Aufgaben", sagt die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Immer mehr Eltern fragen sich, ob sie ihre Kinder überhaupt noch unbeaufsichtigt zum Schwimmunterricht schicken können. Dabei hat der Sommer gerade erst angefangen!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 26. Juni 2023: >>**Sie rufen "Allahu Akbar": 500.000 Afrikaner und Araber auf dem Weg von Libyen nach Europa!**

In Libyen, dem zentralen Einfallstor für die illegale Migration nach Europa, soll laut diversen Meldungen die schier unglaubliche Zahl von einer halben Million Menschen auf quasi gepackten Koffern für die Reise nach Europa sitzen. Videos zeigen Lkw-Kolonnen in Libyens Küstenstädten mit Massen an illegalen Migranten, die nur ein Ziel haben: EUROPA!

Der Zweck der Reise ist nichts anderes als islamische Migration, bekannt als Hijrah. "Und wer für die Sache Allahs auswandert, wird auf der Erde viele Orte und Fülle finden", heißt es im Koran. Diejenigen, die es auf ein Boot geschafft haben, skandieren sogleich "Allahu Akbar" und erheben stolz den Zeigefinger, in Erwartung ihrer "Mission", das Abendland zu islamisieren. <<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 27. Juni 2023: >>**Bademeister will Feierabend machen - und wird zusammengeschlagen: "Einzelfälle" im Freibad reißen nicht ab**

Angriffe, sexuelle Belästigungen, Schlägereien: In Deutschlands Freibädern gibt es mittlerweile alles - außer Erholung. Auch in den vergangenen Tagen schlugen die berüchtigten "Gruppen junger Männer" wieder zu:

In Mönchengladbach wurde eine 17-Jährige von einem circa 30-jährigen Mann belästigt, im baden-württembergischen Fellbach sogar mehrere Mädchen im Alter zwischen sieben und zwölf Jahren von einem 34-Jährigen, der im Wasser Körperkontakt zu ihnen suchte. In Karlsruhe wurde ein Bademeister zusammengeschlagen, weil er am Abend schließen wollte und eine Gruppe Jugendlicher aufforderte zu gehen.

Im bayerischen Rotenburg gerieten drei Großfamilien aneinander, so daß die Polizei eingreifen mußte. Und im schleswig-holsteinischen Wesselburen sorgte eine sechsköpfige Gruppe dafür, daß das Bad vorzeitig geräumt werden mußte. Sie hatten im Wasser Alkohol getrunken, geraucht, gepöbelt und mit Flaschen geworfen.

Nachdem längst ganze Stadtteile und die meisten Bahnhöfe in Deutschland zu sogenannten No-Go-Areas geworden sind, erobern sich gewaltbereite Männergruppen mit meist migrantischen Wurzeln nun die Freibäder. Wie bei allen "Einzelfällen" hat sich auch hier die Gewalt

zu einem Flächenbrand ausgeweitet, weil sie von Politik und Öffentlichkeit weggeschwiegen wird.

Wir von der AfD benennen diese Probleme und fordern Lösungen. Wer sich nicht benimmt, hat nicht nur das Freibad, sondern - wenn es sich um gewaltbereite Zuwanderer handelt - auch das Land zu verlassen. Es kann nicht sein, daß die Bürger Stück für Stück verdrängt werden und die Ampelregierung mit ihren Steuern diese Entwicklung auch noch finanziert!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 28. Juni 2023: >>**Klare Ansage von Viktor Orbán: Ungarn macht bei Migranten-Kuhhandel der EU nicht mit!**

In einem Interview mit Medien des Axel Springer Verlages hat Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán bekräftigt, daß sein Land bei der geplanten Verteilung von Migranten in Europa nicht mitmachen und auch keine Ausgleichszahlungen an Brüssel leisten werde. Statt dessen schlägt er vor, daß sogenannte Flüchtlinge außerhalb der EU auf den Abschluß ihres Asylverfahrens warten sollen.

Den von den EU-Innenministern Anfang Juni ausgehandelten Asyl-Kuhhandel lehnte Orban erneut ab. Wenn die EU sage, daß sie Migranten künftig in der EU verteilen werde, sei das eine Botschaft an die Schleuser, daß sie ihr Geschäft weiterbetreiben könnten. Der Ministerpräsident wiederholte, daß sein Land sich an der Verteilung von Flüchtlingen in der EU nicht beteiligen und auch keine Ausgleichszahlungen an die EU leisten werde. Schon jetzt gebe sein Land mehr als zwei Milliarden Euro aus, um den Schengen-Raum vor illegalen Einwanderern zu schützen - dafür habe Ungarn bisher "keinen einzigen Cent aus Brüssel" erhalten.

"Leider sind wir Europäer nicht in der Lage, das zu regeln", sagte der konservative Politiker im Hinblick auf eine einheitliche und konsequente Asylpolitik. So stehe Deutschland der Migration positiv gegenüber, während Ungarn die Masseneinwanderung für viel zu riskant halte. Sein Land unterscheide klar zwischen Gastarbeitern und Migranten, Deutschland mache das nicht, kritisierte Orbán. Ungarn wolle keine "Gemeinschaften haben, die unsere wichtigsten europäischen Werte nicht respektieren".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 2. Juli 2023: >>**Sommer 2023: Freibad-Horror geht weiter**

Von *Sven Eggers*

Wieder werden Grapsch- und Prügelfälle aus unseren Schwimmbädern gemeldet. Politiker haben uns diese Zustände gegen unseren Willen aufgezwungen. Widerstand ist wichtig. ...

Wo eigentlich Erholung und Erfrischung im Vordergrund stehen sollten, regieren zunehmend Chaos und Gewalt. Migrantengruppen eskalieren in unseren Freibädern immer öfter und sorgen für Angst und Schrecken. Die Schwimmbäder rüsten derweil weiter auf, engagieren Sicherheitspersonal und setzen auf Polizeipräsenz.

Unbeschwertheit geht anders! Medien sind bemüht, die Vorkommnisse zu vertuschen. Sofern überhaupt berichtet wird, ist meist nur von "Männern" oder "Personen" die Rede. Jeder aber weiß, daß es Migranten-Gruppen sind, die hier in Unwesen treiben. Eine kleine Übersicht:

Gewaltorgien statt Eis und Pommes

Am vergangenen Donnerstag gab es reichlich Streß im Schwimmbad von Lauter-Bernsbach im Erzgebirgskreis. Nach einem Streit unter Kindern mischten sich mehr und mehr Erwachsene ein. Am Ende gingen offenbar Syrer auf Einheimische los. Jedenfalls entbrannte urplötzlich eine heftige Schlägerei. Dabei kamen nicht nur Fäuste zum Einsatz, sondern auch Stöcke und Flaschen. Acht Personen wurden verletzt. Die Polizei Chemnitz ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung.

In Mannheim hatte es kürzlich eine nahezu identische Situation gegeben. Zunächst schubsten sich Kinder umher, dann mischten sich Erwachsene ein, und die Lage uferte aus. In Mannheim waren es am Ende zwei Migrantengruppen, die aufeinander losprügelten. Ein 24-Jähriger wurde durch einen Messerstich verletzt, mehrere weitere Personen erlitten leichtere

Blessuren.

Am vergangenen Wochenende wurde im baden-württembergischen Malsch nahe Karlsruhe ein Bademeister verprügelt, der letzte Gäste auf die anstehenden Schließungszeiten hinweisen wollte. Mehreren Männern gefiel das gar nicht. Einer von ihnen verdrosch den Rettungsschwimmer. Das Opfer mußte mit Schwellungen und Prellungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der Täter ist flüchtig. Die Polizei sucht den Schwarzhaarigen nun.

Im Sommerbad Berlin-Pankow beschwerten sich ebenfalls am letzten Wochenende mehrere Leute über sexuelle Belästigungen durch zwei Männer. Als Sicherheitskräfte eingreifen wollten, kam es zu einem Tumult, der in einer Schlägerei mündete. Anschließend klagten mehrere Beteiligte über Verletzungen.

Bereits Anfang Juni war die Lage im Freibad Berlin-Pankow eskaliert. Als der Bademeister einen 16-jährigen Libanesen und seinen 14-jährigen Kumpel maßregeln wollte, sammelten sich plötzlich mehr als dreißig Jugendliche, die dann auch handgreiflich wurden.

Es entwickelte sich eine Massenschlägerei, bei der ein Sicherheitsmitarbeiter des Bades sowie ein Jugendlicher verletzt wurden. Ein Großteil der Angreifer konnte flüchten, ehe die Polizei eintraf.

Derweil konnten in Stuttgart zwei Männer gestellt werden, die in einem Freibad vier junge Mädchen im Alter von 14 und 15 Jahren sexuell belästigt hatten. Insgesamt waren zehn Angreifer an den Taten beteiligt. Die Bande flüchtete, doch Sicherheitsbeamte konnten zumindest zwei Beteiligte stellen und der Polizei übergeben. Bereits Ende Mai wurden in eben diesem Freibad mehrere junge Frauen Opfer sexueller Übergriffe. Ein 23-jähriger Syrer wurde festgenommen.

Im schleswig-holsteinischen Wesselburen benahm sich eine Gruppe junger Männer daneben. Da wurde viel getrunken und mit Flaschen auf andere Badegäste geworfen. Als die Beteiligten einem ausgesprochenen Platzverweis nicht nachkommen wollten, wurde die Polizei gerufen. Die wußte sich nicht anders zu helfen, als das gesamte Freibad zwei Stunden vor der offiziellen Schließungszeit zu räumen. 50 Personen hielten sich zum Zeitpunkt der Räumung noch im Freibad auf.

Vorvergangenen Mittwoch randalierte eine große Migrantengruppe im Columbiabad von Berlin-Neukölln. Sicherheitspersonal und Polizei setzten auch hier auch eine komplette Räumung. Per Durchsage hieß es: "Das Bad wird geräumt. Bitte packen Sie ihre Sachen und begeben Sie sich zum Ausgang. Aus Sicherheitsgründen wird das Bad geräumt."

In Kaiserslautern hatten unlängst mehrere Jugendliche eine junge Mutter nach einem Freibad-Besuch überfallen und niedergeschlagen. Die Frau hatte sich zuvor über das Verhalten der Gruppe beschwert. Ein Polizeisprecher: "Als die Frau in Begleitung ihrer kleinen Kinder das Schwimmbad verließ, folgten ihr die Jugendlichen. Ein bislang unbekannter Täter aus der Gruppe schlug ihr mit der Faust ins Gesicht." Ihr Ehemann habe die Männer letztlich zurückdrängen können.

Auch in Berlin-Wedding gab es wieder Ärger. Laut Polizei sei ein Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes am vergangenen Montag im Schwimmbad von Badegästen angegriffen und verletzt worden. Einer der Täter zückte sogar ein Messer. Der Mitarbeiter sei durch Schläge und Tritte am Kopf verletzt worden. Der Wachmann wurde von Sanitätern versorgt. Die Täter flohen.

Wo soll das hinführen? ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 4. Juli 2023: >>**Alice Weidel (AfD): Faesers Islam-Studie erweist sich als "Auftragsarbeit" von Islamisten!**

Die AfD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag ist fassungslos! Alice Weidel twitterte: "Tagelang erklärten uns Scholz & Faeser aufgrund der Ergebnisse einer 'Studie', wie groß die Muslimfeindlichkeit in der Bevölkerung sei. Jetzt kommt heraus: Es handelte sich wohl

um eine Auftragsarbeit, erstellt durch islamistische Verbände."

Hintergrund: Eine Studie im Auftrag des Bundesinnenministeriums (BMI) hatte untersucht, wie sehr Muslime in Deutschland angeblich "diskriminiert werden". Dabei wurden allerdings auch Akteure befragt, die bekannt dafür sind, den Vorwurf der Islamfeindlichkeit für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Denn:

An der BMI-Erhebung waren Verbände beteiligt, die Verfassungsschützer als islamistisch einstufen. Für den Bericht sprachen die "Forscher" u.a. mit Vertretern der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschland (IGS). Laut Bundesamt für Verfassungsschutz befindet sich die IGS unter der Kontrolle des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH). Der Dachverband diene als "wichtiges Element für die Steuerung der Interessen des IZH". Das IZH wiederum sei "ein bedeutendes Propagandazentrum Irans in Europa". Laut Hamburger Verfassungsschutz strebt das IZH einen "Export der islamischen Revolution" an.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 7. Juli 2023: >>**Skandal in Upahl: Asyl-Container kommen doch**

Von *Paul Klemm*

Was für ein Wahnsinn: Jetzt bekommt die kleine Gemeinde Upahl in Nordwestmecklenburg doch noch ein Asyl-Containerdorf vor die Tür gesetzt. Noch vor ein paar Wochen schien es so, als hätten sich die Bewohner erfolgreich gegen dieses Anliegen zur Wehr gesetzt. ...

Upahl hat sich gerüstet, als wolle es einer Belagerung standhalten. Der Erdwall am Ortseingang ist gespickt mit Holzschildern. Darauf leuchten in Neonfarben Sprüche wie "Politik hat versagt" oder "Wacht endlich auf!". Im Dorf gibt es so gut wie keine Familie, die ihr Haus nicht mit Bannern behängt oder ihren Garten mit angesprühten Paletten umstellt hat. Neben einer Werbetafel, die frische Eier und Kartoffeln aus der Region anpreist, steht ein großer Obelix-Aufsteller. "Die spinnen, die Politiker!", liest man in der Sprechblase.

"Upahl wird ein Moloch." Demonstrant Lübbert

Selten war der Vergleich mit einem gallischen Widerstandsnest so passend. Es ist der Abend des 10. März, und im ganzen Ort knallen Autotüren. Gleich beginnt in Grevesmühlen, der nächstgelegenen Stadt, eine Demonstration vor dem Rathaus. Ein Großteil der 500 Dorfbewohner macht sich auf den Weg.

Menschliche Massenhaltung

Bis Ende Januar wußten außerhalb der Region wohl nur die allerwenigsten von der Existenz Upahls. Das änderte sich, als der Landkreis Nordwestmecklenburg verkündete, dort eine Containersiedlung für 400 Migranten errichten zu wollen - die meisten von ihnen junge Männer aus Syrien und Afghanistan. Deutschlandweit sorgte dieser Beschluß für Schlagzeilen. Denn dadurch würde sich die kleine Gemeinde schlagartig fast verdoppeln.

"Das ist ein Wahnsinn mit Ansage!", meint Martin Lübbert, Finanzberater aus Testorf, einem Nachbarort von Upahl. Der Familienvater, der mit Megafon auf die Straße geht, bangt vor allem um die innere Sicherheit: "Es bildet sich Langeweile, und junge Männer kommen nun mal auf komische Gedanken. Das ist völlig unabhängig von der Hautfarbe, von der Herkunft. Das wird ein Moloch. Da wird es Opfer geben." Auch die Art der Unterbringung findet er unmenschlich. "Das ist wie Massentierhaltung, da haben wir keinen Bock drauf."

Geschlossen trat das Dorf dem Vorhaben entgegen, organisierte Protestaktionen und konnte per Eilantrag sogar schon einen ersten Etappensieg erringen: Das Verwaltungsgericht Schwerin verhängte Anfang März einen vorläufigen Stopp für die Baumaßnahmen, die innerhalb weniger Wochen schon ordentlich vorangegangen waren. Das Beteiligungsrecht der Kommune sei mißachtet worden, so die Richter, zumal noch nicht einmal eine Baugenehmigung vorliege. Jetzt geben sich der CDU-Landrat und der SPD-Innenminister gegenseitig die Schuld dafür. Beide wollen jedoch einen Weg finden, um das Containerdorf doch noch entstehen zu lassen. Upahl hat sich vom verschlafenen Hinterland zum asylpolitischen Brennpunkt entwikk-

kelt.

"Aufstand! Aufstand!"

Ein Einzelfall ist das nicht, eher das Extrembeispiel für eine Agenda, die gerade die gesamte Republik umpflügt. Nachdem in der Flüchtlingskrise ab 2015 vor allem die Städte Unterkünfte bereitstellen mußten, sollen nun auch im dörflichen Raum massenhaft Migranten angesiedelt werden. In Mecklenburg-Vorpommern, wo die Infrastruktur schwach und die Bevölkerungsdichte bundesweit am geringsten ist, hat dies dramatische Folgen. Alle sechs Landkreise sehen sich an der Grenze ihrer Aufnahmekapazität.

Der Zustrom ist beispiellos: Schon vergangenes Jahr kamen nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge rund 5.000 Asylanten in das nördliche Bundesland. Das ist fast eine Verdoppelung im Vergleich zu 2021. Hinzu kommen mehr als 22.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Zusammengenommen übertreffen diese Zahlen sogar noch die des Krisenjahres 2015. Und die Tendenz ist steigend.

"Es fehlt einfach an Personal", klagt Grit Wuschek, Bürgerschaftsmitglied in Greifswald, wo ebenfalls ein Containerdorf geplant ist. "Wir haben keine Dienste, die die Integration übernehmen können. Auf Deutschkurse muß man ewig warten. Wir haben auch keine Wohnungen, um die Menschen unterzubringen." Es bräuchte eine politische Kehrtwende, doch die ist nicht in Sicht. Auf dem Flüchtlingsgipfel im Schweriner Schloß am 9. März zementierte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig den radikalen Kurs - keine Obergrenze, statt dessen noch weitere Aufstockung der Kapazitäten. Keine konkreten Hilfen für die Kommunen. ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 10. Juli 2023 (x1.326/...): >>Erschreckend viele "Einzelfälle" innerhalb eines Wochenendes

Ein Somalier tötet einen Fahrgast in Dresden. In Gießen liefern sich Eritreer Straßenschlachten und verletzen Polizisten, eine Massenschlägerei gibt es auch in Kaiserslautern. In München wird eine Zehnjährige von einem Somalier belästigt und verfolgt, in Berlin und Görlitz sind jeweils Verletzte zu beklagen, als Migranten Abi-Feten stürmen. Quer durch Deutschland zieht sich eine Spur sogenannter Einzelfälle, die oben beschriebenen sind dabei lediglich die, die medial aufgegriffen wurden. Und es nimmt kein Ende.

Während die Bundesregierung in die Sommerpause entschwunden ist, läßt sie das Land mit den von ihr verursachten Problemen allein.

Mehr als ein halbherziges Bedauern war der verantwortlichen Bundesinnenministerin Faeser hinsichtlich der verletzten Polizisten in Gießen nicht zu entlocken. Zu allen anderen traurigen "Einzelfällen" äußerte sie sich überhaupt nicht.

Deutschland braucht eine politische Kraft, die das Wohl der eigenen Bürger in den Vordergrund stellt. Eine politische Kraft, die nicht darüber hinweg sieht, daß die Migrationspolitik immer mehr Bürger gefährdet. Deutschland braucht Neuwahlen - und eine starke AfD.

Einen Überblick über sogenannte Einzelfälle finden Sie hier: www.einzelfallticker.de<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 15. Juli 2023 (x1.328/...): >>Wegen syrischer Flüchtlinge

Süddeutsche Zeitung diskutiert, ob Frauen Eis in der Öffentlichkeit essen sollten

In der Kolumne "Typisch Deutsch" in der Süddeutschen Zeitung schreibt der Autor Mohamad Alkhalaf regelmäßig über Dinge, die er seit seiner Flucht aus Syrien 2016 hier erlebt - über die Besonderheiten dieses Landes. So auch am Freitag. Doch der Artikel "Ist Eisessen im Freien obszön?" sorgt für Aufregung. Insbesondere der Anlaufertext: "Darf man es anstößig finden, in der Öffentlichkeit eine Kugel Eis zu schmelzen? Man darf, doch in München sollte man sich daran gewöhnen."

Im Artikel erzählt Alkhalaf, daß es für seinen Freund Ibrahim kritisch ist, daß Frauen in der Öffentlichkeit "phallisch" geformte Lebensmittel essen - er laufe rot dann rot an. Auch dem

Autor selbst habe das bis vor kurzem Schwierigkeiten bereitet. Das wird mit der konservativen Kultur Syriens erklärt. Alkhalaf heißt das nicht gut, er weist erstmal nur auf die Kulturunterschiede zwischen Syrien und Deutschland hin - so weit so gut.

Doch was ausbleibt: Die Erklärung, daß das Fremdeln seines Freundes ungerechtfertigt ist - und daß es ganz und gar nicht "obszön" ist, wenn Frauen in Deutschland Eis auf der Straße essen. Statt dessen geht der Autor vom Beschreiben der Tatsache direkt zu einer kleinen Kunde absurder Deutscher Eissorten wie "Biereis" über, ohne die Frage im Titel zu beantworten.

Die romantische Scharia

Seine Wortwahl läßt es offen, wie er es findet, daß Syrer ein Problem damit haben, wenn Frauen in der Öffentlichkeit ein Eis essen. So schreibt er, daß in "konservativen" Gesellschaften wie Syrien von Frauen eine "zurückhaltende und respektvolle" Haltung in der Öffentlichkeit erwartet würde. Zurückhaltend und respektvoll? Eine überaus verständnisvolle Wortwahl - man hätte auch unterdrückt, unterwürfig, unfrei schreiben können.

Doch positive Formulierungen lassen die Position des Autors offen. Beschreibungen wie "Früher kauften wir im Falle einer Speiseeisverteilung eine große Box für die Familie, nahmen das Eis mit nach Hause, schlossen die Tür - und ließen es uns schmecken." klingen nicht, wie eine scharfe Kritik an der illiberalen islamischen Gesellschaft des Nahen Ostens - sondern wie eine Romantisierung einer Gesellschaft, die es Frauen nicht erlaubt, in der Öffentlichkeit ein Eis zu essen, weil es "phallisch" geformt ist.

Am Ende ist in diesem Text mehr Verständnis da, für das Unbehagen syrischer Flüchtlinge gegenüber frei lebenden Frauen, als Verurteilung dieser rückständigen Vorstellungen. Und es bleibt die Botschaft aus dem Anlaufertext: "Darf man es anstößig finden, in der Öffentlichkeit eine Kugel Eis zu schlecken? Man darf". Die Süddeutsche Zeitung hält es für in Ordnung, daß Frauen, die in der Öffentlichkeit ein Eis essen, dafür komische und abschätzige Blicke kassieren.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 17. Juli 2023 (x1.328/...): >>Polizeieinsatz bei Freibad-Schlägerei: Grünen-Politikerin will, daß Beamte sich lieber mit Parksündern beschäftigen

Die grüne ehemalige Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann fotografiert stehende Polizeiautos - die wegen einer Freibad-Schlägerei gekommen sind. Herrmann will, daß sie sich lieber mit einem falsch parkenden Auto beschäftigen.

Am Sonntagnachmittag kam es im einschlägigen Berliner Prinzenbad erneut zu einer Schlägerei. Trotz Ausweis-Kontrolle am Eingang wurde ein Mann "K.o." geschlagen - so berichtet der Tagesspiegel. Das Kreuzberger Prinzenbad ist eines der Hot-Spots migrantisch geprägter Freibad-Gewalt. Während das Opfer am Sonntagabend ins Krankenhaus kam, nahm die Polizei mehrere Verdächtige fest.

Die Grünen-Politikerin Monika Herrmann fotografierte die währenddessen vor dem Freibad stehenden Polizeiautos - und hatte ganz andere Sorgen: "7 Einsatzwagen der Polizei vor dem Prinzenbad - illegales Parken auf dem Radweg egal". Auf dem Foto ist ein falsch parkendes Auto zu sehen. Mit einem hochroten Wut-Emoji unterstreicht Herrmann ihre Erregung. Die Grüne war bis 2021 acht Jahre lang Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, in dem auch das Prinzenbad liegt.

Herrmann sorgte als eine der radikalsten Grünen immer wieder für Aufsehen: So deckte sie Linksextreme Hausbesetzer in der Rigaer Straße und duldeten ein illegales Migranten-Camp. Zuletzt scheiterte sie zweimal als Direktkandidatin ihrer Partei für die Abgeordnetenhauswahl. Es ist wohl sinnbildlich für den Umgang der Grünen mit der Kriminalitäts-Explosion in Berlin und anderswo.

Während für die Straftäter Verständnis gesucht wird und die Migrationsursachen konsequent verschwiegen werden, will man die Polizei zu einem besonders harten Vorgehen gegen die

Normalbevölkerung bringen - etwa gegen Bürger, die im Halteverbot stehen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 17. Juli 2023: >>**Mallorca: "Deutsche" Vergewaltiger sind Türken**

Opfer von Vergewaltigungen durchleiden oft schwerwiegende Traumata.

Ein 18-jähriges Mädchen wurde während ihres Mallorca-Urlaubs von einer Gruppe junger Männer vergewaltigt. Die Lügenpresse spricht von Deutschen, doch die Täter sind türkischer Herkunft. Es reicht! Wir brauchen endlich eine "Politik von rechts" - so der Titel des neuen Buches von Rechtsanwalt und AfD-Vordenker Maximilian Krahn.

_ von Lucia Reimer und Erika Fischer

Zahlreiche Mainstream-Medien berichten heute von der Gruppenvergewaltigung einer jungen Frau aus Hannover in einem Hotel am sogenannten Ballermann in Palma de Mallorca. "Sechs Urlauber aus Deutschland" seien die Täter, schreibt das Portal Nordbayern.de. Die "deutsche Freundesgruppe" (WAZ) habe das Opfer in der Nacht vom 12. auf den 13. Juli zu sexuellen Handlungen gezwungen, ein Täter habe das schändliche Verbrechen gefilmt. Doch wer sind die Täter wirklich - und wie konnte es so weit kommen?

Fataler Urlaubs-Flirt

Die 18-jährige deutsche Urlauberin lernte einen der Männer in einer Bar an der Playa de Palma kennen. Die beiden fanden sich sympathisch und verbrachten den Abend in Zweisamkeit. In der Hoffnung, die Nacht weiter gemeinsam verbringen zu können, machten sie sich auf den Weg zu dem Hotelzimmer des Mannes. An der Rezeption wurde die junge Frau abgewiesen, da sie kein Gast des Hotels war. Also begaben sie sich zum Hotel, in dem die Freunde des Mannes untergebracht waren.

Ohne zu ahnen, daß am späteren Abend die anderen Männer dazustoßen würden, vertraute die junge Deutsche ihrem Begleiter. Doch dann tauchten plötzlich die Freunde des Mannes auf, alle zwischen 21 und 23 Jahre alt. Vier von sollen das Opfer dann im Laufe des Geschehens zu sexuellen Handlungen gezwungen haben, der Fünfte filmte die Tat mit seinem Handy. Die Frau konnte schließlich ins Badezimmer flüchten. Einer der Männer versuchte sie zu beruhigen und begleitete sie in ihr Hotel, wo sie die Polizei alarmierte.

Tatvorwurf Gruppenvergewaltigung

Während das Opfer in einem Krankenhaus versorgt und untersucht wurde, nahm die spanische Polizei die mutmaßlichen Täter nach kurzer Zeit fest. Kurz darauf wurden die Tatverdächtigen einem Haftrichter vorgeführt. Einer der Männer soll sich inzwischen wieder auf freiem Fuß befinden. Während hiesige Gazetten penetrant von "Deutschen" sprechen oder überhaupt keine Angaben zur Herkunft machen, bestätigte die spanische Zeitung Ultima Hora, daß die mutmaßlichen Täter einen türkischen Migrationshintergrund haben.

Der türkische Mob

"Manada alemana" (deutsches Rudel), so schrieben andere spanische Medien über den türkischen Männermob. Dies ist eine Anspielung auf eine Gruppenvergewaltigung in Pamplona aus dem Jahre 2016, als fünf Spanier eine junge Frau in einem Hauseingang vergewaltigt und dabei gefilmt hatten. "La Manada" nannte sich die damalige Gruppe - daher der Vergleich.

Daß im aktuellen Fall "Manada turca", also "türkisches Rudel", passender wäre, wird von der Presse ausgeblendet. Andere Medien in Spanien berichten von einem sprunghaften Anstieg von Gewaltverbrechen durch ausländische Touristen in diesem Jahr. Auch hier wird nicht differenziert beziehungsweise klar und deutlich gesagt, aus welchem Kulturkreis die Kriminellen stammen.

Patriotisches Manifest: Der Jurist und Europa-Abgeordnete Maximilian Krahn belegt mit seinem Buch "Politik von rechts", daß die AfD sehr wohl zu allen wesentlichen Politikfeldern Position beziehen und eine Alternative bieten kann. Mit seinem Manifest legt Krahn eine weltanschaulich fundierte Grundlagenschrift vor, die den Linkliberalismus scharf attackiert. Der

Autor unterstreicht mit "Politik von rechts" seinen Ruf, einer der streitbarsten und visionärsten Politiker der AfD zu sein.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18. Juli 2023: >>**Obszönität in der Waffel**

Soll uns jetzt auch noch vorgeschrieben werden, wie wir Waffel-Eis zu essen haben? Es wird immer verrückter und Zeit für einen "Regimechange von rechts"! ...

_ von *Erika Fischer und Lucia Reimer*

"Ist Eisessen im Freien obszön?" Das fragt doch tatsächlich die Süddeutsche Zeitung im Rahmen einer Kolumne mit dem Titel "Typisch deutsch". Ein aus Syrien stammender Autor zeigt mit seinem Geschreibsel letztlich auf, inwiefern westliche und arabische Weltanschauungen kollidieren.

Nichts Verwerfliches. Oder?

Derzeit ist es brütend heiß in Deutschland. Man sieht junge Menschen in farbenfrohen Röcken, kurzen Hosen, Badeschlappen und den unterschiedlichsten Frisuren. Viele zieht es an die Seen, einige gehen in den Städten schlendern. Immer beliebt: Die Kugel Eis in der Waffel. Nichts Verwerfliches an einem warmen Sommertag, oder? Nun, für bundesdeutsche Eisfreunde sicherlich nicht; aber Ibrahim wird beim Anblick eisschleckender Frauen nervös. So steht es in der Süddeutschen Zeitung.

Die Story: Der syrische Autor Mohamad und sein Freund Ibrahim saßen unlängst in München nahe einer Eisdiele und genossen das Wetter. Als dann ein paar Frauen Eis schleckten, erlitt Ibrahim eine Art Kulturschock. Der Freund sei beim Anblick der Eis essenden Damen nervös geworden, so der Autor. Er schreibt in seiner Kolumne:

"In Syrien habe ich es wie jeder Mann und jede Frau vermieden, in der Öffentlichkeit Eis zu essen, vor allem nicht in der Waffel. Es gilt als vulgäres, obszönes Verhalten."

Mahlzeiten, die in islamischen Augen als "provokant oder anstößig" empfunden werden, würden in der Öffentlichkeit nicht verspeist. Was aber fällt in diese Kategorie? Hier muß man schon sehr viel Phantasie einsetzen. "Phallisch geformt" sei das Eis in der Waffel, aber auch eine Banane oder eine Karotte scheinen dem Mann Schweißtropfen auf die Stirn zu treiben. Die Vorstellung, ein Mädchen, das eine Karotte ißt, als aufreizend zu empfinden, entlarvt doch eher die schräge Gedankenwelt Ibrahims.

Schuldig ist die Frau

Wohin soll das letztlich führen? Ein Syrer regt sich über die hierzulande gängige Kultur auf. Eisessen dieser Art verstoße gegen seine Normen, die Schuld wird der Frau zugeschoben. Sie habe quasi die Frechheit, ihre Kugel Eis zu naschen. Wie kann sie nur?

Endlich Sommer!

Autor Mohamad gibt in seinem Artikel den vermeintlich korrekten Bürger, der sich über "typisch" deutsche Sitten echauffiert. Die eigene Übersexualisierung jeglichen Handelns wird völlig außen vor gelassen. Es wird mehr oder weniger "eine zurückhaltende und respektvolle Haltung" von Frauen eingefordert. Anscheinend haben die Herrschaften vergessen, daß sie nicht in Syrien sind.

Einseitige Berichterstattung

Was hat Mohamad zu diesem Artikel angetrieben? Sind es die vielen Gutmenschenaktionen? Oder schlägt ihm die deutsche Freizügigkeit aufs Gemüt? Und was passiert eigentlich, wenn Ibrahim einen Mann Eis lecken sieht?

Der Araber als Moralapostel, die Süddeutsche Zeitung als Plattform. Über die jüngsten Vergewaltigungsfälle in Heidelberg oder Grabsch-Attacken in Chemnitz hatte das Blatt gar nicht beziehungsweise im Kleinstgedruckten berichtet.

Zurück zur Eingangsfrage: "Darf man es anstößig finden, in der Öffentlichkeit eine Kugel Eis zu schleckten?" - Nein. Darf man nicht! Ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesell-

schaft ist mit solch pervertierten Gedanken unmöglich. Ein Eis schmeckt im Sommerkleid in der Öffentlichkeit tausendmal besser als verhüllt im stillen Kämmerlein.

Deutschland driftet immer mehr Richtung Absurdistan ab. Eine Zeitenwende, die ihren Namen auch verdient, ist notwendig. Martin Sellner hat hier eine entsprechende Strategie entworfen. Sein Buch "Regimechange von rechts" gibt Hoffnung.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Juli 2023: >>**Gruppenvergewaltigungen: Anti-Deutschland-Ampel spielt Migrationshintergrund herunter**

Für den deutlich erhöhten Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger bei sogenannten Gruppenvergewaltigungen sieht die Bundesregierung nicht zwingend einen Zusammenhang mit der Masseneinwanderung. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundstagsfraktion hervor.

Darin verweist das Bundesinnenministerium auf einen 2019 vom Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlichten Bericht, wonach die polizeilich ermittelten Tatverdächtigen "nicht repräsentativ" seien. sind. Bei Sexualdelikten sei tatsächlich von einem sehr hohen Dunkelfeld auszugehen. Es sei daher "möglich, daß ausländische Tatverdächtige sich in der PKS (Polizeiliche Kriminalstatistik) deswegen besonders häufig finden, weil sie beispielsweise wesentlich wahrscheinlicher angezeigt werden".

Weiter heißt es in der Antwort der Bundesregierung unter Berufung auf das BKA, bei dem es sich um eine nachgeordnete Behörde des Faeser-Ministeriums handelt: "Selbst wenn tatsächlich die Täter beziehungsweise Täterinnen gemeinschaftlich begangener Vergewaltigungen besonders häufig keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, darf dies nicht damit gleichgesetzt werden, daß die Herkunft die Tat begründet."<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 20. Juli 2023 (x1.326/...): >>**Ataman will Klagerechte willkürlich ausweiten: Rechtsstaat statt weiterer umgekehrter Diskriminierung!**

Daß die AfD völlig zu Recht vor der Inthronisierung der Diskriminierungsbeauftragten Ferda Ataman warnte, wird aktuell wieder deutlich: Die von den Grünen hofierte und von der FDP durchgewunkene Bundesbeauftragte will die Klagemöglichkeiten für vermeintlich "diskriminierte" Sozialhilfeempfänger ausweiten und setzt dabei auf blanke Willkür: "Das Erfordernis, eine Benachteiligung und Indizien nachzuweisen, sollte auf die Glaubhaftmachung herabgesenkt werden, das heißt, daß die überwiegende Wahrscheinlichkeit genügt."

Im Klartext bedeutete dies nichts anderes als weitere Sonderrechte für vermeintliche "Minderheiten". Zugleich wird ein Diskriminierungs-Generalverdacht gegen die von Ataman verachtete "Mehrheitsgesellschaft" geschürt. Was sie von Deutschen ohne "Migrationshintergrund" hält, hat Ataman oft genug deutlich gemacht: In einem Zeitungsbeitrag äußerte sie sich verächtlich über "Germanennachfahren", die grundlos ein Problem mit der Bezeichnung "Kartoffel" hätten. Daß auch viele Menschen mit ausländischer Abstammung die Migrationspolitik kritisieren oder sich gar in der AfD engagieren, erklärt sie sich perfide mit "Selbstaß".

Personen wie Ataman zeigen mit ihren Aussagen und Forderungen, daß hinter angeblicher "Anti-Diskriminierung" in Wirklichkeit eine Agenda steckt, die auf die Diskriminierung der weißen Deutschen hinausläuft. Dieser Agenda sagen wir den Kampf an! Denn umgekehrte Diskriminierung ist genauso falsch - es darf keine Sonderrechte und keine rechtliche Willkür geben!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 21. Juli 2023: >>**Petr Bystron (AfD): Carola Rackete gehört ins Gefängnis, nicht ins EU-Parlament!**

Laut Medienberichten will "Die Linke" die bekannte Schlepper-Aktivistin Carola Rackete (35) als Kandidatin für die Europawahl im Jahr 2024 aufstellen. Die Personalentscheidung sorgt für anhaltende Empörung - vor allem in Italien, wo die wertvolle "Fachkräfte-Fracht" zigtausendfach u.a. auf der Mittelmeerinsel Lampedusa anlandet.

Der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Petr Bystron, äußerte vollstes Verständnis für den Unmut der Italiener. Er bezeichnete Rackete als "gewöhnliche Kriminelle", die "ins Gefängnis" gehöre und "nicht ins EU-Parlament". Bystron gehört zu den schärfsten Kritikern der kriminellen Einschleusung von Sozialmigranten nach Europa.

So stellte der AfD-Politiker Strafanzeigen gegen den "Shuttle-Service" Sea-Watch und weitere in Deutschland registrierte NGOs. Rackete war als "Kapitänin" des Schlepper-Schiffs "Sea-Watch 3" immer wieder durch sogenannte "Seenotrettungsaktionen" vor der Küste Libyens in die Schlagzeilen geraten.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 22. Juli 2023: >>**Migration: Masseneinwanderung explodiert - 56 Prozent mehr illegale Einreisen!**

Die Zahl der illegalen Einreisen nach Deutschland ist im ersten Halbjahr 2023 regelrecht explodiert. Wie die Bundespolizei mitteilte, kamen von Januar bis Juni insgesamt 45.340 Menschen ohne Einreise-Erlaubnis ins Land. Das waren 56 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum! Die Migranten wurden unter anderem bei Polizei-Kontrollen an den deutschen Außengrenzen erfaßt, aber auch in Zügen oder auf Bahnanlagen. Und das sind nur die offiziell registrierten Illegalen ohne Dunkelziffer!

Nach Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stellten im vergangenen Jahr 217.774 Menschen in Deutschland einen Asylantrag - 47 Prozent mehr als im Jahr zuvor und so viele wie seit 2016 nicht mehr! Die meisten Antragsteller stammten aus Syrien (70.976) und Afghanistan (36.358). Zusätzlich fanden eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine Aufnahme, ohne daß sie Asyl beantragen mußten.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.08.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x363/79) = Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30, Seite 79.

x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
------	--

Internet

x1.120	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2021/08/16/der-neue-eu-pakt-fur-asyl-und-migration-die-zerstörung-europas/#more-7718 - April 2022
x1.208	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/11/14/planung-und-orchestrierung-der-massenmigration-durch-die-un/#more-10531 - Dezember 2022
x1.314	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/05/22/der-gottesstaat-im-islam-und-die-voraussehbare-muslimische-mehrheit-in-deutschland/ - Juni 2023
x1.326	https://afdkompakt.de/ - Oktober 2023
x1.328	https://apollo-news.net/ - Oktober 2023
x1.329	https://www.mmnews.de/ - Oktober 2023
x1.341	https://mobile.kath.net/news/81062 – April 2023
x1.387	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Juli 2024